STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18910306

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 55 — 5. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Gesellschafter“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2685) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Otto Stolten in Hamburg.

Freitag, den 6. März 1891.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt und Vermiethungsanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Spuk-Geister.

□ Immer mächtiger äußert sich das Walten der sozialen Frage; immer mehr wird die Partei, welche gründliche Lösung dieser Frage nach Maßgabe wahrer Gerechtigkeit fordert, die Sozialdemokratie, bestimmend für die sozialpolitischen Entschließungen der Regierungen und der herrschenden Klassen. Was uns als „Sozialreform“ und als „Arbeiterfreundlichkeit“ jener Kreise bekannt ist, das hat den Zweck, der gefürchteten Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen, ihre weitere Ausbreitung zu verhindern, sie „unmöglich“ zu machen.

Dem allerdings vergeblichen Bemühen, diesen Zweck zu erreichen, müssen noch andere Mittel dienen, die auf eine gröbliche Täuschung des Volkes über die Gestaltung des Parteiwesens berechnet sind.

Das Parteiwesen der Gegenwart, so versicherte kürzlich die Böhmert'sche „Sozial-Korrespondenz“, sei in einer „raschen Umbildung“ begriffen und auch die sozialdemokratische Bewegung sei „in ruhigere Bahnen gelenkt“. Gar zu gern möchte man glauben machen, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie die Anerkennung der sozialen Frage und der Nothwendigkeit sozialer Reform durch ein viertel Jahrhundert ehrlich erkämpft, ihrem geschichtlichen Berufe genügt habe und abtreten müsse von der Bühne.

Diese Absicht verfolgt u. A. offenbar eine „Kaiser und Arbeiter“ betitelte Broschüre *), deren Verfasser, Friedrich Bauer, zur Bildung einer „kaiserlich-sozialistischen Partei“ aufruft.

Dem Verfasser schwebt die Idee vom „sozialen Königthum“ vor und er läßt derselben eine Verherrlichung angedeihen, die allerdings von Kühnheit, nicht aber auch von Klarheit des Denkens zeugt. Nach seiner Vorstellung ist es ganz selbstverständlich, daß der Kaiser die Macht hat, mit den sogen. „oberen Zehntausend“ abzurechnen und der Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Daß die Gesetzgebung, daß das Volk selbst für die friedliche Lösung der sozialen Frage den Ausschlag zu geben hat, das kümmert den Verfasser nicht; für ihn giebt es heute „nur noch einen Kaiser und Unterthanen,“ und das Parlament ist nach seiner Ansicht nur dazu da, zu Allem, was der Kaiser will, „Ja“ und „Amen“ zu sagen; die „kaiserlich-sozialistische Partei“ soll gegenüber dem falschen Liberalismus, dem falschen Konservatismus und der Sozialdemokratie die Durchführung des kaiserlichen Willens sichern. Was der Kaiser thun soll, um mit Hülfe der neuen Partei den sozialen Frieden zu schaffen, darüber belehrt der Verfasser uns nicht. Das schickt sich auch nicht für Jemand, der glaubt, Alles in Allem sei die kaiserliche Einsicht und der kaiserliche Wille entscheidend. Sein ganzes sozialpolitisches Programm faßt sich in die Worte zusammen:

„Das Kapital ist Herr der Situation. Von allen Despoten ist aber das Kapital das abscheulichste. — Auf zum Kampfe Ihr Alle, die Ihr die wahre Freiheit liebt, auf zum Kampfe für unsern Kaiser gegen das Kapital!“

Es fällt uns natürlich nicht ein, die Broschüre des Herrn Friedrich Bauer einer ernsten Kritik zu unterziehen, denn dazu ist sie nicht geeignet; wir haben ihre Tendenz nur deshalb in aller Kürze hier mitgetheilt, um zu zeigen, welch' absonderliche Ideen der geistige Kampf wider die Sozialdemokratie zeitigt. —

Wenden wir uns zu einer andern Schrift, welche „die nationalistische Partei in Deutschland im Jahre 1891“ behandelt. †) Der Verfasser führt das Pseudonym „Julius“. Er nennt die soziale Frage die „Sonntagsfrage unserer Zeit“. Eine recht unglückliche Erfindung, die dadurch nicht besser wird, daß Herr Julius erklärt:

„Der Sonntag ist der Geburtstag des Ich. Dann hört man auf zu arbeiten und wendet die Aufmerksamkeit vom Objekt auf's eigene Innere. Es schlägt die Stunde der Stille, der Reflexion, nur dem eigenen Bewußtsein und keinem fremden Beobachter zugänglich. Es ist die Stunde, in der Jeder sich selbst eine Frage wird. Was habe ich gearbeitet, warum und wozu? Von der Beantwortung dieser Frage hängt des Menschen Lebensglück ab. Nach jedem Gelingen stellt sich Lust, nach allem vergeblichen Bemühen, nach jedem Mißlingen Unlust ein. Und neue Strebungen treten hervor. Aus diesen Empfindungen baut dann der Mensch sein Ich auf.“ —

Herr Julius scheint also zu glauben, daß die soziale Frage aus Sonntagsbetrachtungen entstanden sei. Lassen wir ihn in diesem Glauben; derselbe steht auf gleicher Höhe mit seiner Ansicht, daß das soziale Hauptproblem unserer Zeit die „Regelung der Arbeit“ ist. Auch über diesen irrenden Gedanken wollen wir kein Wort verlieren.

Wir gehen ohne Weiteres zu den Darlegungen des Verfassers, betreffend die Parteien der Gegenwart über.

Herr Julius will von keiner der gegenwärtigen Parteien etwas wissen; keine erachtet er fähig und berufen, eine Besserung der Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Sehr eingehend beschäftigt er sich mit der Sozialdemokratie: die, auf dem „Boden des Naturalismus“ stehend, dem „einseitigen Humanismus des Liberalismus“ entgegentritt, — eine Partei für die „Interessen der Arbeiter“, eine Partei „höherer Ordnung, weil sie allen andern als geschlossene Masse gegenübersteht“.

Der Verfasser behauptet, daß die Sozialdemokratie ihre Tendenz „ausschließlich gegen das Kapital“ richtet und er beweist damit, daß er die Tendenz unserer Partei in vollem Umfange nicht kennt, denn diese Tendenz geht nicht nur auf die wirthschaftliche, sondern auch auf die politische Emanzipation.

Der deutschen Sozialdemokratie spricht er die Fähigkeit ab, ihr Ziel, die sozialistische Produktionsweise, zu erreichen. Die große Masse der sozialdemokratischen Wähler sei mindestens um eine Generation hinter den englischen Arbeitern zurück!!! Nirgends sei die Interessensolidarität so ausgebildet, wie in den englischen Trade-Unions. (?!) Die deutsche Arbeiterschaft sei „ein Haufe von Proletariern“, und die „Proletarierstimmung“, der Neid, die niedrigste aller Leidenschaften, sei „die Atmosphäre der sozialistischen Versammlungen“. Diese Versammlungen schildert Herr Julius wie folgt:

„Wenn nur recht roh und drastisch-komisch über Gegner hergezogen wird, jauchzen die Zuhörer. Sollte sich Jemand in der Versammlung befinden, der das Unglück hat, einen besseren Rock zu besitzen, so ist er das Ziel haßerfüllter, hämischer Blicke. Klassenhaß ist der Geist, wie er von den Leitern gepflegt, von der Heerde der Hörer nachempfunden wird. Klassenhaß, kein Sozialismus. Die Führer zweiten und dritten Ranges denken nicht daran, auch nur im populärsten Tone, volkswirthschaftliche Dinge zu besprechen. Schlagworte von höheren Löhnen, besseren Wohnungen, besserer Erziehung sind die Bestandtheile des mit Ausdrücken glühenden Hasses gegen die unglücklichen Besitzenden gemischten Ragouts.“

Das Publikum der sozialdemokratischen Versammlungen nennt Herr Julius einen „Pöbelhaufen, wie er im Jahre 1791 die Straßen von Paris singend und johlend durchzog nach Blut lechzend“. Und dem fügt er hinzu:

„Eine unwissende, überschreiende Majorität wird diese Sozialdemokratie sein, wenn sie zum Sieg gelangt; eine Despotie wird sie sein wie die der französischen Revolution; ein blinder Wahnsinnstanz der Lust, ein sich in Koth wälzendes Ungeheuer, von nichts weiter entfernt, als von den Idealen derer, die in heißer Liebe zur Menschheit eine bessere Welt erdacht haben.“

Nachdem Herr Julius mit solch erbaulicher vom rohesten Fanatismus und erschrecklicher Unwissenheit über den Karakter und die Ziele der Sozialdemokratie zeugender Epistel seine Leser „empfänglich“ gemacht hat für sein „erhabenes Ideal“, belehrt er uns über dasselbe des Näheren. Er will den Weg zeigen, auf welchem der von Bellamy geschilderte „Zukunftsstaat“ erreicht werden kann. Und diesen Weg zu bahnen, dazu fordert er die Gründung der „wahren sozialistischen, der nationalistischen Partei“. Und das Programm dieser Partei? Das mag sich, wer Lust hat, aus dem Ideen-Chaos des Herrn Julius herausuchen. Ueber Phrasen kommt er nicht hinaus. So erklärt er u. A.: „Die Aufgabe ist, den jetzigen Individualismus in Subjekt und Gesellschaft in Sozialismus in Objekt und Gesellschaft überzuführen. Diese Aufgabe hat sich die nationalistische Partei gestellt, die bis heute in Deutschland aus mir allein besteht.

„Die sozialdemokratische Partei will durch Gesetze oder Gewalt, beides gleich gewaltsam (denn Majorität ist auch Gewalt), das Heutige in das Künftige überführen. Die nationalistische Partei sagt: die Gesellschaft ist noch nicht reif, sie muß vorbereitet werden; die sozialdemokratische Demagogie ist dazu ungeeignet, sie schafft nicht, sondern zerstört, indem sie Illusionen über das eigene Vermögen und die eigene Maßgeblichkeit verbreitet. Die Sozialdemokratie ist gemein: denn sie appellirt an den Eigennutz, den persönlichen Lusttrieb. Sie lügt, indem sie dem unwissenden, ungebildeten Volke anstatt der wirklichen sittliche Motive unterschiebt.“

„Praktisch ist unsere Zeit schon auf dem richtigen Wege. Gewerkvereine, Konsumvereine, wie sie in England in großartigem Maße bestehen, zeigen nach Brentano, daß wir auf dem Wege zur friedlichen Lösung der sozialen Frage sind. Die größte Aufgabe, die Verstaatlichung der nationalen Arbeit, kann noch nicht in Angriff genommen werden, denn weder der Staat ist reif dazu noch das Volk. Der Staat wird reif sein, wenn das Volk reif ist.

„Zuerst das Volk. Die nationalistische Partei nimmt ihren Weg von Innen nach Außen, vom Subjekt zum Objekt, vom Menschen zum Staate, von seinen Vorstellungen zu den sozialen Einrichtungen. Ihre erste Arbeit wird sein, alte Vorurtheile zu bekämpfen, belehrend, bildend einzuwirken auf die Einzelnen und die Massen, vor Allem das Gefühl der Gemeinschaft zu wecken und zu beleben.“ —

Man beachte, wie in dem vorletzten Satze Herr Julius für seine Ideen einen Weg in Anspruch nimmt, der füglich jeder Idee eigenthümlich ist. Sein wüstes Geschimpf auf die Sozialdemokrate läßt uns und hoffentlich auch unsere Leser kalt, und es hieße wirklich, ihm zu viel Ehre anthun und die komische Wirkung seiner „sittlichen Entrüstung“ abschwächen, wollten wir unsere Partei dagegen auch nur mit einer Silbe vertheidigen. Wie muß es im Kopfe eines Menschen aussehen, welcher der deutschen Sozialdemokratie, die bekanntlich den auf lediglich materialistischen Grundsätzen beruhenden und auf die Erreichung lediglich materieller Vortheile gerichteten Gewerkvereinen, Konsumvereinen 2c. nur die Bedeutung von Palliativmitteln zur Milderung der materiellen Noth beimißt, — welcher dieser Partei den Vorwurf macht, daß sie an den Eigennutz 2c. appellire, während er drei Zeilen weiter behauptet, mit Vereinen gedachter Art sei man „auf dem richtigen Wege zur Lösung der sozialen Frage?“

Mit solch' einem „Denker“ streitet man nicht; die Ideen der Sozialdemokratie, welche gradezu beispiellose Siege über Vorurtheil, Unwissenheit, Gleichgültigkeit errungen und das Prinzip der Solidarität zu schönster Entfaltung und bedeutsamster Bethätigung gebracht hat, — diese Ideen in Schutz zu nehmen gegen jenen „Denker“, das würde für uns eine Selbsterniedrigung bedeuten.

Möge Herr Julius sich „groß“ dünken in dem Bewußtsein, Vater der Idee einer „nationalistischen Partei“ zu sein, die sich über den „beschränkten Proletarierstandpunkt“ erhebt und der „Morgensonne des Zukunftsstaates“ entgegenführen soll. Unseres aufrichtigen Mitleids darf er sicher sein, obwohl er dasselbe streng genommen nicht verdient, denn es ist eine Unverschämtheit, das gesammte geistige Vermögen der Sozialdemokratie zu annektiren, sich die durch die Sozialdemokratie geschaffene Erkenntniß zu eigen zu machen und dann diese selbe Schöpferin der Erkenntniß zu beschimpfen und ihr die Existenzberechtigung abzusprechen.

*) Bonn 1891. P. Hanstein's Verlag.
†) Berlin, Verlag von Walther u. Apolant.

Von der Weltbühne.

Bei der **Stichwahl in Sonneberg-Saalfeld** hat nach dem amtlichen Wahlresultat der Kandidat der Freisinnigen Dr. Witte mit 8754 von 16 404 abgegebenen Stimmen gesiegt. Der Kandidat unserer Partei, Schneidermeister Paul Reißhaus, erhielt 7650 Stimmen. Bei der ungeheuren Sozialistenangst der Nationalliberalen, die sie Mann für Mann für den Freisinnigen an die Wahlurne trieb, war dieser Ausgang voraus zusehen. Bei der Wahl am 19. Februar d. J. wurden für Witte 5654, für den Nationalliberalen Hans Blum 3119, zusammen also 8773 Stimmen abgegeben, die in den jetzt auf Witte gefallenen 8754 Stimmen wieder auf der Bildfläche erschienen sind, bis auf 19 Stimmen, die wohl als verbissenen Heißspornen des Nationalliberalismus angehörend angesehen werden dürften, die sich nicht entschließen konnten, für den Witte'schen Freisinn in die Schranken zu treten. Daß sie nicht für den Sozialdemokraten gefallen sind, ist außer allem Zweifel.

Das von der Sozialdemokratie erreichte Stichwahlresultat und der dabei erzielte Zuwachs von 547 Stimmen seit dem 19. Februar d. J. und von 435 Stimmen gegenüber dem Resultat der Hauptwahl am 20. Februar v. J. muß daher als ein eminenter Fortschritt unserer Partei im Kreise bezeichnet werden, denn zu diesem Zuwachs kommen noch alle jene Stimmen hinzu, die uns verloren gegangen sind, weil auf Grund der alten Listen gewählt wurde. Die Gegner haben zusammen von ihren bei der Hauptwahl im Vorjahre erhaltenen 10 360 Stimmen 1587 oder za. 15 pZt. verloren. Würde man für die Sozialdemokrate den durch die Wahl auf Grund der alten Listen herbeigeführten Verlust nur auf denselben Prozentsatz veranschlagen, so würden zu unserer Stimmenzahl noch nahezu 1100 Stimmen hinzukommen, wir also thatsächlich ohne Hülfe den beiden Gegnern die Waage halten. Die Gegner haben seit der Hauptwahl 1890 15 pZt. verloren, die Sozialdemokratie hat 435 Stimmen oder **6 pZt. gewonnen.**

Und das nennt die Eugen Richter'sche „Freis. Ztg.“ eine „eklatante Niederlage der Sozialdemokratie“. Wir hoffen noch oft solche „Niederlagen“ zu erleiden.

Sehr treffend beurtheilt die „Frkf. Ztg.“ das Wahlergebniß, indem sie schreibt: „Aus dem Wahlkampf in Meiningen II. ist allerdings mit nationalliberaler Hülfe der Freisinnige Witte als Sieger hervorgegangen, aber man übertreibt die Bedeutung dieses Sieges, wenn man dabei von einer Niederlage der Sozialdemokraten spricht. Die Sozialdemokratie stritt unter den ungünstigsten Bedingungen, sofern noch nach den vorjährigen Listen gewählt wurde; dabei muß die Partei, die ihre Anhänger unter der fluktuirenden Arbeiterbevölkerung hat, den größeren Ausfall erleiden. Hunderte von Arbeitern mögen seit dem Februar 1890 aus der Arbeit gegangen und in andere Bezirke verzogen sein, die Hunderte, die an ihre Stelle getreten sind, waren aber bis zum 20. Februar 1891 im Kreise nicht wahlberechtigt. Wäre die Wahl nur um einige Tage hinausgerückt worden, so hätte sie leicht einen anderen Ausgang haben können, der Zuzug seit 1890 und der neue Jahrgang von Wählern würde wahrscheinlich die Entscheidung zu Gunsten der Sozialdemokraten gegeben haben.“

Der Purrhussieg, den die Freisinnigen erfochten haben, scheint ihnen übrigens nicht viel Freude bereiten zu sollen, denn schon kommen die Nationalliberalen und präsentiren für ihre Kartellhülfe den Freisinnigen die Rechnung. Der „Hannov. Cour.“ richtet nämlich folgende Mahnung an die Adresse des Freisinns:

„Die deutschfreisinnige Partei hat bei dieser Wahl eine ernste Warnung empfangen. Nur mit größter Mühe gelang es noch einmal, das Mandat dadurch zu halten, daß die bürgerlichen Parteien fest zusammenstanden. Die freisinnige Partei ist sich bisher dieser Pflicht, auch ihrerseits anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu Hülfe zu kommen, nur in einzelnen Fällen bewußt gewesen. Sie hat bei den vorjährigen Wahlen in manchen Fällen die Mittelparteien gegen die Sozialdemokraten unterstützt, in anderen und zahlreicheren Fällen aber auch den Sozialdemokraten das Mandat verschafft. Diese falsche und unzuverlässige Haltung muß aufhören, und auch die freisinnige Partei muß die Pflicht der Gegenseitigkeit anerkennen, wenn die Parole des Zusammenhaltens der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie unsererseits künftighin der freisinnigen Partei gegenüber Beachtung finden soll. Mit nationalliberaler Hülfe Mandate einstreichen und zum Dank nationalliberale Wahlkreise den Sozialdemokraten ausliefern helfen, darf in Zukunft nicht mehr vorkommen.“

Herr Eugen Richter sucht sich demgegenüber zwar mit folgender Bemerkung aus der Schlinge zu ziehen: „Die freisinnige Partei hat sich bei Stichwahlen stets von der Erwägung des kleineren Uebels leiten lassen. Welcher Kandidat von zwei gegnerischen Kandidaten das kleinere Uebel darstellt, läßt sich nicht nach einer allgemeinen Schablone bestimmen, sondern kann nur lediglich nach den besonderen politischen Verhältnissen in der Wahlzeit und in dem betreffenden Kreise entschieden werden,“ aber das wird ihm wenig nützen; die Kartellen, die als solche den „Sieg“ errungen haben, werden ihn nicht loslassen, bis der Freisinn sich ihnen mit Haut und Haaren verschrieben hat. Wenn's geschieht — uns kann's recht sein.

Ueber den **„Unteroffizier als Gesellschaftsretter“** spricht sich die Herzka'sche „Zeitschrift für Staatswissenschaften“ wie folgt aus: „Die deutsche Reichsregierung hat eine Gehaltsaufbesserung für Unteroffiziere verlangt, um der sozialdemokratischen Propaganda in den Kasernen einen Damm entgegenzusetzen. Diese Forderung ist jedenfalls insofern symptomatisch, als sie anzeigt, daß die Regierenden in Deutschland sich der Ausbreitung der sozialen Ideen gegenüber nicht mehr so unbedingt wie bisher auf die militärische Disziplin verlassen können. In der That glauben wir, daß der Militarismus in seiner heutigen Form mit zu den wirksamsten Beförderungsmitteln der sozialistischen Propaganda gehört: während der dreijährigen Dienstzeit tritt die Blüthe des gesammten Volkes grade in dem für neue Ideen empfänglichsten Alter in innigste wechselseitige Berührung, und für ausgemacht halten wir es, daß bei dieser Berührung der sozialistische Arbeiter der Großstadt nicht von den frommen Bauernsöhnen, sondern **umgekehrt,** diese von jenem bekehrt oder, wie die offizielle Lesart lautet, angesteckt werden dürften, um dann, heimgekehrt, die empfangene Anregung in stets weitere Kreise zu tragen. Dagegen giebt es kein Mittel, und das denkbar Nutzloseste ist das im Deutschen Reichstage zur Sprache Gebrachte. Entweder sind die Unteroffiziere vom Sozialismus mit „infizirt“ — und eine sehr starke Vermuthung spricht dafür, daß sie es sind, denn naturgemäß rekrutirt sich der Unteroffiziersstand zu verhältnißmäßig größerem Theile aus den intelligenteren städtischen Bevölkerungen — dann muß man fürwahr von der Ueberzeugungstreue der Sozialisten eine sehr schlechte Meinung haben, um zu glauben, daß dieselbe einer Gehaltsaufbesserung erliegen werde; oder die Unteroffiziere gehören noch zu den Säulen der bestehenden Wirthschaftsordnung; dann ist es wieder unklug, sie durch pekuniäre Bevorzugung gesellschaftlich vom Mannschaftsstande noch mehr zu trennen, als ohnehin der Fall ist. Ganz im Allgemeinen aber möchten wir zu bedenken geben, daß Verbesserung der materiellen Lage nicht das Mittel ist, um den Sozialismus zu bekämpfen .... Denn es ist ja bekannt, daß die Arbeiterschaft überall desto energischer die sozialistische Propaganda betreibt, je besser gestellt sie ist — aus dem sehr einfachen Grunde, weil Verbesserung der materiellen Lage freieres Denken ermöglicht. Und warum man bei den Unteroffizieren andere Erfahrungen machen sollte, als im übrigen Theile der menschlichen Gesellschaft, läßt sich nicht recht absehen.“

Diese Belehrung eines Mannes der Wissenschaft, der den deutschen Verhältnissen unbefangen gegenübersteht, dürfte die Freude unserer Karteller über die Energie, mit welcher der Reichskanzler v. Caprivi die Sozialdemokratie „in ihre Schranken gewiesen“ hat, merklich dämpfen.

Daß das **Entgegenkommen der Regierungen gegen die Großindustriellen und Agrarier** die Unverschämtheit derselben im Fordern nur erhöhen würde, haben wir bereits vor einigen Tagen vorausgesagt. Wir finden unsere Voraussage jetzt in der „Rhein.-Westf. Ztg.“, dem Organ der Grubenbarone, vollauf bestätigt. Dieselbe hält es für angebracht, jetzt auf eine offiziöse Erklärung zurückzukommen, die vor beinahe 14 Tagen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ gestanden hat. Dieselbe lautete:

Wenn insbesondere immer wieder von einer Preisgabe der Getreidezölle gesprochen wird, so kann demgegenüber der Wahrheit gemäß versichert werden, daß diese Frage auch jetzt noch zu den bei den bezüglichen Verhandlungen offen gelassenen gehört.

Dazu bemerkt das Grubenorgan:

Wir haben uns nicht des lauten Lachens erwehren können, als wir diese wahrheitsgemäße Versicherung lasen. Also, die Frage der Preisgabe unserer Getreidezölle ist bei den Wiener Verhandlungen auch jetzt noch eine offene Frage. Auch jetzt noch, wo die gesammte Landwirthschaft doch wohl der Regierung gegenüber deutlich genug in dieser Frage geworden ist! Auch jetzt noch, wo der Zentralverband deutscher Industrieller, um von den vielen gleichartigen Kundgebungen anderer berufener Vertreter der deutschen Industrie zu schweigen, sich in dieser Frage als solidarisch verbunden mit der Landwirthschaft erklärt hat. Auch jetzt noch? Wie lange soll denn die Ungewißheit der Landwirthschaft und Industrie darüber noch dauern, welche Antwort Herr von Caprivi, denn er ist an erster Stelle der verantwortliche Leiter der Reichs-Verwaltung, auf diese offene Frage zu geben willens ist? Es ist höchste Zeit, daß die Besorgniß, diese Frage, die für Landwirthschaft und Industrie schon längst keine Frage mehr ist, könnte in einem ungünstigen Sinne in Wien beantwortet werden, durch eine Erklärung, die keine Hörner und Zähne hat, von maßgebender Stelle beseitigt werde. Handel und Wandel können nicht gedeihen, wenn die nächste Zukunft für die beim Handel und Wandel Betheiligten — und dies sind insbesondere Landwirthe und Industrielle — ein Buch mit sieben Siegeln ist, und wenn ein Blatt, das, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, im Geruch eines offiziellen Organs steht, zur Beruhigung der Betheiligten, und um deren angebliche Gespensterseherei zu bannen, über eine Lebensfrage der Nation, wie es die Frage ist, ob unsere Getreidezölle in ihrer jetzigen Höhe erhalten bleiben sollen oder nicht, keine andere Auskunft geben kann, als daß diese Frage für die verantwortliche Regierung noch eine offene ist! Dem Reichstage rufen wir aber schon jetzt im Namen der deutschen Industrie für den Fall, daß es wirklich sich ereignen könnte, daß in Wien eine Ermäßigung unserer Getreidezölle zugestanden würde, was wir allerdings auch nur zu befürchten uns noch jetzt schwer entschließen können, die Worte zu: „Reichstag, werde hart!“

Gegenüber dieser hartgesottenen Verfolgung kapitalistischer Sonderinteressen ist es freilich an der Zeit,

---

Lea.

Sittenroman von Jules Claretie.

(Nachdruck verboten.)

(11. Fortsetzung.)

Die Familie Vauthier ging wenig aus. Moritz hatte keine Eltern mehr und der Vater Paulinens, der alte Herr Mercier, der in einer kleinen Villa von Passy zurückgezogen und von seinen Renten lebte, war gewohnt, seine Enkelkinder nur an großen Familienfesttagen bei sich zu sehen. Seit langen Jahren Wittwer, hatte der alte Mann, der mit seinem Oelhandel, wenn auch zu keinem großen Vermögen, doch zu einem gewissen Wohlstande gelangt war, sein Geschäft aufgegeben, nachdem er zuvor seine Tochter verheirathet und mit fünfzigtausend Franks Mitgift ausgestattet hatte.

Er hatte sich gesagt, daß ihm zehntausend Franks Rente vollauf zu seinem Leben genügten, und sich eine kleine Villa in Passy gekauft, deren Gärthen zu pflegen jetzt seine einzige Zerstreuung war. Dort lebte er nun mit einer alten Magd, die schon „Fräulein Pauline“ erzogen hatte, vollständig zufrieden und glücklich. Höchstens fand er einmal zu seinem Verdruß, daß seine Cölestine denn doch mit dem Alter gar zu knurrig würde, und er erklärte, man müßte sich die alten Dienstboten vom Halse halten; trotzdem wagte er es nicht, die brave Alte aus dem Hause zu weisen, die ihm so vortrefflich sein Süppchen zu kochen und seine Zimmer warm zu halten verstand.

Die Hauptbeschäftigung seines Lebens aber bestand für den Biedermann in der täglichen Sorge um seine eigene welke, schon runzelige Person. Seine traurigste Erinnerung aus dem großen Kriege war die, aus Passy verjagt worden zu sein und einen langen Winter bei schlechtem Brot und Pferdefleisch in Paris im Hause seines Schwiegersohnes zugebracht zu haben. Sonst ging jedes Ereigniß vollständig unbemerkt an diesem dreiundsechszigjährigen, mageren, gebückten, nur um sich selbst besorgten Mann vorüber, der ohne Unterlaß seinen Puls befühlte und seine Zunge besah und den diese ewige Angst um seine Gesundheit sicher älter aussehen ließ, als er in Wirklichkeit war.

Trotz seines Egoismus hatte der alte Herr es sich einst angelegen sein lassen, seiner Tochter eine vortreffliche Erziehung zu geben. Er hatte eine Art Musterwesen, ein gebildetes, fleißiges, nicht kokettes, in einem Wort ein charmantes Weib aus ihr zu machen gesucht, um sie, so sagte er sich, einst desto leichter unter die Haube zu bringen. Er opferte sich damals um sie auf, um später keine Sorge um sie ausstehen zu brauchen. Und als Pauline dann mit 18 Jahren Moritz Vauthier begegnet war, der damals bereits an der Spitze der großen Porzellanmalerei stand, hatte sie denselben und sein offenes Wesen liebgewinnen gelernt, eher von dem graden Blick und dem aufrichtigen Akzent des jungen, hübschen, etwas schüchternen Mannes, als von seinem lockigen Haar und seinem kecken Schnurrbart gefesselt.

Mit seiner jugendlichen Beredtsamkeit hatte er es überdies verstanden, ihren Geist anzuregen, indem er ihr von seinen künstlerischen Aspirationen sprach, lauter Dinge, von denen sie in dem Kreise, in welchem sie lebte, niemals etwas zu hören bekommen. Bei ihrem Vater sah sie nur die alten Freunde desselben, kleine Kaufleute, die von nichts weiter als von ihren Monatsabschlüssen sprachen. Der Kurs von Raps und Leinöl, die Zahlen 85,50 oder 70,50 pro 100 Kilo, die während des Abends unaufhörlich wiederkehrten, die geschäftlichen, ewig gleichen Ansichten und Reden mußten endlich selbst dieses so wenig romantische Mädchen in Verzweiflung bringen.

Und als ihr nun Moritz von seinem künstlerischen Streben, von seinen Projekten und Hoffnungen zu sprechen begann, da war es ihr, als ob sich ein weites Fenster vor ihr aufthat, durch das sie den blauen Himmel erblickte und in vollen Zügen die reine Luft von draußen einathmen konnte.

Moritz hatte keine Schwierigkeit, die Hand Paulinens von dem alten Mercier zu erhalten; mit dem jungen Mädchen aber war er, ehe er mit dem Vater gesprochen, einig gewesen. Die Verhandlungen drehten sich nur um die Mitgift. Moritz verlangte keinen rothen Heller; dem Oelhändler aber lag daran, dem zukünftigen Schwiegersohn zu beweisen, daß auch er, wenn es sich um das Glück seiner Tochter handelte, nicht knauserig wäre.

„Man soll mir nicht nachsagen können, daß meine Tochter keine Mitgift gehabt,“ meinte er. „Den letzten Bissen Brot würde ich für sie hingeben. Ich bin kein Egoist.“

Nach den üblichen Förmlichkeiten war Pauline Moritz Vauthier dann in sein Haus gefolgt, um ihm vom ersten Tage an die ergebene Freundin, die treue und idealische Gattin zu werden, die sie nach so vielen in's Land gezogenen Jahren auch heute noch war.

Wie oft sagte Frau Vauthier jetzt, wenn sie der meisten ihrer unglücklich verheiratheten, getäuschten und hintergangenen Pensionsfreundinnen gedachte:

„Weißt Du, Moritz, daß ich von Allen die glücklichste bin?“

„Und weißt Du auch warum?“ meinte er dann. „Weil Du von Allen die Beste bist.“

Und worin bestand dies große, gepriesene Glück der jungen Frau? In Arbeit und Pflichterfüllung.

Während des Tages thätige Gehülfin ihres Mannes, ward sie erst Abends nach vollendeter Arbeit ihren Kindern Mutter. Indeß dies große Lager, in dem sie auf dem Hofe versteckt zwischen den hohen Mauern sechsstöckiger Häuser wie eine Gefangene lebte, dieser dunkle Raum, der so vielen Anderen unheimlich geschienen haben würde, war ihr ein lieber Aufenthalt; sie suchte ihre Zerstreuung nicht außerhalb und in flüchtigen Romanen, sie fand sie überall in dem geschäftigen Hause, an der Seite des Gatten, am Tisch der Familie und am Bett ihrer Kinder. Ja, sie fand sie selbst in dem weiten kalten Magazin zwischen dem weißen aufgeschichteten Porzellan und dem dekorirten Geschirr, in das sie zuweilen wie zum Besuche einer Ausstellung ihre Kleinen hinabführte und ihnen sagte:

„Seht Euch das an, sucht und nehmt, was Ihr wollt.“

Und während die Kinder hin und her liefen, während der Größere das schön bemalte Porzellan wie Bilder im Museum anblickte und der Jüngere jubelnd sein Händchen nach den Schachteln mit Kindergeschirr ausstreckte, betrachtete sie das glänzende Lager und gefiel sich in allem Ernste darin.

Alles Banale aus ihrem Leben bannend, war sie so außer den wenigen Stunden, die sie frei machte, in dem Büreau auf ihrem Platz am Fenster anzutreffen. Ueber ihr Pult hinter der stumpfgeschliffenen Glasscheibe gebeugt, durch die sie durch ein viereckiges Guckloch einen kleinen Theil der Straße überblicken konnte — den mächtigen, immerwährend von Kisten, Glaskörben und Lastwagen versperrten Thorweg drüben, das Trottoir mit den elenden, Karren schiebenden oder Ballen abladenden Menschen, dann und wann den Kasten eines gelben Omnibusses, das Dreieck eines Fiakers und ein Stückchen von dem schmutzigen Pflaster, das mit seinen viereckigen — so sah Pauline Tag für Tag ihr Leben in willig übernommener Arbeit unter den Heften, den blauen Fakturenbogen und zwischen den vertrauten Hauptbüchern verstreichen, die auf dem Rücken in goldigen Lettern die so oft gelesenen Aufschriften: Journal, Hauptbuch, Kassenbuch und Brouillon trugen; alle diese Dinge, der Kalender hinter ihr an der Wand, von dem jeden Morgen ein Blättlein losgelöst ward, das das folgende Datum mit irgend einem merk- oder denkwürdigen Ereigniß anzeigte, der dicke, in graue Leinwand gebundene Bottin, der auf ein Jahr gültige Adreßkalender von Paris, die in Bronzeklammern gelegten Fakturen, der eiserne Geldschrank und die gelben, von der Zeit gebräunten eichenen Fächer, das Alles bildete gleichsam den Rahmen ihres einförmigen, aber glücklichen Daseins. Hier schrieb sie, rechnete und fakturirte sie, während von hinten aus dem Lager das Klirren und Klappern von Tellern und Tassen, welche die Kommis zum Verkauf aussuchten, und von draußen das Geräusch der mächtigen, aus Limoges anlangenden Kisten an ihr Ohr schlug, welche die Hausknechte, mit den Füßen im Heu stehend, im Hausflur auspackten.

Und wenn sie nicht schrieb, so blickte sie, die Augen auf das Guckloch in der Mitte der stumpfgeschliffenen Scheiben geheftet, auf die Straße hinaus, ohne das Leben und Treiben auf derselben zu gewahren, denn nur ihre Mädchenträume, ihr Frauen- und Mutterglück sah sie an ihrem Auge vorbeiziehen. In diesem Guckloch hatte ihre Phantasie so oft die glückliche Komödie ihres Lebens vorgespielt. Ihr ganzes einförmiges, ergebenes, liebendes Dasein, ihre Verlobung und Hochzeit, Peters Geburt, die erste Schreckensnacht am Bett des kleinen Erkrankten, die schwere Krankheit ihres Mannes und Alberts erster Schritt, alle diese tausend frohen und trüben Erinnerungen malten sich für sie in diesem schmalen, durchsichtigen Raum wieder, in dem ein jeder Andere nur das Gewirr auf der Straße erblickt haben würde.

Und lächelte sie diesen Bildern beglückt und dankbar zu, so weckte sie wohl Vauthiers Ruf oder die Stimme eines Kommis auf, der an ihr nach dem großen Lager offenes Schalter herantrat und sagte:

„Madame, wollen Sie, bitte, diesen Posten anschreiben?“

Dann schien sie mit einem Nicken des Kopfes ihren Visionen „Auf Wiedersehen!“ zuzurufen und schrieb in das Buch, was ihr von fern angesagt wurde, nieder.

„Lembin in Cosne — zwölf Dutzend flache Teller.“

Und während sie schrieb, sagte sie dem Ansager, um Irrthümer zu vermeiden, zurück:

„Zwölf Dutzend flache Teller — was weiter?“

Den Tag nach dem Lichtschmaus bei Wepler stand das Atelier noch leer. Man beeilt sich nicht, in den ersten Tagen des neuen Jahres sich wieder unter sein „Elendjoch“ zu beugen. Mit der Sorglosigkeit des Arbeiters, der sich glücklich fühlt, auch einmal wie die Reichen etwas daraufgehen zu lassen, nahmen die Maler, ehe sie wieder an ihr Pult zurückkehrten, die Gelegenheit wahr, sich in glücklicher Ungebundenheit die Festtage vollständig zu Nutze zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

daß nicht nur der Reichstag, sondern auch die Reichsregierung „hart werde", daß man den Sirenengesängen der Vertreter der Privatinteressen sein Ohr verschließt.

Die Verschärfung der Paßmaßregeln für Elsaß-Lothringen hat auch im elsaß-lothringischen Landesausschuß einen Widerhall gefunden. Wie aus Straßburg gemeldet wird, verlas bei Beginn der am 4. d. M. abgehaltenen Sitzung der Präsident Schlumberger einen von 22 Mitgliedern eingegangenen Antrag, das Haus wolle die folgende Adresse an den Kaiser richten. Anläßlich der in jüngster Zeit im Auslande stattgehabten Vorgänge hat die Reichsregierung schärfere Vorschriften über die Paßmaßregeln verordnet. Die Vertreter Elsaß-Lothringens versichern dem Kaiser, treu auf dem Boden des Gesetzes zu verharren, und weisen auf's Allerentschiedenste jede Einmischung seitens fremder Elemente zurück; keine aus dem Auslande kommende Agitation wird je geeignet sein, unsere Gesinnungen zu erschüttern. Im Vertrauen auf das Wohlwollen, welches der Kaiser stets gezeigt, bitten wir um Aufhebung der Paßmaßregeln oder, falls dies nicht thunlich ist, um mildere Ausführung derselben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen; nur einige Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Von der französischen Presse wird gleichfalls der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Regierung nicht bei den an der elsässischen Grenze ergriffenen Repressalien beharren werde, da die Beruhigung inzwischen eine vollständige geworden ist.

Leider wird man sich auf Seiten der Regierung aber kaum entschließen, die in der Hast getroffenen Anordnungen so schnell wieder rückgängig zu machen.

Im 19. Hannoverschen Wahlkreise herrscht Zwiespalt nicht nur unter den Nationalliberalen, die noch immer sich in Kandidatennöthen befinden, sondern auch unter den Freisinnigen, denen von Berlin aus als Kandidat Herr Adloff aus Hamburg aufgedrängt werden sollte, gährt es. Der „Weser-Ztg." wird davon aus Bremerlehe Folgendes berichtet:

„Soeben erfahre ich, daß die Vertrauensmänner der freisinnigen Partei von hier und der Umgegend, von Wremen, Dorum, Altenbruch und Otterndorf, in einer vertraulichen Vorbesprechung übereingekommen sind, Herrn Dr. Georg Waltemath aus Hamburg zum Kandidaten der freisinnigen Partei aufzustellen. In den nächsten Tagen wird zu dem Zwecke eine Versammlung stattfinden. Herr Dr. G. Waltemath ist durch seine Thätigkeit in den landwirthschaftlichen und Gewerbevereinen, sowie durch seine Bemühungen für die freisinnige Partei bei den Wahlkämpfen im angrenzenden Kreise bereits vortheilhaft bekannt. Wie wir aus bester Quelle erfahren, sind auch viele nationalliberale Vertrauensmänner wohl geneigt, dem Genannten ihre Stimme zu geben. Bekanntlich ist derselbe auch Vereinsredner des Verbandes Nordwest der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, zu deren Mitgliedern Herr Oberpräsident von Bennigsen schon seit langen Jahren gehört."

Das kann also einen „lustigen Krieg" im dortigen Wahlkreise geben.

Der wahre Karakter der Arbeiter-Kolonieen. Welch ein Unmaß von Demüthigung, unter Mißachtung ihrer Würde als freie Menschen, jene Unglücklichen, welche arbeitslos im Lande umherziehen, ertragen müssen, um des „Segens" der Aufnahme in eine Arbeiter-Kolonie theilhaftig zu werden, darüber belehren u. A. folgende Thatsachen:

Diejenigen, welche in der Arbeiter-Kolonie Magdeburg Aufnahme finden wollen, müssen einen Kontrakt unterzeichnen, in dem es u. A. heißt:

„1) Erklärt er hierdurch ausdrücklich, daß er, ohne andere Arbeit finden zu können, **aus Barmherzigkeit** in der Kolonie Magdeburg aufgenommen worden ist, wenn er nur für die Kost und Obdach arbeiten kann und daß Alles, was ihm mehr als dieses gewährt wird, freie Güte des Kolonie-Vorstandes ist.

2) Im Falle er sich in irgend einer Weise, als ungebührliches Betragen u. dgl., die Unzufriedenheit des Hausvaters zuzieht, kann er nicht nur jederzeit entlassen werden, sondern hat dann auch alle ihm freiwillig zugesagten Belohnungen für fleißige Arbeit verwirkt.

3) Verpflichtet er sich, die ersten 14 Tage ausschließlich für die ihm von der Kolonie zu liefernde Kost und Logis zu arbeiten. Nach Ablauf dieser Frist empfängt er, falls Fleiß und Betragen zufriedenstellend waren, während den darnach folgenden 4 Wochen außer Kost und Logis eine freiwillige Vergütung von 20 ₰ pro Arbeitstag. Bei einem noch längeren Arbeiten in der Kolonie und zwar nur während der Sommerzeit vom 1. April bis 1 Oktb., wird bei bisher zufriedenstellender Arbeit — wobei stets das vom Hausvater ausgestellte Urtheil maßgebend ist — ausnahmsweise die Gratifikation exklusive Kost und Logis bis höchstens zu 40 ₰ pro Arbeitstag freiwillig erhöht. Ist aber nach dem Ermessen des eben erwähnten Beamten seine Arbeit nicht mehr werth, als seine Kost und Logis, so hat er keinerlei Aussicht auf Geldvergütungen. — Im Falle von Akkordarbeiten, welche, wenn möglich, eintreten, oder bei Beförderung zum Vorarbeiter, kann eine weitere Vergütungs-Erhöhung ausnahmsweise stattfinden, doch wird noch einmal wiederholt, daß alle diese Zulagen zu Kost und Logis ganz freiwillige Geschenke für fleißige Arbeit sind, und daß dieselben jeder Zeit und besonders im Falle schlechter Führung widerrufen werden können, daß also keinerlei gesetzlicher Anspruch auf deren Auszahlung für den Unterzeichneten existirt.

4) Es ist ihm bekannt, daß der Hausvater auf's Strengste angewiesen ist, ihm **kein baares Geld** zu verabfolgen, dagegen wird ihm jede zugedachte Gratifikation gutgeschrieben resp. für ihn in einer Sparkasse niedergelegt.

5) Der Hausvater ist jederzeit berechtigt den unterzeichneten Arbeiter zu entlassen und braucht jener einen besonderen Grund hierfür nicht anzugeben, doch ist es der Wunsch des Vorstandes, falls der Arbeiter sich untadelhaft beträgt, daß er so lange in der Kolonie bleibt, bis ihm anderweitig lohnendere Arbeit nachgewiesen wird, wozu der Vorstand jedoch nicht verpflichtet ist, wohl aber sich nach Möglichkeit bemühen will.

Will der Arbeiter die Kolonie aus eigenem Antriebe verlassen, so hat er dem Hausvater 3 Tage vorher davon Anzeige zu machen; neue Legitimationspapiere ...... Zeugniß ꝛc. braucht der Hausvater aber erst nach einem Aufenthalte des Arbeiters in der Kolonie von mindestens 6 Wochen zu ertheilen.

6) Jedes Sträuben gegen seine angeordnete Entlassung von der Kolonie wird als Hausfriedensbruch betrachtet und demgemäß bei der zuständigen Behörde auf Bestrafung unnachsichtlich angetragen werden, welches dem Unterzeichneten ganz besonders bekannt ist."

Es geht doch nichts über solche **„Barmherzigkeit"** und **„freie Güte"**.

Mekleuburg-Strelitz hat nunmehr auch sein Vereinsgesetz nach Mecklenburg-Schwerin'schem Muster erhalten. Der offizielle Anzeiger veröffentlicht die neue Verordnung, betreffend Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken. Danach kann eine öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken und die Bildung eines Vereins zu solchen Zwecken, ausgenommen während der Wahlzeit, „nur mit Genehmigung hoher großherzoglicher Landesregierung stattfinden". Bestehende Vereine haben diese Genehmigung nachzusuchen. Außerdem ist nach preußischem Muster vorherige Anzeige der Versammlungen unter Angabe auch des Zwecks derselben, Einreichung der Statuten und Mitgliederverzeichnisse für die politischen Vereine vorgeschrieben.

Daß sich die **Fortschritte des Sozialismus** im deutschen Volke auch in äußerlichen Anzeichen immer mehr dokumentiren, erregt nicht wenig den Grimm der Gegner. So läßt sich die „Köln. Ztg." in hämischem Tone aus Gelsenkirchen, 3. März, berichten: „Nicht nur in den großen Städten, sondern auch bei uns kommen jetzt schon pomphafte sozialdemokratische Begräbnisse vor. So wurde hier am letzten Sonntag der Schriftführer des alten Bergarbeiterverbandes, Beckmann, mit allen sozialdemokratischen Ehren begraben. Etwa 3000 Sozialdemokraten mit sozialdemokratischen Symbolen, die Führer mit mächtigen Kränzen, folgten dem Sarge, ebenso wurden drei Wagen voll Kränze nachgeführt. Zur Aufrechthaltung der Ordnung war eine starke Polizeimacht aus den Nachbarstädten aufgeboten, indessen verlief Alles in größter Ordnung."

Das erregt eben den höchsten Zorn der Kölnischen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich auch bei keiner Gelegenheit zu irgend welchen Exzessen hinreißen lassen und so der Polizeimacht keine Veranlassung zum Einschreiten geben, sondern sich stets ernst und würdig benehmen, wie es ihrer großen Sache entspricht.

Zum Kapitel der **Verrufserklärung** schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung":

„Die Bergwerks-Direktion Hänichen (im „gemüthlichen" Sachsen) kündigt und entläßt einen Arbeiter im Januar dieses Jahres. Selbiger Arbeiter steckt sein Arbeitsbuch ahnungslos in die Tasche und macht sich auf, sich eine neue Arbeit zu suchen. Er weiß nicht, daß er seine eigene Verrufserklärung — einen modernen Uriasbrief — mit sich trägt. Er geht von Zeche zu Zeche, er zeigt sein Buch vor, überall findet er ein abweisendes Achselzucken und hier und da meint man wohl: „Ja, Arbeit haben wir schon, aber Sie können wir nicht gebrauchen." Da erinnert sich der müde und matt gehetzte Bergmann, daß die Arbeitsbücher seiner Kollegen stets mit blauem Stempel unterzeichnet waren, während das seinige einen rothen zur Schau trug. Danach ist wohl kaum zu bezweifeln, daß hier eine Verrufserklärung gröbster Art vorliegt. Was soll nun der erwerb- und brotlos gemachte Arbeiter thun? Setzen wir den Fall, das Arbeiterschutz-Gesetz, wie es jetzt vorliegt, stehe bereits in Kraft, wie will der Mann der Bergwerks-Direktion Hänichen beweisen, daß sie den „Zweck" verfolgt habe, ihn um die Arbeitsgelegenheit zu betrügen? Die Bergwerks-Direktion erklärt, das sei nicht wahr, der rothe Stempel sei zufällig gebraucht und es sei besonderes, persönliches Pech des Bergarbeiters, wenn ihm in einer großen Anzahl von Zechen keine Arbeit gewährt wurde."

Man sieht, wie wohl begründet der Antrag der Sozialdemokraten war, dahingehend, „daß die Arbeiterzeugnisse mit keinem Merkmale zu versehen sind, welches zum Zweck hat oder geeignet ist, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen". Die Mehrheit des Reichstags hielt einen derartigen Schutz des Arbeiters für unnöthig und verwarf den Antrag.

Braunschweig, 4. März. Wegen des Festblattes „Abschied vom Sozialistengesetz" war gegen den Genossen S. Kokosky Anklage erhoben. Die auf Gotteslästerung gerichtete Anklage wurde, wie bereits mitgetheilt, vom hiesigen Landgericht zurückgewiesen. Dasselbe ist jetzt auch bezüglich der hiergegen erhobenen Beschwerde der Staatsanwaltschaft seitens des Oberlandesgerichtes zu Braunschweig geschehen. Es sind nunmehr die am 7. Oktober beschlagnahmten Exemplare freigegeben.

Ultramontane Sozialpolitiker und Hanswürste. — Die „Germania" bringt einen Bericht über einen „sozialpolitischen Vortragsabend" der Ultramontanen Kölns, in welchem ein Kaplan Dr. Oberdörffer den „sozialistischen Zukunftsstaat" malträtirte. Das Kölner Karnevals-Bild muß auf den Doktor-Kaplan eine recht nachhaltige Einwirkung ausgeübt haben, denn er gefiel sich darin, seinen Vortrag mit einem echten Hanswurstenstücklein zu beginnen. Dem Bericht nach erklärte er:

Das Komite sei der Ansicht gewesen, daß über den sozialistischen Zukunftsstaat, über welchen der erkrankte Dr. Lieber sprechen sollte, Niemand besser unterrichtet sein könne, als die sozialistischen Führer. Daher habe man sich telegraphisch an Herrn Bebel in Berlin gewandt, ob er über dieses Thema sprechen wolle. Dieser habe indeß geantwortet, „seine Frau" wolle es nicht haben. (Große Heiterkeit.) Herr Liebknecht habe auf eine gleiche Anfrage geantwortet, er müsse in die Philharmonie gehen. (Stürmische Heiterkeit.) In Folge dessen habe der Redner seinen Vortrag auf beide Punkte der Tagesordnung, auf den sozialistischen und den katholischen Zukunftsstaat, (!!!) ausdehnen müssen.

Der Doktor-Kaplan trat dann den sogenannten „Beweis" an, daß die Forderungen der Sozialdemokratie „unvernünftig" seien und „wider göttliches und menschliches Recht" verstoßen. Ueber den „katholischen Zukunftsstaat" äußerte er sich wie folgt:

„Das politische Ideal der Katholiken ist ein Königthum, welches nur für das Wohl der menschlichen Gesellschaft lebt und wirkt und seine Stütze findet in dieser Gesellschaft, welches die Mitte hält zwischen absolutistischem Zäsarismus und konstitutionellem Scheinkönigthum. In wirthschaftlicher Beziehung wäre nach Ansicht der katholischen Sozialpolitiker die Gesellschaft in Berufsgenossenschaften zu gliedern. Die wirthschaftliche Freiheit bedeutet für sie nicht den Kampf Aller gegen Alle, sondern die Schaffung und Erhaltung möglichst vieler selbstständiger Existenzen; die Freiheit soll ihre Stütze und Grenze finden in der organisirten Berufsgenossenschaft. Die sämmtlichen Bürger lassen sich in vier Klassen theilen. Die erste Klasse würden Diejenigen bilden, welche für das geistige Wohl der Gesellschaft wirken: die Priester, Ordensleute und Lehrpersonen; zur zweiten würden solche gehören, welche im Staatsdienste für das öffentliche Wohl arbeiten, sei es im Heer, in der Gerichtsbarkeit, in der Verwaltung oder im öffentlichen Verkehr. In die dritte Klasse fallen Alle, die eine private wirthschaftliche Thätigkeit entfalten: im Handel, im Handwerk oder in den freien Künsten. Die vierte Klasse endlich würde die ackerbautreibende Bevölkerung bilden. Es würde nicht schwer fallen, die einzelnen Stände zu ordnen in Gesammt- und Zweiggenossenschaften je nach der Art der Thätigkeit. Die Großindustrie ist das Schreckenskind unserer Zeit; sie hat die schreienden Mißstände herbeigeschafft, unter denen wir seufzen. Sie hat zahllose Existenzen vernichtet und leider auch viele Arbeiter ausgebeutet, indem sie die Arbeitszeit übermäßig ausdehnte und den Arbeitslohn unter Gebühr herabdrückte. Die Quintessenz der ganzen sozialen Frage bleibt die Lohnfrage. Der Arbeiter hat Anspruch auf einen Antheil am Unternehmergewinn, dessen Norm durch die Genossenschaft festzusetzen wäre, und welche im Einzelnen von Zeit zu Zeit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter festgestellt werden müßte. Auch die Arbeitszeit läßt sich nur regeln durch Eintheilung der Gesellschaft in Genossenschaften. Das religiöse Programm der Katholiken ist in allen Jahrhunderten dasselbe; es ist eben so unabänderlich wie sein Urheber." —

So viel Worte, so viel Dummheiten und Unwahrheiten. Der „katholische Zukunftsstaat" würde gar nichts anderes sein können, als was die katholische Hierarchie stets war in Theorie und Praxis: eine Einrichtung zur Knechtung und Stallfütterung der Volksmassen mit einem schmarotzenden Pfaffen- und Mönchsthum an der Spitze. Der Doktor-Kaplan hat das aller Vernunft, aller Gerechtigkeit und Humanität Hohn sprechende „Staatsideal" des „heiligen" Thomas von Aquino, eines der schlimmsten Erzeugnisse theologischen Wahnwitzes vor seinen Hörern vertreten, wonach es im Plane der „göttlichen Ordnung" gelegen ist, daß die Arbeiter, die Handwerker, Bauern, Handeltreibenden, nicht werth sind, „Bürger des Staates" zu sein, vielmehr als Sklawen, „schwach an Verstand", den herrschenden Klassen oder Kasten zu dienen haben. Die Anwendung des neuzeitigen, aus dem demokratischen Sozialismus geborenen Gedankens der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeit auf das Prinzip des „katholischen Zukunftsstaates" ist ein frommer Betrug. Und eine wissentliche Fälschung geschichtlicher Thatsachen bedeutet die Behauptung des Doktor-Kaplans, daß das religiöse Programm der Katholiken in allen Jahrhunderten dasselbe, „unabänderlich wie sein Urheber" sei. Der Katholizismus hat mehr wie eine gründliche Veränderung durchgemacht. Wenn die Lehren des Urhebers des Christenthums „unabänderlich" gegolten hätten, so würde es niemals eine Hierarchie, niemals ein anmaßendes Priesterthum haben geben können.

Prag, 4. März. Bei der Reichsrathswahl in Teschen siegte der deutsche Liberale Fournier mit 1658 von 2543 Stimmen. Knotz, der Gegenkandidat, erhielt 356 Stimmen. Aus Böhmen sind die Wahlresultate aus 15 Städten bekannt. Gewählt wurden acht Deutsch-Liberale, sechs Jungtschechen und ein Alttscheche. Die Jungtschechen haben den Alttschechen bisher vier Mandate abgenommen. Die Deutsch-Liberalen gewannen Teschen von den Deutsch-Nationalen. — Aus Mähren liegen die Ergebnisse aus sechs Städten vor, wo vier Deutsch-Liberale und zwei Alttschechen gewählt wurden. Von den galizischen Städtewahlen sind drei Ergebnisse bekannt; gewählt wurden zwei konservative Polen und ein demokratischer.

Ein unerwartet günstiges Resultat hatte die **österreichische Sozialdemokratie** bei den Wahlen in Böhmen zu verzeichnen. In Reichenbach-Stadt waren unter 1441 abgegebenen Stimmen 222 sozialdemokratische, in Warnsdorf von 2077 abgegebenen 471, in Gablonz-Stadt von 1549 abgegebenen 232 und in Tetschen-Stadt von 1771 abgegebenen 473.

Dieses Resultat zeigt, daß unsere Ideen in Oesterreich schon sehr festen Boden gewonnen haben, denn wenn wir bei einem Zensuswahlsystem, das über zwei Drittel der in Deutschland Wahlberechtigten vom Wahlrechte ausschließt, solche Erfolge zu verzeichnen haben, dann gehört uns das Proletariat sicher ganz.

In Belgien beginnen die klerikale Regierung und Kammermehrheit mit den noch bestehenden Freiheiten aufzuräumen, um sich in ihrer Machtstellung zu erhalten. Wie bereits kurz gemeldet, ist in der Kammer das Gesetz über die Beschränkung der Preßfreiheit zur Annahme gelangt. Bei der Berathung dieses Gesetzes trat die wahre „Arbeiterfreundlichkeit" der klerikalen Partei gründlich zu Tage. Da der Generalausstand immer näher heranrückt und die Machthaber ihn zu verhindern hoffen, wenn es gelingt, die Arbeiterführer unschädlich zu machen, so hatte das klerikale Ministerium ein Gesetz eingebracht, welches die Freiheit der Presse und der Rede einschränkt und „alle Aufreizungen ohne Erfolg" bestraft. Der Justizminister meinte, dieses Gesetz sei nicht so schlimm, wie es die Liberalen schildern, das Gesetz sei nur gegen die „Aufhetzer der Arbeiter" gerichtet und für die Erhaltung der „Ordnung" unentbehrlich. Die gesammte Linke erhob sich einmüthig gegen das Gesetz, das verfassungswidrig sei. Man rief der Rechten zu: „Die wahren Anstifter und Rädelsführer sind nicht die Arbeiterführer, sondern Sie! Tragen Sie sammt der Regierung den berechtigten Wünschen des Volkes Rechnung und sofort wird alle Unruhe im Lande schwinden und Ihre Besorgniß unbegründet sein!" Und die Antwort der Rechten war der Ruf: „Schlechte Scherze!" Der allen Reformen abgeneigte Führer der Rechten, Woeste, gestand denn auch offen ein, das Gesetz sei nur eingebracht mit Rücksicht auf den drohenden Generalausstand, um „zum Schutze der Sicherheit und der ehrbaren Arbeiter" die Arbeiterführer und Anstifter fassen zu können. Das entrüstete selbst die gemäßigteren Liberalen. Herr Graux, der frühere liberale Finanzminister, griff das Vorgehen der Klerikalen auf das Heftigste an. Die beiden herrschenden Parteien hätten ihre Kämpfe in vollster Freiheit ausfechten können. Jetzt erstehe eine dritte Partei, die Arbeiterpartei, welche auch ihre Rechte fordere; sofort wollen die Klerikalen sie todtmachen. Jede Partei habe ihre Führer, und die Führer der Arbeiterpartei hätten dieselben Ansprüche auf Recht und Freiheit, wie die aller Parteien. Ein derartiges Ausnahmegesetz könne den klerikalen Machthabern nur Verderben bringen. Aber alle diese Mahnungen hatten keinen Erfolg. Die für ihre Macht zitternde Mehrheit stimmte dem Gesetze zu.

Es galt auch für sie das Wort: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Die um ihre Macht besorgten Herren schaufeln mit derartigen Maßnahmen an ihrem eigenen Grabe.

Paris, 4. März. Die Kommission der Deputirtenkammer zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Jurisdiktion Frankreichs in Madagaskar, hat nach den Erklärungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ribot, die Vorlage der Regierung angenommen und den Deputirten Le Myre de Vilers zum Berichterstatter ernannt.

Lissabon, 4. März. Die Cortes wurden heute in gemeinsamer Sitzung beider Kammern im Sitzungssaale der Deputirtenkammer unter dem Vorsitz des Präsidenten der Pairskammer eröffnet. Nach Verlesung des Einberufungsdekrets wurde die Sitzung aufgehoben.

Rom, 4. März. Die Deputirtenkammer beschloß auf den Antrag des Minister-Präsidenten Rudini, über die Anfrage, betreffend die internationale Politik und über die russische Mission nach Abessinien erst bei der nächsten Lesung zu verhandeln.

Gestern fanden in der Kammer Wahlen von neun neuen Mitgliedern der Generalbüdgetkommission statt. Es wurde jedoch nur ein Mitglied definitiv gewählt. In acht Fällen sind Stichwahlen erforderlich. Die Journale heben hervor, nach dem zu Tage getretenen Stimmenverhältniß habe die Regierung eine Majorität von 30 bis 35 Stimmen.

Wie man als „Staatsmann" seine Vergangenheit verleugnet, dafür hat der serbische Ministerpräsident Pašitsch ein „leuchtendes" Beispiel gegeben. Früher selbst zum Tode verurtheilt, dann nach Jahren der Verbannung begnadigt und jetzt zum serbischen Ministerpräsidenten avancirt, hat derselbe sein Meisterstück als Reaktionär geleistet, indem er das serbische Parlament zur Auslieferung des Abgeordneten Stanojevitsch bewog, der weit weniger gethan hat als Herr Pašitsch in jüngeren Jahren. Der ausgelieferte und nunmehr verhaftete Abgeordnete hat in einem Flugblatte das skandalöse Leben des Exkönigs Milan und die widerlichen Streitigkeiten des Königspaares beleuchtet und daraus Schlüsse über den Werth der jetzigen Regierungsform in Serbien gezogen. Herr Pašitsch, der Attentate und eine Revolution geplant hat, vernichtet jetzt die Immunität von Abgeordneten wegen eines Flugblattes. So entwickeln sich die Menschen!

Washington, 4. März. Der Kongreß hat den Gesetzentwurf, betreffend den Schutz des Urheberrechtes, mit Bestimmungen angenommen, die besagen, daß Jedermann zwei Exemplare eines im Auslande geschriebenen Buches unter Zahlung des Zolles einführen könne und daß Zeitungen und Zeitschriften in dem Falle zugelassen werden, daß sie keinen Inhalt haben, dessen Nachahmung untersagt ist. Die Vorlage wird nunmehr dem Präsidenten zur Unterzeichnung überreicht werden.

Montevideo, 4. März. Nachdem das bisherige Ministerium seine Entlassung gegeben, hat sich nunmehr ein Versöhnungsministerium mit folgender Zusammensetzung gebildet. Generalkapitän Perez, Ministerium des Innern, Manuel Herero y Espinosa, Ministerium des Aeußern, Carlos Maria Ramirez, Finanzen, Jose Maria Castellanus, öffentliche Arbeiten und Handel, General Callorda, Krieg und Marine.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer Mittwoch-Sitzung zunächst über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Grafen Arnim, 10. Reg.-Bez. Liegnitz (Rothenburg-Hoyerswerda), die Beschlußfassung auszusetzen, bis das Ergebniß der beschlossenen Erhebungen eingegangen ist. — Weiter stand die Wahl des Abgeordneten Stumm auf der Tagesordnung der Kommission. Gegen die Wahl des Neunkirchener Schlotjunkers ist von Seite des früheren Sekretärs des Gegenkandidaten Stumms, Kaplan Dasbach, ein Wahlprotest eingegangen. Auch von anderen Wählern liegen Proteste vor, so daß deren Zahl im Ganzen sechs beträgt. In der Hauptsache wenden sich dieselben gegen die im „Königreich Stumm" selbstverständlichen Beeinflussungen und Vergewaltigungen der Arbeiterwähler auf den Stumm'schen Werken durch Beamte des Letzteren. Auch Wahlfälschungen sollen passirt sein und liegt der betreffende Fall bei der Staatsanwaltschaft. Die Kommission kam zu dem Entschlusse, Erhebungen zu veranlassen und bis zu deren Eingang den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen.

Hamburger Neuigkeiten.

Hamburg, 5. März.

In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurde bei Berathung des Berichts des Büdgetausschusses u. A. ein von Langthimm zu Art. 47, Polizeibehörde, gestellter Antrag angenommen, die Polizei zu ersuchen, das Aufstellen von Automaten an öffentlichen Straßen ꝛc. zu verbieten. Alsdann entspann sich bei Art. 53, Medizinal-Kollegium, eine lebhafte Debatte über die jüngst erwähnte Ueberführung einer gesunden Frau nach der Irrenanstalt in Friedrichsberg auf Befehl eines Distriktsarztes. Prahl behauptete, das Physikatsattest, von dem Dr. Oehrens bei der Beantwortung der ersten Anfrage Prahls gesprochen, sei erst ausgefertigt, als die Frau sich bereits in der Irrenanstalt befand. Dem wurde auch nicht widersprochen. Der rechten Seite des Hauses war die Debatte über diese Angelegenheit äußerst unangenehm und wurde schließlich ein Antrag Langthimms, die Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen, von der Bürgerschaft abgelehnt, nachdem es hüben und drüben zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen war. Alsdann unterhielt man sich längere Zeit über die Frage, ob man dem Förster in Volksdorf M. 600 persönlicher Zulage bewilligen soll oder nicht, und ob der Holzvogt zu Groß-Hansdorf mit M. 1500 auskomme oder ob man ihm M. 1800 bewilligen soll. Die Debatte hierüber wirkte morphiumartig auf die nicht interessirten Zuhörer und stellte es sich denn auch, als Gérard die Beschlußfähigkeit vor der Abstimmung über diese wichtige Frage anzweifelte, heraus, daß eine Anzahl Mitglieder sich stillschweigend entfernt hatte und deshalb thatsächlich die Beschlußunfähigkeit eingetreten war. Die Debatte über diese Summe von M. 300 wird also in nächster Sitzung fortgesetzt werden. — Ja, mit Millionen wird man schneller fertig.

Invaliditäts- und Altersversicherung. In der in vorletzter Nummer mitgetheilten Zusammenstellung der Rentengewährungen seitens der Hanseatischen Versicherungsanstalt befindet sich, soweit es sich um die Vertheilung der Rentengewährungen auf die Gebiete der drei Hansestädte handelt, ein Irrthum. Wir geben deshalb die richtigen Zahlen hierunter: Von den bisher erfolgten 236 Rentengewährungen und 25 Ablehnungen entfallen auf das Gebiet der freien Stadt Lübek Rentengewährungen 38, Ablehnungen 4, auf das Gebiet der freien Stadt Bremen Rentengewährungen 75, Ablehnungen 5, auf das Gebiet der freien Stadt Hamburg Rentengewährungen 123, Ablehnungen 16. Zusammen Rentengewährungen 236, Ablehnungen 25.

Submissions-Ausschreiben. Die Ausführung der Pflasterarbeiten u. w. d. a. in den Straßen und Plätzen des neuen Zentral-Schlachthofes in St. Pauli; die Ausführung des Neubaues einer zirka 602 Meter langen Kaimauer bei Johannisbollwerk und den 1. und 2. Vorsetzen u. w. d. a. soll im Submissionswege vergeben werden. Die Bedingungen nebst Zeichnungen sind im Vorzimmer der Finanz-Deputation werktäglich von 10—4 Uhr zur Einsicht ausgelegt.

Verklarung wollen belegen: Schiffer B. Köhler, Schiff „Enat", kommend von der Unterelbe. Schiffer A. Vieth, Schiff „Catharina II", will am Freitag, den 6. März, um 12 Uhr, seine Verklarung belegen, betreffend Havarie im Hafen.

Variété-Theater. Nur noch einige Male wird Steiners wirksames Lokalstück: „Ein Hamburger Bierführer" in Szene gehen. Für Morgen, Freitag, ist die Erstaufführung einer vieraktigen Lokalposse: „Hamburger Pflanzen", bestimmt, dessen Verfasser, Herr W. Schuldt, früheres Mitglied des Carl Schultze-Theaters gewesen ist, und er damit sein Erstlingswerk bietet. Inszenirt ist dasselbe von dem Ober-Regissör Herrn Fr. Schönemann und besteht aus folgenden Abtheilungen: 1) Ein unangenehmer Besuch. 2) Der geplante Einbruch oder die Liebeslaube. 3) Der Polterabend oder das Freibillet nach Adelaide. 4) Die Rückkehr aus Australien oder Ende gut, Alles gut! Die Bezeichnung der einzelnen Akte giebt schon einen Hinweis, daß das Stück eine reiche Abwechslung und eine bunte Fülle in der Handlung besitzt, so daß die Hoffnung, die man auf „Hamburger Pflanzen" setzt, sich wohl erfüllen dürfte.

Zur Fährangelegenheit. Ueber den Verlauf der unter dem Vorsitz des Herrn Blohm (Steinwärder) im Patriotischen Hause abgehaltenen Versammlung der auf Steinwärder und dem Kl. Grasbrook ansässigen Werft- und Fabrikbesitzer theilt man dem „Hamb. Korresp." noch Folgendes mit. Der Einberufer, Werftbesitzer Blohm, verlas zwei von der Hafen-Dampfschiffahrt A.-G. ausgearbeitete erhöhte Tarife, wie solche dem Senat vorgelegt wurden und von denen einer bereits genehmigt sein soll. Diesen Vorlagen zufolge beabsichtigt man die Abonnements für die Querfähren ganz fortfallen zu lassen und für die Beförderung der Arbeiter Dutzendbillets zu 45 oder 50 ₰ auszugeben. Die erste Taxe bezieht sich auf die Zeit von Morgens 5—7 Uhr, während für den zweiten Modus die Morgenfahrten um 30 Minuten und für die Mittagszeit um eine volle Stunde verlängert werden sollen. Gegen diese Maßregel, welche, wie verlautet, binnen Kurzem verwirklicht wird, wurde fast einstimmig Protest erhoben. Fast sämmtliche Redner äußerten sich dahin, daß die Preise für die nothwendigen Querfähren nicht höher geschraubt werden dürften. Wenn man mehr haben müsse, solle man die Rundfährpreise, welche Tour doch nur zur Bequemlichkeit da sei, erhöhen. Einige der Anwesenden erklärten, ihr Personal im Fall einer Erhöhung selbst befördern zu lassen. Die Abstimmung über das Für und Wider wurde mit großer Majorität zu Gunsten der Protestirenden entschieden. Eine aus den Herren Direktor Berlin (Reiherstieg-Werft), Meier (Stülkens Werft), John A. Meyer, Zipperling und Propje bestehende Kommission erhielt den Auftrag, den Senat von der Beschlußfassung in Kenntniß zu setzen. Eine weitere Versammlung soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Verein zur Errichtung von Sanitätswachen. Die Sanitätswache Nr. I. in St. Pauli am Millernthor-Glacis neben der Feuerwehrwache wies im Monat Februar eine Frequenz von 46 Fällen auf und zwar 21 chirurgische, 22 innere und 3 geburtshülfliche. Innerhalb der Wache sind 25, außerhalb derselben 21 Hülfesuchende behandelt worden. Die Sanitätswache Nr. II. in St. Georg, Borgeschstraße 1a, nahe dem Hansaplatz, wies im Monat Februar eine Frequenz von 20 Fällen auf, und zwar 16 chirurgische und 4 innere. Innerhalb der Wache sind 11, außerhalb derselben 9 Hülfesuchende behandelt worden. Beide Wachen sind Abends 8 Uhr bis Morgens 8 Uhr ununterbrochen geöffnet und befindet sich daselbst auch ein Nachweis von stets hülfsbereiten Aerzten und Hebammen.

Die Dampfer der Zollkanal-Linie, welche seit längerer Zeit stilliegen, sollen, wie verlautet, am Sonntag wieder in Betrieb gesetzt werden. Die einstweilen nur an Sonntagen vier Mal in der Stunde laufenden Boote fahren alsdann vom Meßberg und nicht wie vordem von der St. Pauli Landungsbrücke ab. — Die Fährgesellschaft beabsichtigt, im Laufe der nächsten beiden Jahre sechs neue Dampfer bauen zu lassen.

Verkauf der „Concordia" auf St. Pauli. Der Verein für Volkskaffeehallen hat die zum Verkauf gestellte „Concordia" für die Summe von M. 299 100 als Eigenthum erworben. Der Verein gedenkt das Etablissement in ein Arbeiter-Kost- und Logirhaus umzuwandeln und sollen die Pläne hierzu unter Berücksichtigung der Rathschläge von berufener Seite demnächst ausgearbeitet werden.

z. **Zum Kapitel der Unfallverhütungsvorschriften.** Durch die geländerlosen Gangways (Laufbrücken), die von den Kaimauern nach den Dampfschiffen hinübergelegt werden, um die Verbindung herzustellen, sind schon so oft Unfälle herbeigeführt worden. Trotz alledem sieht man sich aber nicht genöthigt, den Gebrauch solcher Laufbrücken einfach zu verbieten, obgleich die Unfallverhütungsvorschriften vorschreiben, daß Laufbühnen, Laufbretter u. s. w. mit festen Geländern versehen sein müssen. So wollte sich ein Kaiarbeiter mit einem Beutel voll Plomben beim Schuppen 9 über eine solche geländerlose Laufbrücke an Bord des holländischen Dampfers „Roland" begeben; hierbei glitt er aus und stürzte zwischen Dampfer und Kaimauer in's Wasser. Nur dem schnellen Zuspringen einiger Schiffsleute ist es zu verdanken, daß der Mann mit dem Leben davon kam. Diese warfen ihm ein Tau zu, an das er sich so lange halten konnte, bis er wieder hinauf gezogen wurde. Wäre nun die Laufbrücke mit Geländern versehen gewesen, so wäre ein Hinunterfallen vollständig ausgeschlossen. Wir sind fest überzeugt, daß, wenn einmal einer unser Schiffsrheder auf solche Weise ein kaltes Bad nehmen müßte, man sehr bald Remedur schaffen würde. Aber so — da wird es wohl noch Zeit haben. Es geht mit den Unfallverhütungsvorschriften genau so, wie mit so vielen anderen Sachen. Sie nehmen sich auf dem Papier wunderschön aus.

z. **Havarie im Hafen.** Von dem aufkommenden spanischen Dampfer „Velarde" wurden heute Vormittag, als derselbe in die Einfahrt zum Kai einbiegen wollte, zwei leere Schuten und der mit Gerste beladene Ewer „Jacobus" aus Estebrügge angerannt. Die beiden Schuten schlugen sofort voll Wasser. Der Ewer erhielt so bedeutende Beschädigungen an der Backbordseite, daß er sich schnell mit Wasser zu füllen begann. Der Schleppdampfer „Michel" versuchte, das sinkende Fahrzeug nach Steinwärder zu bugsiren, um es dort auf den Strand zu setzen. Der Versuch mißlang jedoch. Der Ewer sank, bevor man den Strand erreichte. Glücklicher Weise ist kein Verlust von Menschenleben zu beklagen.

Schiffsnachrichten. Der Dampfer „Cassius", Kapt. Rix, ist am 4. d., 7 Uhr 40 Min. Morgens, Prawle Point passirt. — Der Dampfer „Borussia", Kapt. Jagemann, am 3. d. in Havre angekommen, hat am 4. d., 5 Uhr Nachm., von dort die Reise nach St. Thomas ꝛc. fortgesetzt. — Der Dampfer „Flandria", Kapt. Hahn, von Westindien in Havre angekommen, hat am 4. d., 4 Uhr Nachm., die Reise nach Hamburg fortgesetzt. — Der Dampfer „Pretoria" ist am 4. d. von Kapstadt nach Southampton abgegangen. — Der Dampfer „Lismore Castle", von London nach Kapstadt, ist am 4. d. Las Palmas passirt. — Der Schnelldampfer „Augusta Viktoria", Kapt. Barends, ist am 4. d., 6½ Uhr, in Palermo eingetroffen. — Der Dampfer „Rugia", Kapt. Leithäuser, am 2. d. von hier abgegangen und am 4. d. in Havre angekommen, hat am 5. d., 4 Uhr Morgs., von dort die Reise nach New-York fortgesetzt. — Der Dampfer „Cheruskia", Kapt. Lodderstädt, ist am 4. d. von Hamburg in Colon angekommen. — Der Dampfer „Australia", Kapt. Speuth, ist am 5. d., 7 Uhr Morgens, Lizard passirt. — Der Dampfer „Porto Alegre", Kapt. Barrelet, ist ausgehend am 4. d., 8 Uhr Abends, Dover passirt. — Der Dampfer „Lissabon", Kapt. Holm, ist rückkehrend am 5. d., Morgens, in Bremerhaven angekommen. — Der Dampfer „Ella Woermann", Kapt. Meinertz, ist auf der Ausreise am 4. d. Mts. in Teneriffa angekommen. — Der Dampfer „Erna Woermann", Kapt. Mayen, ist auf der Ausreise am 5. d., 8 Uhr Vorm., Dover passirt. — Der Dampfer „Adolph Woermann", Kapt. Taggesbrock, ist auf der Ausreise am 5. d., 8 Uhr Vorm., in Vlissingen eingetroffen. — Der Dampfer „Professor Woermann", Kapt. Abraham, ist auf der Heimreise am 4. d. in Las Palmas (Gran Canaria) eingetroffen. — Der Dampfer „Steinhöft", Kapt. Nehse, ist am 5. d., Morgens, von Hamburg in Antwerpen angekommen. — Der Dampfer „Wandrahm", Kapt. Voroth, von Hamburg nach New-York, ist am 5. d., Morgens, Lizard passirt. — Der Dampfer „Athenian", von Kapstadt nach Southampton, ist gestern von Madeira weitergegangen.

Einen schweren Verbrecher vermuthet man in einem hier von der Bremer Kriminalpolizei eingelieferten Arrestaten, der über seine Personalien keinerlei Auskunft geben will und sich als Taubstummer aufspielt. Das hiesige Verbrecheralbum gab über seine Person keinen Aufschluß und ist deshalb anzunehmen, daß der Verhaftete anderweitig zuständig ist.

Betriebsunfälle. Ein beim Stadthausbau beschäftigter Maurer gerieth mit der Hand in die große Winde und erlitt erhebliche Quetschungen. — Bei demselben Bau verletzte sich ein Arbeiter mit einem Meißel die Finger der rechten Hand.

In's Kurhaus mußte ein Mann geschafft werden, der in der Nikolaistraße gegen einen Prellstein fiel und sich ein Bein verletzte.

In's Irrenhaus brachte man einen Schlossergesellen, der am Berliner Bahnhof umherirrte und wirre Reden führte.

Unglücksfall. Am 3. d. M. stürzte bei einer Herrschaft in der Lübeckerstraße ein Dienstmädchen die Treppe hinunter. Dasselbe verletzte sich den linken Arm und mußte sich in das Allgemeine Krankenhaus begeben.

Eine erhebliche Kopfverletzung erlitt ein Besucher eines Vergnügungslokals in der Neustadt, indem er irrthümlich von einem Gast, der mit einem anderen in Streit gerathen war, mit einem Bierseidel einen Schlag auf den Kopf erhielt, der dem anderen Gast zugedacht war. Der Verletzte mußte in's Kurhaus geschafft werden.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Händler Novarra, der kürzlich am Schaarmarkt 21 bei einem Anfall von Epilepsie eine Petroleumlampe umwarf und sich erhebliche Brandwunden zuzog, die nunmehr den Tod des seinerzeit nach dem Kurhause überführten Verletzten zur Folge hatten.

Einen Selbstmordversuch machte gestern ein Steinschleifer in einem Hause am Herrengraben, indem er sich mit einem Dolch resp. Dolchmesser einen Stich in die Brust beibrachte. Er will die That aus Liebesgram begangen haben, weil seine Geliebte ihn verlassen hat. Der Verwundete wurde in's Kurhaus geschafft.

z. **In eine gefährliche Lage** geriethen zwei an der Außenseite des beim großen Krahn löschenden Schiffes „Anakonda" beschäftigte Maler. Beim Ueberdrehen des Dampfkrahns stieß die volle Schlinge, in der sich vier Sack Salpeter befanden, gegen die Reeling, wobei zwei der Säcke hinausfielen. Während der eine Sack auf der Kaimauer liegen blieb, fiel der andere zwischen Schiff und Kaimauer in's Wasser, im Fallen die Stellage, auf der die beiden Maler saßen, zerschlagend. Diese besaßen glücklicher Weise soviel Geistesgegenwart, nach den Tauen, in denen die Stellage hing, zu greifen. Hieran hielten sie sich so lange, bis ihnen vom Schiff aus Hülfe wurde. Die Sache ist somit gut abgelaufen und die Maler sind mit dem Schrecken davongekommen. Es wäre aber doch wohl richtiger, daß Arbeiten an einer so gefährlichen Stelle gemacht würden, wenn die Löscharbeiten ruhen.

z. **Die Taucherarbeiten** an dem englischen Schiff „Caitloch" haben in Folge des hohen Wasserstandes eingestellt werden müssen. Die Beschädigungen des Schiffes haben sich nach einer eingehenden Besichtigung seitens des Tauchers Flint als bedeutend geringfügiger herausgestellt, als man ursprünglich annahm.

z. **Ertrunken** ist gestern Nachmittag im Reiherstieg, in der Nähe der Dreyer'schen Werft der Steuermann Sunnfleet vom Schleppdampfer „Elbe I". Der Steuermann hatte, mit dem Schleppdampfer von Harburg kommend, für kurze Zeit das Steuerruder an den Decksmann abgegeben und sich nach dem hinteren Deck begeben. Gleich darauf stieß der Dampfer gegen eine große Eisscholle. In Folge des heftigen Anpralles kam der Steuermann in's Wanken und stürzte über die nur niedrige Reeling in's Wasser. Der Dampfer wurde sofort gestoppt und die nöthigen Rettungsmaßregeln getroffen, doch blieben dieselben erfolglos. Nach der Leiche wird gefischt.

z. **Von der Elbe und Schiffahrt.** In der Elbe herrscht gegenwärtig in Folge des anhaltenden starken südwestlichen Windes ein außerordentlich hoher Wasserstand. Die zu dem Landungsponton an St. Pauli führenden Laufbrücken liegen während der Fluth mit dem Lande in fast gleicher Höhe. Recht schwierig gestaltet sich durch den hohen Wasserstand auch das Laden und Entlöschen der Dampfer an den Kais, da die Schiffe hoch über die Kaimauer hinausragen. Die Brücken am Meßberg und Deichthor sind für Schleppdampfer nicht zu passiren, da das Wasser dicht unter den Brückenbögen steht. — Seit heute haben die den Verkehr zwischen hier und Stade vermittelnden Dampfer ihre Fahrten wieder aufgenommen. Von den unterelbischen Ziegeleien sind bereits mehrere mit Mauersteinen beladene Ewer hier im Hafen eingetroffen. Die Eisgefahr kann somit als vollständig beseitigt gelten. — Die an der Nordseite des Fahrwassers zu Cuxhaven auf Grund gerathene englische Bark „Port Jnorad" ist gestern Abend durch die Schleppdampfer „Roland" und „Titan" abgebracht worden und ankert jetzt dort im Fahrwasser. — Der bereits in See gewesene Dampfer „Helene" ist gestern Nachmittag Sturmes halber wieder umgekehrt und ankert auf der Rhede von Cuxhaven.

Einen bedeutenden Fund machte heute Morgen ein Konstabler in der Wilhelminenstraße. Auf der Vordiele eines Hauses fand er einen Schloßkorb, gezeichnet A. K. 26 121, eine Zehntel Kiste Zigarren, eine Kiste mit Dosen, zwei Packete mit Büchern und Zeitungen, einige Flaschen und ein Kolli Bilderrahmen. Der Eigenthümer der Sachen, die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren, kann sich auf dem Bezirksbüreau St. Pauli melden.

Der gestrige Schneefall hat wieder zirka vierzig Hauswirthen und Parterrebewohnern in St. Pauli zu Strafmandaten verholfen, weil sie die Reinigung des Trottoirs verabsäumt hatten.

Viele Hunde sind des Hasen Tod. Ein Bettler machte sich gestern in der Wilhelminenstraße das Privatvergnügen, den Parterrebewohnern, die ihm einen Tribut verweigerten, die Fensterscheiben einzuschlagen. Ein hinzugerufener Konstabler, der ihn verhaften sollte, konnte des auffällig starken Menschen aber so wenig allein als mit Hülfe eines Kollegen Herr werden. Die Verhaftung des herkulischen Bettlers gelang erst, als noch weiterer Sukkurs von den Konstablern herbeigerufen wurde.

Ihrer ganzen Garderobe beraubt wurde gestern eine in der Jägerstraße wohnende Frau durch einen Spitzbuben, der sich Eingang in ihre Wohnung zu verschaffen gewußt hatte. Die Frau schätzt ihren Verlust auf M. 350.

Die Kriminal-Polizei beschäftigt sich eingehend mit Feststellung der Entstehungsursache des schon an anderer Stelle gemeldeten Feuers, welches gestern Abend 6½ Uhr in der Gr. Reichenstraße 3—5 in einem nach hinten belegenen Stallgebäude zum Ausbruch kam. Nachdem das Feuer im Stall, welches nur die Streu ergriffen hatte, gelöscht war, kam in einem Zimmer über dem Stall, welches Arbeiter, die dort mit Etiquettenaufkleben für das im Vorderhause befindliche Sämerei-Geschäft Ernst v. Spreckelsen beschäftigt waren, soeben verlassen hatten, gleichfalls Feuer aus, obgleich die Decke des Stalls vollständig unbeschädigt war und das Feuer also durch den bereits gelöschten Stallbrand nicht entstanden sein kann. Die sonst in dem Stall befindlichen Pferde der genannten Firma waren bei Ausbruch des Brandes nicht darin untergebracht, sondern befanden sich auf einer Ausfahrt. Die Polizei stellt deshalb eifrig Recherchen an, um Aufklärung über diese eigenthümlichen Umstände zu schaffen.

m. **In Untersuchung gezogen** wurde ein erst kürzlich hier zugereister Dachdeckergehülfe, welcher be-

schuldigt wird, sich der Körperverletzung schuldig gemacht zu haben.

m. **Scheu geworden.** Aus unbekannter Ursache wurde gestern Vormittag am Mundsburgerdamm ein vor eine Droschke gespanntes Pferd plötzlich scheu und ging durch. Nachdem das Thier schon unterwegs mit einer Milchkarre in Kollision gewesen war, rannte es am Uhlenhorsterweg mit der Droschke so heftig gegen einen Baum, daß die Droschke arg beschädigt wurde und das Pferd selbst zu Fall kam. Da nicht allein die Droschke erheblich beschädigt worden war, sondern auch das Pferd durch den Fall bedeutendere Verletzungen erlitten hatte, so erleidet der Eigenthümer derselben einen beträchtlichen Schaden, besonders da er auch noch den Schaden ersetzen muß, den der Milchhändler erlitt, dessen Karre angerannt wurde und dem dadurch ein größeres Quantum Milch verloren ging.

m. **Diebstähle.** Einem in der Wandsbekerstraße in Barmbek wohnenden Handwerker entwendete man einen schwarzen Filzhut; und einem am Winterhuderweg auf der Uhlenhorst wohnenden Kaufmann wurden verschiedene Blattpflanzen und ein Kinderwagen, welchen man wahrscheinlich zum Transport der Pflanzen verwendete, gestohlen.

Feuermeldungen. Gestern Nachmittag 5¾ Uhr brannte es Schmuckstraße 20; um 6½ Uhr Kantstraße 1; um dieselbe Zeit Abends Große Reichenstraße 3—5; um 7½ Uhr Langereihe 15 auf St. Pauli; um 8½ Uhr Schauenburgerstraße 7; um 5 Uhr heute Morgen wurde von den Thürmern großes Feuer in der Richtung nach Niendorf gemeldet; um 5½ Uhr brannte es Stresowstraße 99.

Diebstahl. Einer Dame aus Harburg, die hier Einkäufe machte, stahl man, während sie vor einem Laden stand, ihr Portemonnaie mit M. 60 Inhalt aus der Tasche.

Nach Unterschlagung von 27 Schilling englischen Geldes ist seit gestern Mittag der Hausknecht Zucht, 24 Jahre alt, beim Hotelbesitzer Doerpemann am Alten Wandrahm in Dienst, geflüchtet.

Aus Altona.

Gärtnerische Anlagen neben den Schienengeleisen sollen auf den schleswig-holsteinischen Eisenbahnen geschaffen werden, um den Reisenden, besonders den vom Süden kommenden, den Kontrast zwischen dem an landschaftlichen Schönheiten reicheren Süden mit den öden, kahlen Strecken, welche grade die schleswig-holsteinischen Bahnen durchkreuzen, nicht zu sehr fühlbar zu machen. Die Dänen, welche diese Bahnen anlegten, hatten bei der Anlage nur das eine Prinzip, den Verkehr und den Handel möglichst nach Kopenhagen zu leiten und legten die Bahn deshalb durch die ödesten Strecken Schleswig-Holsteins, um Altona mit Kiel bezw. Vamdrup zu verbinden, so daß die Fahrt auf diesen Bahnen mit zu den langweiligsten gehört, die man machen kann. Dem soll durch obenerwähnte Anlagen demnächst abgeholfen werden.

Zu dem Eisenbahn-Unfall auf dem Altonaer Bahnhof. Wie jetzt festgestellt, war das verunglückte Mädchen aus Malente bei Gremsmühlen gebürtig und 17 Jahre alt. Die Bedauernswerthe war bei dem Goethestraße 27 wohnenden Kapitän Kier bedienstet; sie beabsichtigte an dem Unglückstage, ihre in Pöseldorf bedienstete Schwester zu besuchen. Die Beerdigung der auf so schreckliche Weise Verunglückten, die von ihrer Herrschaft als ein außerordentlich braves Mädchen geschildert wird, fand heute, Donnerstag, von der städtischen Leichenhalle aus statt.

Zirkus Busch. Eine eigenartige Ueberraschung wurde vor einigen Abenden den Besuchern des Zirkus Busch zu Theil. Als vor Beginn der Wasser-Pantomine die mächtigen Schläuche das nöthige Badewasser ausströmten, füllte sich plötzlich gleichzeitig der ganze Zirkus mit köstlichem Fliederduft. Zuerst natürlich allgemeines Erstaunen und verwundertes Anblicken der vermeintlich stark parfümirten nächsten Nachbarin, bis man schließlich entdeckte, daß der Veranstalter der reizvollen Ueberraschung Herr Direktor Busch war, der anläßlich der 25. Aufführung der Pantomime das Badewasser hatte parfümiren lassen. Wie wir verrathen können, wird auf Wunsch vieler Damen, welche „nicht dagewesen", das allerdings etwas kostspielige Experiment an einem der nächsten Abende wiederholt werden. Daß Herr Direktor Busch übrigens bemüht ist, nach Kräften allen an ihn gelangenden Wünschen gerecht zu werden, beweist, daß er trotz der enormen Zugkraft der Wasser-Pantomime, augenblicklich wieder an einer neuen ähnlichen arbeitet, die speziell für Kinder berechnet ist und daher namentlich solche Szenen aufzuweisen haben wird, an denen sich das Kinderherz ergötzt. — Von der Direktion des Zirkus werden wir noch gebeten, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, sich nicht durch das Treiben der Billethändler beirren zu lassen, welche den Besuchern stets mit der Bemerkung entgegen treten, es sei Alles verkauft. Es sind vielmehr in der Regel alle Abende noch kurz vor Beginn der Vorstellung gute Plätze an der Kasse zu haben.

Ueberfahren wurde der 12 Jahre alte Sohn eines hiesigen Kaufmannes an der Ecke der Großen Rosen- und Adolphstraße. Er erlitt eine erhebliche Verletzung des rechten Beins. Der Kutscher des Wagens machte sich schleunigst aus dem Staube.

Versuchter Selbstmord. Die Ehefrau eines auf der Großen Freiheit wohnenden Metalldrehers machte gestern den Versuch, sich zu vergiften, indem sie eine Phosphorlösung zu sich nahm. Ein sofort hinzugezogener Arzt verordnete geeignete Gegenmittel und veranlaßte die Ueberführung der Unglücklichen in's Krankenhaus. Sie gab dort an, von ihrem Manne verlassen worden zu sein und sich nun mit ihren Kindern in so traurigen Verhältnissen zu befinden, daß ihr der Tod als eine Wohlthat erschienen sei.

Mit genauer Noth entging heute Mittag die za. 12 Jahre alte Tochter eines in der Parallelstraße wohnenden Schlossers der Gefahr, erheblich verletzt zu werden. Bei dem starken Winde schlug in einem in der Parallelstraße belegenen Hause ein offenstehender Fensterflügel zu, wobei zwei Scheiben zertrümmert wurden. Die Splitter flogen grade in dem Augenblick auf die Straße, als das Mädchen, ein Brot im Arm, mit noch einigen anderen Personen vor dem Hause vorbeigingen. Verletzt wurde Niemand, doch traf ein Glassplitter das Brot und bohrte sich 1 Zoll tief in dasselbe ein.

Diebstähle. Aus einer unverschlossenen Wohnung in der Großen Rainstraße stahl man gestern eine silberne Zylinderuhr, aus einer mittels Nachschlüssels geöffneten Wohnung in der Blumenstraße einen Nähkasten, in dem sich Broschen, Medaillons u. dergl. befanden, und in der Holstenstraße einen schwarzkarrirten Rock.

In Haft geriethen gestern 9 Personen wegen Unfugs, Betteins u. dergl., während 5 Obdachlose polizeilichen Schutz nachsuchten.

In Differenzen sind die hiesigen Seiler und Reepschläger mit ihren Arbeitgebern gerathen. Die Leute, die bei täglich 11½stündiger Arbeitszeit einen Verdienst von M. 2,70 haben, halten es in Anbetracht der für sie augenblicklich günstigen Geschäftskonjunktur für angebracht, etwas zur Aufbesserung ihrer Lage zu thun und haben ihren Arbeitgebern deshalb die Forderung einer 10stündigen Arbeitszeit bei einem Lohn von M. 3,50 pro Tag unterbreitet. Sollte eine Einigung bis zum Montag, 16. d., nicht erzielt werden, dann wollen sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

„Kann ick nich een Gesellen kriegen?" mit diesen Worten trat gestern die Frau eines hiesigen Schneidermeisters in eine Herberge. „Von de Altnaer Narichten will min Mann keen' wedder hebben." Der Meister hatte nämlich vor einigen Tagen durch eine Annonce in den „Altonaer Nachrichten" einen Gesellen gesucht, aber das Pech gehabt, daß grade ein Lump zu ihm hinkam und am Abend des ersten Tages, an dem er bei ihm arbeitete, mit des Meisters Uhr und Kette auf Nimmerwiedersehen verduftete. Hoffentlich hat er mit dem Gesellen von der Herberge, einem Verbandsmitgliede, mehr Glück, als mit dem Gesellen „von de Narichten".

Wie die Vandalen hausten Diebe in der letzten Nacht in einer Wohnung in der Großen Westerstraße, welche sie mittels Nachschlüssels geöffnet hatten. Sie wühlten Alles durcheinander und stahlen aus einer erbrochenen Kommode ein Zehnmarkstück, einen Mansfelder Thaler, ein Sparkassenbuch über M. 10 und eine ganze Partie Wäsche- und Kleidungsstücke.

Aus Harburg.

s. **Zum Bau der Stadtwasserkunst.** Die Legung der Rohre für die neue Wasserleitung der Stadt, womit in diesen Tagen begonnen wird, wird sich für die nächste Zeit auf den Postweg und die Heimfelderstraße erstrecken. Während der Zeit werden genannte Straßen für Fuhrwerk gesperrt sein.

s. **Die Raddampfer der Köhlbrandlinie** nahmen mit dem heutigen Tage ihre regelmäßigen Fahrten gemäß dem Winterfahrplan wieder auf.

s. **Ueberfahren** wurde gestern Morgen der Hülfsbremser Schulenburg aus Uelzen zwischen Ehlershausen und Celle von dem Güterzuge, welcher um 7 Uhr Abends hier eintrifft, und zwar so unglücklich, daß der Tod sofort eintrat.

s. **In Haft** genommen wurde ein aus Ratibor gebürtiger junger Mann, welcher gestern Nachmittag auf dem Polizeibüreau unter der Selbstbeschuldigung erschien, daß er im vorigen Monat zum Nachtheile eines Gastwirths in Berlin, bei welchem er als Hausknecht in Stellung gewesen, M. 15 unterschlagen habe.

s. **Eine Haussuchung** fand gestern in der Wohnung des vor einigen Tagen verhafteten Ehepaars L. in der Lüneburgerstraße statt. Es wurde eine große Anzahl Wäsche und Leinen vorgefunden. Der Gesammtwerth soll sich auf M. 600 belaufen.

Aus Schleswig-Holstein.

Zur Volkszählung in Schleswig-Holstein. Nach dem von dem königlichen statistischen Büreau zu Berlin festgestellten vorläufigen Ergebniß der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 hat Schleswig-Holstein eine Bevölkerung von 1 217 393 Seelen

Sie betrug 1885: 1 150 306 „
„ „ 1880: 1 127 149 „
„ „ 1875: 1 073 926 „
„ „ 1867: 1 031 696 „
„ „ 1864: 995 782 „

Seit der Abtrennung der Herzogthümer von Dänemark hat sich die Bevölkerung mithin um 221 611 Seelen vermehrt. Innerhalb dieser 26 Jahre war das Anwachsen der Bevölkerung indessen keineswegs ein gleichmäßiges. Die größte Zunahme fand im letzten Jahrfünft statt, sie betrug 67 087 = 5,83 pZt. Unter Zugrundelegung des Zuwachses im ganzen preußischen Staat nimmt Schleswig-Holstein die sechste Stelle ein; vorauf gehen Berlin (mit 20,07 pZt.), Westfalen (mit 10,17 pZt.), Brandenburg (mit 8,54 pZt.), Rheinland (mit 8,42 pZt.) und Sachsen (mit 6,24 pZt.).

In den einzelnen Kreisen der Provinz war auch während des abgelaufenen Jahrfünfts das Anwachsen der Bevölkerung ein sehr verschiedenes, wie sich aus nachstehender Tabelle ergiebt:

Kreise. (* = Stadtkreise.)	Ortsanwesende am 1. Dezember 1890	1885	Zunahme (+) Abnahme (—) von 1885—1890 überhaupt	pZt.
Hadersleben	55 977	57 211	— 1 234	— 2,16
Apenrade	27 352	28 347	— 995	— 3,51
Sonderburg	32 201	32 457	— 256	— 0,79
*Flensburg	36 873	33 313	+ 3 560	+ 10,69
Flensburg	40 101	40 476	— 375	— 0,93
Schleswig	61 625	62 404	— 779	— 1,25
Eckernförde	41 216	38 212	+ 3 004	+ 7,86
Eiderstedt	16 061	16 780	— 719	— 4,28
Husum	36 024	36 489	— 465	— 1,27
Tondern	55 061	55 373	— 312	— 0,56
Oldenburg	43 319	44 402	— 1 089	— 2,44
Ploen	59 415	58 126	+ 1 283	+ 2,22
*Kiel	69 214	51 706	+ 17 508	+ 33,86
Kiel	51 161	44 043	+ 7 118	+ 16,16
Rendsburg	58 066	53 955	+ 4 111	+ 7,62
Norderdithmarschen	36 436	36 627	— 191	— 0,52
Süderdithmarschen	44 097	40 720	+ 3 377	+ 8,29
Steinburg	67 424	62 032	+ 5 392	+ 8,69
Segeberg	38 936	39 956	— 1 020	— 2,55
Stormarn	79 578	73 031	+ 6 547	+ 8,96
Pinneberg	75 104	68 479	+ 6 625	+ 9,67
*Altona	143 249	126 306	+ 16 943	+ 13,41
Herzogthum Lauenburg	48 903	49 861	— 959	— 1,92

Hieraus ergiebt sich, daß in elf Kreisen eine Zunahme, in zwölf Kreisen dagegen eine Abnahme der Bevölkerung stattgefunden hat. Die größte Zunahme hat der Stadtkreis Kiel erfahren, dann folgt der Landkreis Kiel, an dritter Stelle marschirt Altona, an vierter Flensburg und kommen alsdann nacheinander Pinneberg, Stormarn, Steinburg, Süderdithmarschen, Eckernförde, Rendsburg und Plön. Die größte Abnahme der Bevölkerung hat im Kreise Eiderstedt stattgefunden.

Segeberg. Am 1. März fand hierselbst im Lokale des Herrn Christen am Kalkberg eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung statt, in der besonders die ländlichen Arbeiter aus der Umgegend gut vertreten waren. Den Vorsitz führte Genosse A. Beins, während Otto Reimer über das Thema: „Welches Interesse haben die ländlichen Arbeiter an der sozialdemokratischen Bewegung?" referirte. Der Referent führte zunächst aus, in welch' bedrängter Lage sich nicht nur die ländlichen Tagelöhner und das Gesinde, sondern auch die kleinen Bauern befänden, indem er Bezug nahm auf die Bekanntmachungen des Vorstehers des königl. preußischen statistischen Büreaus, Geheimrath Blenk, wonach im Königreich Preußen 86 pZt. der ländlichen Grundbesitzer, weil sie ein Einkommen unter M. 1500 jährlich haben, in dürftigen Verhältnissen leben. Der weitere Nachweis stützte sich darauf, daß alle übrigen Parteien, außer der sozialdemokratischen, stets nur den Gesetzen zu Gunsten der Großgrundbesitzer zugestimmt hätten, daß selbst die früher so viel gepriesenen Getreidezölle zum Nachtheil jener 86 pZt. der Kleinbauern ausschlage und daß sie daher die übrigen indirekten Steuern um so härter träfen. Redner ging dann dazu über, die Lage der ländlichen Arbeiter Deutschlands im Allgemeinen, sowie der des 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreises im Besonderen zu kritisiren. Zu jener Zeit, als die Sozialdemokraten im Jahre 1872 zuerst im östlichen Holstein erschienen wären, hätten daselbst Zustände geherrscht, die mit der Leibeigenschaft auf einer Stufe standen. Durch die Agitation habe sich dann Vieles gebessert und als die Wahl zum Reichstag im Jahre 1874 siegreich gewesen, hätte man es auch vermocht, den bis dahin so elenden Lohn im ganzen Kreise zu heben. Die Rache der großen Grundbesitzer sei aber nicht ausgeblieben, indem 150 Familien auf die Straße geworfen wurden, von denen manche elend zu Grunde gingen. Das sei der „geistige Kampf", den man gegen die Sozialdemokratie geführt. Wenn nun jetzt, nachdem auf dem Parteitag in Halle beschlossen worden, die ländliche Agitation besonders zu fördern, die großen Grundbesitzer Alles aufzubieten versuchten, um dies zu verhindern, so sei dies erklärlich, da die kleinen Bauern und Tagelöhner die Kosten zahlen müssen, damit jene ein Leben in Ueberfluß und Ueppigkeit führen könnten. Ziehe man nun in Betracht, welche Vortheile die industriellen Arbeiter, von den Sozialisten angeregt, durch Vereinigung auf gewerkschaftlichem, wie auf politischem Gebiet errungen, wenn man ferner berücksichtige, welche günstige Einwirkung das Erscheinen der Sozialdemokraten im 9. Wahlkreis bereits vor 18 Jahren hervorgebracht, als jene noch im Verhältniß zu heute eine unbedeutende Macht besaßen, so erhelle wohl daraus, daß, wenn sich die ländlichen Arbeiter jetzt wiederum organisirten, es ihnen möglich sein würde, ihre traurige Lage sowohl gegenwärtig, sowie auch für die fernere Zukunft wesentlich zu bessern. Als Resumé ergebe sich daraus, daß keine andere Partei in Wahrheit die Interessen der großen Masse der Kleinbauern wie ländlichen Proletarier vertrete, und diese deshalb alle Ursache hätten, die sozialdemokratische Bewegung mit Freuden zu begrüßen und sich ihr anzuschließen. Allseitiger Beifall wurde dem Redner zu Theil. Die anwesenden Gegner wurden vom Vorsitzenden zur Entgegnung aufgefordert; es meldete sich leider Niemand. Reimer berichtete sodann noch über den schleswig-holsteinischen Parteitag in Neumünster und hob besonders hervor, daß es hauptsächlich Aufgabe der ländlichen Bevölkerung sein müsse, die Arbeiterpresse zu lesen, und daß sich aus den einzelnen Orten Vertrauensleute melden müssen, um den Vertrieb von Zeitungen, Broschüren rc. zu befördern. Der Vorsitzende, wie auch einige andere Redner forderten sodann noch zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verein für Segeberg und Umgegend auf, welcher Aufforderung denn auch nach Schluß der Versammlung verschiedene der Anwesenden nachkamen. Eine Anzahl der aus der Umgegend anwesenden Landleute blieben noch eine Zeitlang mit den Segeberger Genossen beisammen und verabredeten, wie in Zukunft die Agitation, sowie der Schriftenvertrieb thatkräftig zu fördern sei. Es ist zu hoffen, daß der gute Geist und die Begeisterung, die in der Versammlung herrschten, auch gute Früchte tragen werden.

Auswärtiges.

Hinrichtung. Berlin, 4. März. Der Schmiedegeselle Schmiedecke, der am 15. Juni in Motzen (Kreis Teltow) den Töpfermeister Kalkmann mit einem Schmiedehammer niederschlug, auch dessen Frau zu ermorden versuchte und deshalb vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt war, wurde heute früh in Plötzensee hingerichtet. Das Urtheil vollstreckte der Scharfrichter Reindel aus Magdeburg unter Beihülfe seines Bruders und seiner drei Söhne rasch und sicher in 17 Sekunden. Der Verurtheilte war durch die Nachricht, daß er nicht begnadigt sei, körperlich und geistig gebrochen.

Verhaftet. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge ist im benachbarten Orte Friedrichshagen ein dort logirender Russe mit Namen Frista unter dem Verdachte der Theilnahme an der Ermordung des Generals Seliverstow verhaftet worden.

Zum Unglücksfall in Wilhelmshaven berichtet man des Näheren: Auf dem Geschoßhof des Marineartilleriedepots waren mehrere Arbeiter mit der Anfertigung von 3,7-Cm.-Revolver-Granaten beschäftigt. Aus bisher nicht aufgeklärter Ursache krepirte eine der in Arbeit befindlichen, etwa 10 Cm. langen Granaten und tödtete den zunächststehenden Arbeiter Jansen auf der Stelle. Drei andere Arbeiter sowie eine in der Nähe beschäftigte Frau erhielten so schwere Verletzungen, daß ihre Ueberführung in das Werftlazareth erforderlich wurde. Jansen war unverheirathet, stand am Ausgang der 40er Jahre und hatte den Feldzug 1870/71 mitgemacht.

Kochs Heilverfahren. Braunschweig, 2. März. Im hiesigen ärztlichen Verein hielt Dr. Richard Schulz, Vorsteher der medizinischen Abtheilung des hiesigen herzoglichen Krankenhauses, einen Vortrag über die Behandlung Kranker mit Koch'scher Lymphe im herzoglichen Krankenhause. Nachdem er die einzelnen Beobachtungen und Erfahrungen bei 58 Patienten geschildert, kam Schulz zu dem Ergebniß, daß er die Angaben Professor Kochs vom 13. November v. J., nach welchen „die Fälle beginnender Schwindsucht höchstgradig gebessert ev. geheilt, vorgeschrittenere Fälle auch noch gebessert werden können", voll bestätigt gefunden hat. — Berlin, 4. März. Professor v. Bergmann hat noch einmal vor dem Chirurgen-Kongreß in Halle das Wort zum Koch'schen Heilverfahren genommen. Es geschah dies am vergangenen Sonnabend in der letzten klinischen Vorlesung dieses Semesters. Diesmal lautete das Urtheil wesentlich günstiger als früher. In einem Schlußwort an seine Zuhörer und Schüler gedachte er, rückblickend auf das verflossene Semester, auch jener großartigen Entdeckung, deren sie Alle Zeugen gewesen seien. Wenn das Koch'sche Heilmittel auch bei den übrigen chirurgischen Affektionen tuberkulöser Natur in der That keinen Erfolg habe, für den Lupus sei es von ganz unschätzbarem Werthe. Seiner Ansicht nach sei etwas Derartiges noch nicht dagewesen, was auch immer die Pharmacopöe an Heilmitteln gebracht habe und bringe.

Münzfund. In dem Torfmoor der Feldmark Pinnow (Besitzer Regierungsreferendar, Kammerjunker v. Behr), Kreis Greifswald, ist eine Anzahl arabischer Münzen neben Bruchsilber gefunden worden. Die Münzen, die dem königlichen Münzkabinet übersandt worden sind, stammen aus der Zeit der Abbassiden- und Omajaden-Dynastie.

Von der Oberelbe. Dresden, 4. März. Auf der Elbe in Böhmen ist vollständiger Eisgang eingetreten. Es wird hier ein rasches Steigen des Wassers erwartet.

Tod einer Löwenbändigerin. Chemnitz, 3. März. Der Unglücksfall, welcher, wie seinerzeit berichtet, sich Anfang Februar in der hierselbst sich aufhaltenden Ehlbeck'schen Menagerie zutrug, hat noch ein trauriges Nachspiel gefunden. Die junge Thierbändigerin Betty Tiedemann, welche damals gelegentlich der Vorführung von dressirten Löwen von einem derselben angefallen und so schwer verletzt wurde, daß sie in's Krankenhaus geschafft werden mußte, ist nunmehr nach einem einmonatlichen Krankenlager in Folge jener Verletzungen gestorben.

Liebreichs Cantharidin. Wien, 2. März. Professor Dr. Drasche in Wien machte heute den Aerzten auf seiner klinischen Abtheilung die Mittheilung, daß er an zwei mit Zungen-Tuberkulose und Kehlkopf-Phthise behafteten Kranken Impfungen mit dem von Professor Liebreich in Berlin entdeckten Cantharidin vorgenommen habe, und sprach sich über die bisher beobachtete Wirkung dieses Mittels folgendermaßen aus: Der mit Zungen-Tuberkulose behaftete Kranke war schon seit vielen Wochen mit Kochs Tuberkulin geimpft worden, ohne daß der Ausbreitung der Krankheit Einhalt gethan worden wäre. Der betreffende Kranke wurde seiner Zeit in der Gesellschaft der Aerzte vorgestellt, und es wurde hierbei darauf hingewiesen, daß nach der Injektion mit Kochin Lokal-Reaktion immer, dagegen allgemeine Reaktion nur selten eintrat. Der Kranke kam dabei immer mehr herab und verweigerte schließlich die Zustimmung zur weiteren Vornahme von Injektionen. Auf die in den letzten Tagen vorgenommene Behandlung mit Cantharidin traten weder Fiebererscheinungen noch eine allgemeine Reaktion ein, wohl aber sehr wesentliche Aenderungen an den Zungengeschwüren. Es schwollen nicht nur die Ränder derselben an, sondern auch der Grund derselben erhob sich was, bei Anwendung des Kochin nicht der Fall war. Diese Anschwellung dürfte nach der Ansicht Liebreichs wohl nur durch Ausschwitzung von Blutserum erklärlich sein. Hierdurch sei aber eine Einwirkung auf die Bacillen als Krankheitserreger möglich, was bei Kochin nicht der Fall war. Nach mehrmaligen Injektionen hörten die Schmerzen gänzlich auf und der Kranke erklärte, sich bezüglich seines Zungenleidens bedeutend wohler zu fühlen. Professor Drasche meint, wenn sich die Liebreich'schen Angaben bezüglich der Wirkung des Cantharidin auf Kehlkopf-Phthise bewähren sollten, dann dürfte dasselbe dem Kochin weit vorzuziehen sein, weil ersteres gar keine schädliche Nebenwirkung hat und dabei auch gegen Lungentuberkulose verwendet werden könnte.

Johann Orth. Wien, 4. März. Ein hiesiges Lokalblatt erfährt aus London, Johann Orth sei mit seiner „Santa Margherita" in einen japanischen Hafen eingelaufen. Von dem Blatte selbst hier eingezogene Erkundigungen führten bisher zu keiner Bestätigung der Londoner Meldung.

Lawinensturz. Wien, 4. März. Zwischen Cilli und Tuffer gingen gestern 12 Lawinen nieder, eine unmittelbar nach dem Passiren des Wien-Triester Schnellzuges, so daß der gesammte Eisenbahnverkehr auf der Südbahn an dieser Stelle eingestellt werden mußte.

Eine verschwundene Millionärin. London, 4. März. Außerordentliches Aufsehen erregt das geheimnißvolle Verschwinden einer hier lebenden Frau Cathcart, welche ein Vermögen von anderthalb Millionen Pfund Sterling besitzen soll. Zuletzt wurde Frau Cathcart am 24. Februar hierselbst in der Nähe des Justizpalastes gesehen. Die Polizei ist der Ansicht, daß die Dame in einen Hinterhalt gelockt worden ist. Ihre Pächter in Staffordshire, wo sie ausgedehnte Ländereien besitzt, beschlossen, 1750 Pfund Sterling als Prämie für die Wiederauffindung der Frau Cathcart auszusetzen.

Gasexplosion. Paris, 3. März. Im Kaffeerestaurant Lame, an der Ecke des Madelaineplatzes und der Rue Royale, fand gestern Abend nach 11 Uhr eine so heftige Gasexplosion statt, daß der Boden des Lokales in den Keller hinabgedrückt wurde und sämmtliche Einrichtungsgegenstände und Spiegelscheiben zertrümmert wurden. Tagsüber hatte sich schon im Lokale ein starker Gasgeruch bemerkbar gemacht, die Vormittags bereits herbeigeholten Inspektoren wollten jedoch zur genauen Feststellung des Uebelstandes die Abendstunde abwarten, um bei dem dann stärkeren Gasdruck das Gebrechen leichter zu finden. Die Herren kamen jedoch am Abend nicht mehr. Da in Folge des starken Gasgeruches ein Verbleiben in dem Lokale unmöglich war, und sich deshalb keine Gäste um die bezeichnete Stunde mehr darin befanden, so ist glücklicher Weise kein Unglücksfall zu verzeichnen. Das Personal des Lokals konnte noch rechtzeitig das Freie gewinnen. Auch von den Vorübergehenden wurde Niemand verletzt. Der durch die Explosion entstandene Brand konnte bald gelöscht werden. Der Verlust des Eigenthümers ist sehr bedeutend.

„Ein freies Leben führen wir." Der sog. „freie" Kosak Aschinow, welcher von den Mordspatrioten in Paris in letzter Zeit sehr gefeiert wurde, ist von dort plötzlich verduftet. Aschinow hinterließ bedeutende Schulden, sogar die Hotelrechnung ist unbezahlt geblieben, nachdem Madame Adame die Begleichung derselben abgelehnt.

Freigesprochen. Paris, 3. März. Vor den Geschworenen des Loir-et-Cher-Departements stand gestern ein junger Mann, Camille Morris, unter der Anklage des versuchten Vatermordes. Der Vater, ein ehemaliger Infanterie-Hauptmann, wird als ein rauher, harter Mann geschildert, der den Sohn niemals zu behandeln verstand und ihm stets mit Strenge beikam, wo Milde am Platze gewesen wäre. Er hatte den Jungen, der aus dem geistlichen Collège Stanislas in Cannes und auch aus dem Lyceum in Le Mans wegen Unbotmäßigkeit weggeschickt worden war, als Schiffsjungen in die Marine gesteckt, wo er wegen schwächlicher Konstitution nicht bleiben konnte, und es dann mit der Strafkolonie Meitray versucht, ebenfalls ohne Erfolg. Vor einigen Monaten kam Camille wieder nach Hause und wurde von dem Vater sogleich auf einen seiner Meierhöfe mit einem Tagegelde von 25 Sous (1 Frk. 25 Cts.) verbannt. Vergeblich weinte und flehte die Mutter, der Vater blieb unerbittlich, und als es dem Achtzehnjährigen im September gelang, das elterliche Schloß de la Moussadière bei Vendome zu betreten, kam es zu einem furchtbaren Auftritt. Der Sohn schnitt in dem Augenblick, da der Vater ihn überraschte, im Eßzimmer ein gewaltiges Stück Brot von einem Laib. Da er dem Befehle, nach dem Meierhof zurückzukehren, nicht sogleich willfahrte, holte der Alte einen Revolver, der Sohn seinerseits zog eine Pistole aus der Tasche und schoß auf den Vater, den er an der Schulter und in der Weiche verwundete. Am gleichen Tage stellte sich Camille Morris selbst dem Gericht. Vor den Geschworenen war er sehr ruhig, indem er erzählte, wie der Vater ihn von Jugend auf gemißhandelt hatte und ihn zuletzt zwang, mit Tagelöhnern zu arbeiten und zu essen. Die Haltung des Hauptmanns Morris, der von seinen Wunden geheilt ist, war eine ziemlich verlegene. Der Staatsanwalt beantragte eine strenge Züchtigung des jungen Morris, allein die Geschworenen sprachen ihn nach günstigen Zeugenaussagen frei.

Das geheiligte Eigenthum. Paris, 3. März. Der Notar Ducrocq in Genosse ist nach Unterschlagung von 5 Millionen ihm anvertrauter Gelder flüchtig geworden.

Schlagende Wetter. Nimes, 3. März. In den Minen von Creal fand in der vergangenen Nacht ein Ausbruch schlagender Wetter statt, wodurch zwei Arbeiter getödtet, zwei andere leicht verwundet wurden.

Erdbeben. In Remours (Algier) wurde Montag ein leichtes Erdbeben verspürt.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht.

5. März.

Strafkammer III. Vorsitzender: Landrichter Dr. Michahelles. Staatsanwalt: Assessor Dr. Hinrichsen.

In einer Berufungssache wider das schöffengerichtliche Erkenntniß findet die Verhandlung gegen Heinrich Christian Hermann Wischer wegen Bedrohung statt. Der Angeklagte hatte am 11. September v. J. seine Ehefrau bei einem Streit, der in Thätlichkeiten ausgeartet war, in roher und frivoler Weise mit einem Verbrechen bedroht, wofür ihn das Schöffengericht in eine Geldstrafe von M. 150 verurtheilte. Hiergegen hatte der Verurtheilte Berufung eingelegt. Durch die heutige Beweisaufnahme erachtet das Gericht W. für überführt und erachtet auch die vom Schöffengericht erkannte Strafe für gerechtfertigt und bestätigt dieselbe.

Die Frau Regine Wilhelmine Johanna Reh, geb. Torgau, fand am 5. Juli v. J. in der Nähe des Schützenhofes eine Korallenkette im Werthe von M. 10, welche ein daselbst spielendes Kind verloren hatte. Als das Kind bemerkte, daß die Frau die Kette genommen, rief es schreiend und weinend Leute herbei, welche die Angeklagte verfolgten. Zu ihrer Entschuldigung gab sie denn an, sie habe die Kette auf dem Polizeibüreau abliefern wollen. Das Schöffengericht erkannte wegen Diebstahls auf 14 Tage Gefängniß. Durch die heutige neue Beweisaufnahme kommt das Gericht zu derselben Ansicht, wie die Vor-Instanz und bestätigt das schöffengerichtliche Erkenntniß.

Des Diebstahls im wiederholten Rückfall ist die Elise Marie Pauline Wendelborn, geborene Wulf, angeklagt. Am 11. November v. J. begab sich die Wendelborn mit ihrer Logiswirthin zu einem Tanzvergnügen. Nachdem beide Frauen die Wohnung verlassen hatten, entfernte sich die W. auf kurze Zeit. Als Beide dann später auf dem Tanzsalon waren, kam ein Bekannter, der sie aus dem Hause hatte abholen wollen und erzählte, es sei in dem Hause ein Einbruchsdiebstahl verübt. Es zeigte sich denn auch, daß die Angabe auf Wahrheit beruhte, indem der Frau Thiele M. 170 aus der Kommode entwendet waren; auch der W. waren, wie diese behauptete, M. 6 gestohlen. Durch verschiedene erhebliche Ausgaben, welche die W. machte, ohne sich über den Ursprung des dafür verwendeten Geldes richtig ausweisen zu können, sowie durch andere verdächtige Umstände lenkte sich der Verdacht auf diese. Nachdem sie dann von der Frau Thiele fortgezogen war und die Polizei Nachforschungen nach ihr anstellte, gab sie dem Polizeibeamten einen falschen Namen an. Die Angeklagte bestreitet den Diebstahl auf das Entschiedenste und vertheidigt sich mit ziemlicher Sicherheit und großer Umsicht, weshalb die sehr verzwickte Sache dem Gericht nicht geringe Mühe macht. Der Staatsanwalt reiht all die belastenden Momente zusammen und gelangt zu dem Schluß, daß die Angeklagte schuldig zu erkennen sei. Er beantragt daher 18 Monate Zuchthaus und 14 Tage Haft. Der Anwalt der Angeklagten, Dr. Smith, hält eine sehr vorzügliche Vertheidigungsrede, in der er alle diejenigen Momente, die der Staatsanwalt als belastend erachtet, zu Gunsten der Angeklagten deutet, sie für unschuldig an dem Diebstahl erklärt und daher ihre Freisprechung beantragt. Das Gericht spricht die Angeklagte frei von der Führung eines falschen Namens, erkennt sie jedoch des Diebstahls schuldig und verurtheilt sie wie von der Staatsanwaltschaft beantragt, zu 18 Monat Zuchthaus.

Der bereits wiederholt wegen Diebstahls bestrafte Gelegenheitsarbeiter Johann Ludwig Max Rohde ist geständig, am 29. Januar d. J. dem Uhrmacher Prinz aus dessen Laden eine Uhr im Werthe von M. 20 entwendet zu haben. Erkannt wird unter Ausschluß mildernder Umstände auf 18 Monate Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Ludwig Schildmann und Wilhelm Heinrich Aureden, zwei Krankenwärter vom Allgemeinen Krankenhaus in Eppendorf, hatten sich am Abend des 15. August v. J. heimlich vom Krankenhaus entfernt und irgendwo amüsirt. In aufgeregtem Zustande trafen sie dann mit einigen anderen Leuten an der Hohenluft-Chaussee zusammen, wo sie sehr laut lärmten und schrieen. Der Konstabler Brand, der des Weges kam, verwies ihnen ihr ungebührliches Betragen, worauf sich zwei von ihnen nach Abendrothsweg begaben, während drei andere, darunter die Angeklagten, nach dem Lehmweg zugingen und den Konstabler wiederholt beschimpften und mit Schlägen bedrohten. Als der Konstabler dann auf sie zu ging, und Sch. verhaften wollte, ergriffen sie ihn, warfen ihn in den Graben und prügelten ihn gehörig durch, wobei Schildmann noch den Schutzmann in den Finger gebissen haben soll. Die Sache stand bereits einmal zur Verhandlung, mußte aber vertagt werden, um weitere Zeugen zu vernehmen, denn trotzdem die ganze Angelegenheit unter den Wärtern des Krankenhauses ein öffentliches Geheimniß war, stritten die Angeklagten jede Schuld auf's Entschiedenste ab. Sch. ist der Beleidigung, sowie des Widerstands gegen die Staatsgewalt, A. wegen Befreiung eines Gefangenen angeklagt. In der heutigen Verhandlung ist der Angeklagte Schildmann im vollen Umfang geständig, während Aureden auch heute noch bestreitet, dabei gewesen zu sein. Sch. behauptet, ein gewisser Schneider, der jetzt auf See ist, sei der Attentäter gewesen. — Durch die Beweisaufnahme kann die Schuld des Angeklagten Aureden nicht erwiesen werden, die beiden Mitschuldigen bleiben vielmehr unbekannt. Der Staatsanwalt beantragt gegen Sch. 6 Monate Gefängniß, für A. Freisprechung. Das Gericht erkennt, wie beantragt.

Schöffengericht.

5. März.

I. Richter: Oberamtsrichter Dr. Goldenbaum.
Schöffen: J. G. Hauthal und F. W. Weber.
Amtsanwalt: Dr. v. Dassel.

Die Beleidigung eines in berechtigter Weise gegen ihn einschreitenden Konstablers sühnt ein Schuhmacher mit M. 30 Strafe ev. 6 Tagen Gefängniß. — Ein Stadtreisender, welcher M. 21,25, die er für einen Fettwaarenhändler einkassirt hatte, in die eigene Kasse fließen ließ und für sich verbrauchte, erhält wegen Unterschlagung 3 Wochen Gefängniß. — Unter der Anklage wiederholter Diebstähle stehen zwei Zigeunerinnen, welche dieselben mit großer Raffinirtheit längere Zeit auszuführen wußten. Bei einer großen Anzahl auswärtiger wie hiesiger Geschäftsleute kamen im vorigen wie in diesem Jahre jene „Schönheiten" und wünschten 50Pfennigstücke von einem bestimmten Jahrgang, die sie angeblich zu Zaubereien gebrauchen wollten, einzutauschen. Beim Aussuchen der Geldstücke ließen sie dann regelmäßig einige Münzen mit großer Geschicklichkeit verschwinden. Sobald die betreffenden Geschäftsleute dann den Verlust bemerkten und die Zigeunerinnen anhalten und untersuchen lassen wollten, hatten sie bereits schnellfüßig das Weite gesucht. Die Angeklagten bestreiten mit großer Zungengewandtheit die ihnen zur Last gelegten Vergehen, sie werden jedoch durch die Beweisaufnahme überführt und die eine zu 1 Monat, die andere zu 14 Tagen Gefängniß unter Anrechnung von 1 Woche der erlittenen Untersuchungshaft verurtheilt.

II. Richter: Amtsrichter Schulze.
Schöffen: C. H. Hosmann und C. Lasally.
Amtsanwalt: Dr. [illegible].

Ein Arbeitsmann hat am 21. November v. J. in heiterer Stimmung auf der Straße gelärmt und einen ihm nicht ausweichenden Schlachtergesellen durch Faustschläge mißhandelt, was ihm nun 5 Tage Gefängniß und 2 Tage Haft einträgt. — In trunkenem Zustande hat ein Zigarrenarbeiter aus einem Laden ein Paar Pantoffeln gestohlen, weshalb ihm 3 Tage Gefängniß zuerkannt werden.

III. Richter: Amtsrichter Dr. Schwencke.
Schöffen: O. F. W. Kohring und O. M. T. Warnke.
Amtsanwalt: Kluge.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird ein Schlossergeselle wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch schamloses Gebahren jungen Mädchen gegenüber zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Ein Kaufmann hat zu seinem besonderen Vergnügen in seinem Garten mit einer Flinte geschossen und hierbei eines Tages den werthvollen Hund seines Nachbarn unabsichtlich angeschossen. Der Kaufmann wird nun wegen Schießens in der Nähe von mit Menschen bewohnten Gebäuden zu M. 20 Strafe, event. 4 Tagen Haft verurtheilt.

Sprechsaal.

(Die Benutzung des Sprechsaals steht, soweit der Raum es gestattet, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten, die ein allgemeines Interesse haben, zur Verfügung, ohne daß die Redaktion den in den Einsendungen etwa vertretenen Standpunkt durch die Veröffentlichung als den ihrigen anerkennt. Eine Aufnahme von Einsendungen kann nur dann erfolgen, wenn deren Verfasser Namen und Adresse der Redaktion bekannt geben.)

Aufruf an die Arbeiter von Hamburg, Altona und Umgebung.

Der Verband deutscher Barbier-, Frisör- und Perrückenmachergehülfen, Zweigverein Hamburg und Zweigverein Altona, sind genöthigt, sich mit nachstehender Bitte um Unterstützung an das arbeiterfreundliche Publikum zu wenden.

Daß der Barbiergehülfe sowohl in materieller als auch juristischer Beziehung einer der am schlechtesten Bestellten unter allen Arbeitern ist, brauchen wir bei dem öffentlichen Karakter unseres Gewerbes nicht näher auseinander zu setzen. Eine 14—16stündige tagtägliche Arbeitszeit, keinen Sonn- oder Ruhetag in der Woche, bei einem durchschnittlichen Lohne von M. 14—16 wöchentlich, ferner eine sklavische Behandlung, bilden das Loos eines Barbiergehülfen. Um nun dieses erbärmliche, menschenunwürdige Joch zu zerbrechen und unsere soziale Lage nach Möglichkeit zu bessern, haben wir uns nach dem Muster der übrigen Gewerkschaften in ganz Deutschland seit 1½ Jahren organisirt. Aber bald nach Verlauf eines Jahres, als der Verband bereits so stark war, um den Innungen in ihrer kurzsichtigen und barbarischen Unterdrückung und Ausbeutung ein energisches Halt zurufen zu können, und bereits die ersten Streiks eingeleitet wurden, da erhoben auch unsere Innungen (die Innungen sind so stark, daß wir es vorwiegend nur mit diesen zu thun haben) das allgemeine Unternehmer-Feldgeschrei: Das Koalitionsrecht her oder Ihr verhungert!

Auf dem Innungskongreß zu München wurde der von der Hamburger Innung angeregte Beschluß gefaßt, alle Gehülfen bei Androhung von Entlassung aufzufordern, aus dem Gehülfenverbande auszutreten. Ein derartiges Vorgehen seitens unserer Innungen würde natürlich die Existenz und die Wirksamkeit unserer Organisation vernichten. Um nun eine weitere Wirkung dieses rigorosen Innungsbeschlusses zu verhindern, haben wir an alle Verbandsmitglieder Kontrolkarten ausgehändigt. Wir bitten alle zielbewußten Arbeiter, sich in solchen Barbiergeschäften bedienen zu lassen, in denen die betreffenden Gehülfen derartige Kontrolkarten auf Verlangen vorzeigen können. Wir mußten diese defensive Maßregel ergreifen, weil wir durch das Vorgehen der Innungen dazu gezwungen und berechtigt sind. Es ist auch in keinem anderen Gewerbe so leicht, mit Hülfe der geeinigten Arbeiter das ungerechte Vorgehen unserer Innungen zu verhindern, als in unserem Gewerbe, da fast alle Barbiere von den Arbeitern hauptsächlich leben müssen.

Darum Arbeiter, Freunde! steht uns bei! Helft uns in unserem Kampfe. Wir fordern keine pekuniäre Unterstützung, sondern nur ein kleines Bemühen, einen kurzen Gang in ein Geschäft, dessen Besitzer seinen Arbeitern dessen gesetzliches Recht nicht entzieht.

Der Verband
deutscher Barbier-, Frisör- und Perrückenmachergehülfen.
Zweigverein Hamburg,
Zweigverein Altona.

Briefkasten.

Scholeser, Kaffamacherreihe. Eine bestimmte Auskunftsstelle über nach Amerika Ausgewanderte giebt es nicht. Das einzige Mittel wären vielleicht öffentliche Aufforderungen in amerikanischen Zeitungen, die aber ziemlich kostspielig sind. Ausgewanderte Deutsche können, wenn sie vor Vollendung des 31. Lebensjahres zurückkehren und nicht inzwischen in Amerika Bürgerrecht erworben haben, zum Militärdienst noch nachträglich herangezogen und bis zur Vollendung des 31. Lebensjahres im Dienst behalten werden, wenn die regelmäßige Dienstzeit nicht früher um ist.

Ein Unwissender. Wir können über die Sicherheit der fraglichen Spar- und Vorschußbank keine Auskunft geben.

Ein Abonnent. Die Wittwe eines durch einen Betriebsunfall Getödteten erhält im Falle der Wiederverheirathung den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Abfindung. Die für die Kinder des Getödteten gezahlten Renten müssen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr derselben weiterbezahlt werden.

H. B. Wenn Sie zum zweiten Male bei demselben Meister in Arbeit treten, so gelten, wenn nicht ausdrücklich Anderes vereinbart ist, die Bedingungen des ersten Arbeitsverhältnisses.

Ein Sozialdemokrat. Siehe die Anzeige in der Nr. 51 unseres Blattes (Hauptblatt.)

O. W., Glashüttenstraße. Nein.

Y. Z., Altona. § 30 al. g der Militär-Ersatzordnung schreibt vor, daß von zwei arbeitsfähigen Ernährern erwerbsunfähiger Eltern, die nicht gleichzeitig entbehrt werden können, einer solange zurückzustellen ist, bis der andere entlassen wird. Wegen der Abweisung durch die Ersatzbehörde kann Ihre Mutter sich an die Ober-Ersatzbehörde wenden, ev. an die Ersatzbehörde dritter Instanz.

Zwei Streitende. Die Dauer des Aufgebots ist in ganz Deutschland gleich.

Zwei streitende Arbeiter. Die Schillers „Wilhelm Tell" zu Grunde liegende Handlung beruht auf Sage. Tell ist keine historische Persönlichkeit.

Abonnent in der Wendenstraße, Hammerbrook. Sie sind zur Rückgabe des Geschenkes verpflichtet; übrigens erfordert das auch der Anstand.

Anna. Sie können weiter nichts thun, als Scheidung wegen Ehebruchs verlangen, wenn sich letzterer nachweisen läßt.

Scholeser in Wandsbek. Werden statutengemäß während der Dauer der Krankheit keine Beiträge erhoben, so bleiben Sie auch nach der Unterstützungszeit Mitglied und haben Anspruch auf Sterbegeld.

Ein armer Mann. Wenn Sie nachweisen können, daß Sie in den letzten drei Jahren zusammen 141 Wochen gegen Lohn beschäftigt waren, haben Sie Anspruch auf die Altersrente.

L. M. Der Fang von Singvögeln ist verboten.

Alter Abonnent. 1) Wenn der Gläubiger darauf besteht, müssen Sie den Offenbarungseid leisten. 2) Das nothwendige Handwerkszeug kann nicht gepfändet werden.

N. Z. Auch ein Kanarienvogel kann gepfändet werden.

Scholeser. 1) Falls Sie noch die Wohnung, für die Sie Miethe schuldig sind, innehaben, kann der Hauswirth Alles pfänden lassen. 2) Wenn Sie keine Marken auf die Karte haben, brauchen Sie auch keine Marken zu kleben; sie können aber die Versicherung auch während der Arbeitslosigkeit fortsetzen, in welchem Falle Sie Marken zu 20 ₰ und je eine Zusatzmarke von 8 ₰ einzukleben haben.

Zwei Abonnenten S. W. In Frankreich besteht bisher keine Altersversicherung für Arbeiter.

Zwei Weitende, 1. Marienstraße. Der Zusammenstoß zwischen „Cimbria" und „Sultan" erfolgte am 19. Januar 1883.

H. K. Ein Testament muß entweder notariell gemacht werden, oder der Testator kann es selbst aufsetzen und beim Erbschaftsamt deponiren. Letzteres ist der billigste Weg.

J. A., Esterbrügge. Unseres Erachtens braucht die Wittwe eines durch Unfall Getödteten für die Rente, die sie für sich und ihre Kinder erhält, keine Abgaben und Steuern zu bezahlen.

H. D. Ein erkrankter Handlungsgehülfe hat nach Artikel 60 des Handelsgesetzbuches für 6 Wochen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt.

Abonnent E. R. Die Erklärung Ihres Prinzipals gilt unzweifelhaft als Kündigung.

O. R. Die Präposition „bei" regiert in allen Fällen den Dativ; es heißt also: bei der Suppe.

Echoleser auf der Veddel. Die Anstellung eines Beamten im Staats- oder Kommunaldienst gilt zugleich als Aufnahme in den Staatsverband.

Ein Echoleser. Durch zweijährigen Aufenthalt wird von Deutschen in der Gemeinde des Aufenthalts der Unterstützungswohnsitz erworben. Im Falle der Verarmung hat die fragliche Gemeinde die Unterstützung zu leisten.

Ein Dienstmädchen. Ein monatliches Miethverhältniß kann auch noch am Nachmittag des 15. gekündigt werden.

E. Sch., Strelitz. Gesangvereine brauchen nicht bei der Polizeibehörde angemeldet zu werden.

Ein Dummer. Aus Ihrer Frage geht nicht hervor, was Sie unter „Krankengeld" verstanden haben wollen. Zur Leistung von Kassenbeiträgen vor der Zeit des Bestehens der Dienstbotenkasse ist Ihre Schwester nicht verpflichtet, war sie aber krank, so muß sie die Kurkosten eventuell selbst bezahlen.

O. B., Barmbek. Adressiren Sie an die Vereinsbäderei, Jbastraße 17.

Ein Barmbeker. Die Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe in England sind uns des Näheren nicht bekannt.

Abonnent im Eichholz. Der bisherige Bezug von Armenunterstützung würde das Recht zur Erlangung der Altersrente nicht aufheben, wenn der 81jährige Mann in den letzten drei Jahren thatsächlich noch 141 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung war.

H. H., Eilbek. Ihre Mutter muß die Reklamation schriftlich bei der Militär-Ersatzbehörde einreichen. Ob sie unter vorliegenden Umständen Erfolg haben wird, läßt sich im Voraus nicht sagen.

R. R., Altona. Eine Mutter, die ihrer minderjährigen Tochter den Unterhalt gewährt, ist auch berechtigt, sie gegen ihren Willen im Hause zu behalten und sie am Indienststreten zu hindern. Erst wenn das Mädchen 21 Jahre alt ist, hört diese Befugniß auf.

Ein Parteigenosse, Barmbek. Die fraglichen Blätter können uns in der Regel nicht viel nützen.

Zwei Streitende 136. Fragen Sie Herrn Nauke selbst. Wir haben uns um seine persönlichen Verhältnisse bisher nicht kümmern können und können es auch ferner nicht.

E. S. L. Wenn rechtmäßige Kinder vorhanden sind, hat das Erbschaftsamt mit der Regelung des Nachlasses nichts zu thun.

F. S., Eichholz. Wenden Sie sich an Herrn Dr. Brinckmann; der wird Ihnen sein Urtheil nicht vorenthalten und Ihnen auch gern die weiteren Schritte angeben.

Echoleser aus Ottensen. Wenn auf die Rückgabe der Verlobungsgeschenke ausdrücklich verzichtet ist, können sie nicht nachträglich zurückgefordert werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. März. Im Reichstage wurde heute die Etatberathung beim Eisenbahnetat fortgesetzt und dieser erledigt, worauf die Berathung des Marineetats begonnen wurde. Zu den Hauptstreitpunkten bei demselben kam man heute jedoch noch nicht. — Freitag wird die Berathung fortgesetzt.

Wien, 5. März. (R. T.) Bis jetzt ist das Wahlresultat aus 26 böhmischen Städten bekannt. Für drei Wahlen in Prag findet ein Skrutinium morgen statt. In einem Bezirk ist eine Stichwahl zwischen einem Altischechen und einem Jungtschechen erforderlich; im übrigen sind 11 Deutschliberale, 1 Altischeche und 10 Jungtschechen gewählt. Bei den Städtewahlen der Bukowina haben die Deutschliberalen den Rumänen ein Mandat abgenommen. In Salzburg wählten die Städte wie bisher 2 Deutschliberale.

Wien, 5. März. (R. T.) Es sind nunmehr aus 28 Städten Böhmens die Wahlresultate bekannt, 4 Resultate fehlen noch. Gewählt wurden 11 Deutschliberale, 1 Deutschnationaler und 11 Jungtschechen. 4 Stichwahlen finden statt zwischen Altischechen und Jungtschechen. Darunter in Prag zwischen Rieger (Altischeche) und dem Jungtschechen Strojan. Der Zählkandidat der Deutschen Schmeykal erhielt in Prag eine bedeutende Zahl Stimmen, das offizielle Skrutinium findet in Prag erst morgen statt, von 13 mährischen Städtewahlen sind 11 bekannt. Gewählt sind 8 Deutschliberale und 3 Altischechen. Die Deutschliberalen haben den Deutschnationalen ein Mandat abgenommen. Sonst ist der Besitzstand unverändert. In Galizien wurden nach den bisher bekannten Resultaten durchweg Polen gewählt. In den Landgemeinden von Istrien wurde ein Slovene gewählt. Von einer Wahl ist das Resultat noch nicht bekannt. In den Landgemeinden von Goerz wurde ein Slovene gewählt. Ein Wahlresultat steht noch aus.

Wien, 5. März. (R. T.) Bei böhmischen Städtewahlen wurden gewählt: 12 Deutschliberale, 11 Jungtschechen, 3 Deutschnationale, 1 Altischeche, 1 Tscheche von unbestimmter Parteistellung; 4 Stichwahlen zwischen Alt- und Jungtschechen in Prag und Umgebung sind erforderlich. Hierbei giebt die deutsche Wählerschaft den Ausschlag. Der Gewinn der Jungtschechen beträgt 6 ev. 7 Mandate, derjenige der Deutschnationalen 1 Mandat. Der Verlust der Deutschliberalen beträgt 1 Mandat, derjenige der Altischechen 6 ev. 7 Mandate.

Bei den 13 mährischen Städtewahlen sind gewählt: 10 Deutschliberale, 3 Altischechen. Der Gewinn der Deutschliberalen beträgt 1, der Verlust an Deutschnationalen 1 Mandat.

In den 13 galizischen Städtewahlen war das Ergebniß: 10 Polen, darunter Smolka, und 3 Demokraten.

In Tarnow, Tarnopol und Kolomea sind Stichwahlen erforderlich. Im Landbezirk Piotno verloren die Italiener an einen Croaten den Landbezirk Pivino. Unter den gewählten Mähren befindet sich auch Klumecky.

Czernowitz, 5. März. (R. T.) Der Wahlakt ist wegen großer Betheiligung der Antisemiten und der von ihnen hervorgerufenen Umtriebe noch nicht beendet; er wird heute fortgesetzt. Gestern Abend mußte die Sicherheitswache und die Gensdarmerie durch Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützt werden. Größere Ausschreitungen sind noch nicht vorgekommen.

London, 5. März. (R. T.) Der Exekutiv-Ausschuß des Verbandes der Hafen-Gewerkvereine in London befahl den auf dem Lande beschäftigten Vereinen, zur Arbeit zurückzukehren, da die Differenzen zwischen dem Rhederei-Verbande und dem Seemanns- und Heizerverein nur untergeordnete Punkte betrafen.

Paris, 6. März. (R. T.) In Folge einer Unterredung mit dem Justizminister Falliéres und dem Generalprokurator Beauvivere und dem Prokurator Banason verfügte der Minister des Innern, Constans, daß am nächsten Sonntag alle Personen, welche auf den Rennplätzen sich an dem gewerbsmäßigen Glücksspiel betheiligen sollten, verhaftet werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein Gesetz erforderlich sein würde, um in Zukunft das Spiel auf den Rennplätzen zu gestatten.

Washington, 4. März. (R. T.) Anläßlich d. Schlusses der Repräsentantenkammer ereignete sich ein außergewöhnlicher Vorfall. Die demokratischen Abgeordneten lehnten den Antrag, durch welchen dem Sprecher der Dank ausgedrückt werden sollte, ab. Der Antrag wurde nur von einem Theil des Hauses angenommen. Hierauf erklärte der Sprecher die Session für vertagt. Die Republikaner und Demokraten stimmten, bevor sie auseinander gingen, Lieder an.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Theodor August Ede mit Johanne Dorothee Marie Oelfke. — Georg Rudolph Richard Fasolt mit Auguste Wilhelmine Caroline Horn. — Peter Heinrich Wilhelm Boß mit Metta Freudenthal — Wilhelm Friedrich Janssen mit Julie Marie Caroline Kempe. — Wilhelm Johann Theodor Abel mit Mary Johanna Elisabeth Serstenkorn.

Standesamt Nr. 2.

Christian Albert Jansen mit Jenny Caroline Eilers. — Johann Bernhard Kemmer mit Anna Martha Biehl. — Christian Rudolph Reher mit Emma Bertha Christiane Marianne Schmauch. — Max Joseph Wilk mit Sophia Maria Minna Lindow. — Karl Friedrich Albert Kallakowsky mit Johanna Maria Henriette Hahn. — Theodor Hans Jakob Blöcker mit Anna Lucie Mohr. — Christian Friedrich Julius Jacobs mit Christine Julie Anna Müller. — Gustav Theodor Niemeier mit Caroline Friederike Juliane Deneke. — Robert Friedrich Goeb mit Johanna Charlotte Luise Labakoffsky. — Wilhelm Johannes Carl Albert Davids mit Pauline Therese Charlotte Caroline Seemann.

Standesamt Nr. 20.

Friedrich Adolph Max Kaempff mit Conradine Auguste Wilhelmine Elisabeth Kunz.

Hamburg, den 4. März 1891.

Standesamt Nr. 21.

Friedrich August Theodor Piette mit Dorothea Elisabeth Sophia Passehl. — Heinrich Robert Zwingmann mit Dorothea Henrietta Friederika Kramber. — Friedrich Wilhelm Richard Schultz mit Maria Ernestine Elise Blohm. — Johannes Hermann Watterott mit Anna Maria Schilling. — Wilhelm Julius Arnold Baumhögger mit Caroline Emilie Margarethe Meißner. — Heinrich Johann Christian Jochim Hamann mit Minna Johanna Petrine Echoldt.

Hamburg, den 3. März 1891.

Standesamt Nr. 23.

Heinrich Emil Rundshagen mit Sophia Johanna Dorothea Wendt. — Friedrich Wilhelm Bernhard Heinrich Malchin mit Anna Carolina Friederica Bohnhoff.

Hamburg, den 4. März 1891.

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Freitag, den 6. März, Abends 8 Uhr: **Lohndiener-Verein,** bei Dännecke, Sternstr. 27, Wandsbek. — Abends 8½ Uhr: **Volksversammlung,** in Jacobs Tivoli, St. Georg. — **Maurer,** bei Tütge, Valentinskamp 41. — **Heizer und Trimmer,** im „Casino", Reichenstr., Altona.

Krankenkassen.

Freitag, den 6. März, Abends 5½ Uhr: **Kranken- und Sterbekasse der Bäcker,** bei Borgert, Schauenbergerstr. 14, 2. — Abends 8½ Uhr: **Große Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse,** bei Wendte, Neust. Neustr. 20.

Auktionen.

6. März:

9½ Uhr: Sandthorkai 35, Block L, Hölzer.
9½ „ Kohlhöfen 21, Pfänder.
10 „ ABC-Str. 13c, Nachlaß.
10 „ St. P., Jägerstr., Pfänder. (Gerichtsvollzieh.)
10 „ Zeughausmarkt 31, Pfänder.
10 „ Woltmannstr. 49, Anchovis.
10½ „ Deichstr. 19, 1., Inventar.
10½ „ Kirchenallee 41, Mobilien.
11 „ Barmb. Kasino, Geflügel.
11 „ Grevenweg 39, H. 2 u. 4, Schalbretter.
11 „ Steintwiete 10, part., Mobilien.
2¼ „ Börsenplateau, Ammoniak.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell u. Ko. Nachfolger.

Hamburg, 5. März, Mittags.

Thermometer (° R.) Mitt.	Wärmster Gr.	Kältest. Grad.	Barometer Mittags	Wind. Mittags	Atmosphäre Mittags
+ 7,5	+ 7,5	— 0,3	28,0,0	NW	Klar.

Eintritt der Ebbe und Fluth in Hamburg.
am 6. März.
Fluth: 7 Uhr 30 Min. — Ebbe: 12 Uhr 15 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Bei Aussig	4. März		+ 1,03 m.
„ Dresden	4.	„	— 0,18 m.
„ Barby	4.	„	+ 2,40 m.
„ Magdeburg	4.	„	+ 2,05 m.
„ Wittenberge	4.	„	+ 2,38 m.
„ Dömitz	3.	„	+ 1,83 m.
„ Lauenburg	4.	„	+ 1,91 m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte.
Am 6. März.

Nordwestdeutschland: Mildes Wetter mit veränderlicher Bewölkung und mäßigen bis westlichen Winden; keine oder geringe Niederschläge.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Durch die Geburt eines kräftigen Sohnes wurden hocherfreut **J. Bohse u. Frau.**

Nach zwölftägiger Krankheit (Gehirnentzündung) starb am Mittwoch, den 4. März, Abends 9¾ Uhr, unsere geliebte **Frieda** im Alter von 2¼ Jahren. Tief betrauert von den schwergeprüften Eltern, Kindern, Verwandten und Bekannten. **F. Tamm und Frau.**
Beerdigung: Freitag Nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Amandastr. 46, St. Pauli.

Danksagung.
Allen Freunden u. Bekannten, den Mitarbeitern v. **Guhl & Harbeck,** d. Gesangverein **„Matanza",** dem **„Biller Ruderklub",** d. Serien-Klub **„Getreu",** den beiden Herren für die trostreichen Worte am Sarge und am Grabe meines unvergeßlichen Sohnes **Wilhelm** sowie für die reiche Kranzspende unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Anhagen u. Sohn.

Verband der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Hamburg.
Versammlung
am Sonnabend, den 7. März, Abends 8½ Uhr, bei Herrn **Mamero,** Neustraße 3—4, Hohenfelde.
Tages-Ordnung:
1) Arbeitsnachweis. 2) Bericht der Delegirten. 3) Halten wir ein Vergnügen ab? 4) Werkstellenangelegenheit.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Die Ortsverwaltung.

Allg. Kranken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter (e. H. 29).
Filiale Hamburg.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, den 7. März, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn **Reessing,** Schopenstehl 22, II.
Tagesordnung:
1) Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung. 2) Ergänzung des Wahlkomites der 5. Abtheilung. 3) Verschiedenes.
Nach Schluß: Mitgliederversammlung der Kasse „Vulkan", e. H. 89.
C. H. Brand, Bev., Bäckerbreitergang 13, III.

Nachfolgende Interessenten der
Sterbekasse Nr. 293, genannt:
„Die Myrthe auf Rothenburgsort"
J. Larsson u. Fr., A. G. Lohr u. Frau, J. Roering Wwe., J. F. Eiper Wwe., J. D. Barg u. Frau, M. Waesche u. Frau, deren Adresse unbekannt ist, werden aufgefordert, bis zum **15. März d. J.** bei den Boten **A. Berg, Minnastraße 9,** oder **L. Eich, Hammerbrookstraße 85,** den rückständigen Beitrag zu entrichten und ihre Adresse aufzugeben, widrigenfalls dieselben von diesem Tage an ihre Ansprüche an die Kasse verloren haben.
Der Vorstand.

25 ₰ Haarschneiden 25 ₰. Eichholz 81.

Freie Vereinigung der Kalk- u. Steinträger von Hamburg und Vororten.
Extra-Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 8. März 1891, Nachmittags 2 Uhr,
im Lokale des Herrn Reuter, Spitalerstr. 61.
Tages-Ordnung:
1) Abhaltung eines Sommervergnügens. 2) Verschiedenes.
Der Vorstand.
Die Mitglieder der Unterstützungskasse der Freien Maurerarbeitsleute von Altona werden hierzu eingeladen. Mitgliedskarte legitimirt. D. O.

Oeffentliche Versammlung
der
Korbmacher von Geesthacht
am Sonntag, den 8. März 1891, Nachmittags 4½ Uhr,
im Lokale des Herrn J. Ziehl.
Tages-Ordnung:
1) Die Bedeutung und der Nutzen unserer Organisation. 2) Berichterstattung von der Generalversammlung des Verbandes. Referent: **C. Krüger,** Hamburg.
Der Einberufer. R. Messerschmidt.

Nächsten Dienstag Ziehung
II. Grosse Nürnberger Geld-Lotterie.
Genehmigt von E. H. Senate.
Zur Renovirung der St. Sebaldus-Kirche, Nürnberg.
Höchste Chancen, auf 15 Loose 1 Gewinn.
10 000 Geldgewinne ohne jeden Abzug
86000 Mark.
1 je 25 000 M., 7000 M., 2000 M.
und 9997 à M. 1000, 500, 200, 100, 50, 20, 10 u. s. w.
Loose à 2 M., 11 Loose für M. 20, Porto und Gewinnliste 30 ₰ extra.
Zu beziehen durch Plakate kenntliche Verkaufsstellen und durch die General-Agentur Hamburg:
Lud. Müller & Co., Bankgeschäft,
Große Johannisstr. 2, Eingang Rathhausmarkt neben der Börse.
Filialen: Berlin, Schloßplatz 7, München und Nürnberg.
Telegramm-Adresse: **Glücksmüller, Hamburg.**

Verein der Maurer-Bau-Akkord-Arbeitsleute.
Extra-Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 8. März, Nachm. 3 Uhr,
im Lokale des Hrn. **Griebe,** Hamburgerstr. 71, Wandsbek.
Tagesordnung:
1) Bericht der Gewerkschafts-Delegirten. 2) Bericht der öffentlichen Versammlung vom 23. Februar der Maurer-Arbeitsleute von Hamburg und Vororten. 3) Anträge zur Generalversammlung.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Schlachter von Hamburg und Vororten.
Mitgliederversammlung
am Sonntag, den 8. März, Abends 5½ Uhr,
bei Wendte, Neust. Neustraße 20 (oberer Saal).
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung
der
Konditorgehülfen
am Montag, den 9. März, Abends 8 Uhr,
bei **P. Löhde,** Holstenthorhalle, Poolstraße.
Betreffs Gründung einer freien Vereinigung.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Arbeitsmarkt.

Gef. ein Sohn rechtl. Eltern, der Lust hat, Schuhmacher zu werden. **Schellingstr. 62, Eilbek.**

Gesucht Korbmacher auf Rohrarbeit.
R. Peterson, Blankenese.

Gesucht sofort saubere Morgenfrau.
Belle-Alliancestr. 8, 2. Et.

Gesucht ein Schneidergeselle, der im Zuschneiden bewandert sein muß, von
L. A. Jacobson, Gummi-Rock-Fabrik, Rödingsmarkt 82, 1. Et.

Zur Beachtung für Zigarren-Hausarbeiter und Zigarren-Fabrikanten.
Während der Dauer des Ausschlusses der Tabakarbeiter ersuchen wir, keine Arbeitsgesuche im „Hamburger Echo" bekannt zu geben, sondern sich wegen Zuweisung von Arbeitern an die Lohnkommission der Tabakarbeiter, Adresse: **Franz Kahns, 1. Friedrichstraße 38, St. Pauli,** zu wenden.
Die Lohnkommission.

Zu verkaufen gebrauchte Wickelformen, Zollbrücke 27, Wandsbek.

Cigarren en gros Hopfensack 10. F. Händler: Java 100 St. M. 2,50, Sumatra M. 3,50, Kuba 5 M. ꝛc

Zu verm. **Geibelstr.** a. d. Mühlenkamp billige,
frei belegene Wohnungen.
Näheres daselbst bei **Wandschneider 24, I., l.**

Schöne Wohnungen, kein Neubau, von 250, 260, 275, 325 und 350 M. Mozartstr. 7, beim Vize **Wriede.** Holst. Kamp 41, 1. Etage, 375 M., s. schöne Wohnung.

E. Z. m. Mob., f. Schuhm., sep. Eing. Blumenstr. 73, 3. l. Alt.

Amerika. Australien.
Gewissenhafte Auskunft über Reisen nach allen überseeischen Plätzen.
M. Platau, General-Bevollmächtigter,
Admiralitätstraße 23, Hamburg.
Asien. Afrika.

Rath und Auskunft
in **Prozeß- und Familienangelegenheiten.** Zuverl. Anfertigung v. Kontrakten, Vollmachten, Akten, Testam., Gesuch., Klagen ꝛc. prompt u. bill.
Besorgung von Heimathspapieren.
36 Wexstrasse 36, dritte Etage.

Rath! Aeltestes und billigstes Geschäft für **Auskunft** in Rechtsf., Anf. v. **Gesuchen,** Kontr., Testament., Vollm., **Bef. v. Heimathspap.**
C. Schumacher, Burstah 35, I., v. 9—1, 5—8 U.

Schmerzloses
Zahnziehen. Von 1—2 Uhr Zahnziehen unentgeltlich. Unbemittelte in der Zeit. Gebisse und schmerzloses Zahnziehen bedeutend billiger. Große Bleichen 70, 2. Et.

Empfehle die im besten Oelfarbendruck hergestellten Porträts von
Carl Marx, Ferdinand Lassalle
für den geringen Preis von nur M. **1,15** per Stück, inklusive Porto.
Den Betrag für kleinere Aufträge bitte der Billigkeit der Bestellung wegen in deutschen Briefmarken beizulegen.
Carl Manz-Schäppi, Zähringerstraße 24, **Zürich.**

Den Genossen allerwärts offerire meine
ff. Bleistifte Solidarität
und bitte mich zu unterstützen.
Probe-Dutzend geg. Einsendung v. 40 ₰.
Jean Blos, Stein b. Nürnberg.
Bei Abnahme v. M. 10 an ein ff. Präsent.

Wohlthätigkeits-Lotterie.
Ziehung am 10. März 1891.
Mit Genehmigung Eines Hohen Senats!
Zweite Nürnberger
Geld-Lotterie
zur Renovirung der
St. Sebaldus-Kirche in Nürnberg.
10 000 Geld-Gewinne = M. 86 000.
Baar ohne jeden Abzug.
1 à 25 000 M.
1 à 7000 M.
1 à 2000 M.
2 à 1000 M.
5 à 500 M.
10 à 200 M.
20 à 100 M.
9960 à 50, 20, 10 M. ꝛc.
Loose à M. 2, 11 Loose für M. 20 empfiehlt und versendet
Carl Heintze, Hamburg,
Alsterthor 14.
Für Porto und Gewinnliste sind 30 ₰ beizufügen; für „Einschreiben" 20 ₰ extra.

Frisch auf!
Wer etwas braucht, frisch auf, frisch auf,
Es winkt der Schlender-Ausverkauf,
Zu dem sich selbst der ärmste Mann
Zum Kavalier verwandeln kann!
Man muß die Sachen nur mal seh'n,
Die täglich zum Verkauf dort steh'n,
Die Hände schlägt zusammen man,
Wie möglich nur solch Preis sein kann!
Gard'roben, hochfein, elegant,
Dem Zahn der Zeiten haltend Stand.
Zum Drittel-Preis giebt **„Gold'ne Neun!"**
Frisch auf! Wer stellt zum Kauf sich ein?
Im Konkurs-Ausverkauf:
Ueberzieher M. 9, hochfeine Ueberzieher M. 16, Anzüge M. 9, prima Anzüge M. 16, Jaquettes M. 5, Hosen M. 3½, Knaben-Garderoben M. 2, Konfirmanden-Anzüge M. 9 an in
Goldne 9
Grasskeller, Ecke Rödingsmarkt,
I. und II. Etage.
Frack-Verleih-Institut.

Wegen Mangel an R. f. bill. z. verk. Bettst., Komm., Sopha, Wascht., Betten u. 1 Handnähmasch. Amsinckstr. 47, III. r.

Spott billig zu vk. fast neuer eleg. Hausfd., Bett und Bettst., Plüschgarnitur, 60 Thlr., auch stückw. **Hammerbrook, Süderstr. 25, part. rechts.**

Sopha, Stühle, Tisch, Kleiderschrk. zu verk. Bartelsstraße 95, 1. Et. links, St. P.

Gut erhalt. Hausstand billig zu verkaufen, spätestens Freitagabend Volksdorferstr. 38, part., Barmbek.

Nähmaschine Umstände halber f. M. 15 zu vk. Brüderstr. 10, II. l.

Bestes Kalbfleisch	à Pfd.	25 ₰
Kenlen	„ „	30 ₰
Ochsenfleisch	„ „	50 ₰
Bratwurst	„ „	40 ₰
Hack	„ „	40 ₰

Colterjahn, Schlachter,
Altona, Gr. Rosenstr., gegenüber Koppelmanns Salon

Bestes Ochsenfleisch	per Pfd.	55 ₰.
„ Schweinefleisch	„ „	55 ₰.
„ Bratwurst	„ „	50 ₰.
„ Kalbfleisch	„ „	25 ₰.

Wilh. Albrecht, Holstenstr. 61, Altona.

Butter
ersetzt vollkommen meine mit frischem Rahm gebutterte unübertreffl. **Tafelmargarine, pr. Pf. 80 ₰, Molkerei- u. Genossenschaftsbutter, reine Natur,** pr. Pfd. **80, 120, 130,** allerfst. **140 ₰.**
1000 Pfd. Abstechbutter pr. Pfd. nur 50 ₰.
Verkauf frischer Butter. **Heinr. Tesmer, 33 Neust. Neustr. 33.**

Unterricht im Zitherspiel
erth. **Robert Wächtler, Groß Neumarkt 11.**
Geprüfte Zithern von M. 12 an, Zitherschul., Saite ꝛc.

Nähmaschine, fast neu, M. 15. Düsternstr. 15.

Arbeiter-Gesangvereinen
halte zur Abhaltung von Festen folgende Kompositionen meines Verlags freundlichst empfohlen:
Clem. Zahn: „Aufruf". Gedicht von Herwegh. Part. u. St. M. 1, jede St. 15 ₰.
Clem. Zahn: Drei Lieder:
Georg Herwegh: Das freie Wort.
Heinr. Heine: Die Erleuchtung.
Em. Geibel: Gondelera.
Part. u. St. M. 2, jede St. 25 ₰.
La Marseillaise: Deutscher Text von Audorf. Arrangirt von E. Kirsch. Part. u. St. M. 1, jede St. 15 ₰.
Carl Hunger: Tolle Streiche. Großes humoristisches Potpourri. — Part. u. St. M. 2,00, jede St. 40 ₰.
J. Günther,
Dresden, Ziegelstraße 24.
Buch- und Musikalien-Sortiment.
Spezialität: Arbeiterlieder.

Lebensmittel-Auktion.
Im Auftrage des Konsortiums werde ich
Sonnabend, 7. März, 10 Uhr,
Gr. Rosenstr. 63, Altona,
eine Partie geräuch. Mettwurst, Schinken, Speck, Holländ. u. Harzer Käse, Hamburg. Rauchfleisch, Ochsenzungen, Rumpsteaks, Corned Beef, Rum, Kognak, Wein ꝛc. ꝛc.
in sehr bequemen Kaveelingen öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
Heinr. Hey,
Auktionator und Taxator.
Abends 6 Uhr,
bei brillanter Beleuchtung,
Fortsetzung der Auktion über Lebensmittel,
Wild und Geflügel.

Unserem Mitglied u. Genossen **Hein Mass,** zur Zeit ohne Schmutzbart, zu seinem 26. Geburtstag ein donnerndes dreifaches Hoch.
Die sozialdemokratischen Sparbrüder v. Hammerbrook.
Mudder **Thiesen,** schenk' in und so.

Frünn und Genossen, sünd Ji dostig?
Denn goht noh'n Keller dreeundsostig.
Jn de Neestadt in de Fuhlentwiet,
Dor wohnt een ohl Parteimitglied,
Den'n hüt Ji as Geburtdagskind
Jn Hamborg woll und munter sind.
He sall von uu an immer hier
Stets afholn sien Geburtsdagsfier,
So licht jogt em ui Hamborg jetzt,
Weder Polizei noch een Gesetz;
Drum bringt wi em, vor hüt genog,
En hunertdusendfaches Hoch!!!!
E. Sien Heil is Hopei.

Konzert Johs. Schultze
am **Montag, 9. März,** in **Sagebiel's Etablissement,** ausgef. von **gr. Orchester,** unter gütiger Mitwirkung sämmtlicher unter seiner Leitung stehender **Gesangvereine,** zirka **400** Mitwirkende.
Im Programm:
„Frühlingszauber", Walzer-Idylle für gem. Chor und Orchester von M. von Weinzierl.
„Des Liedes Verklärung", für Männerchor und Orchester von F. Abt.
„Auf rosigem Pfad", Walzer für Männerchor und Orchester von O. Fetrás. (Neu.)
Das ausführliche Programm mit Text Abends an der Kasse.
Anfang 8 Uhr präz. Eintrittsgeld Loge M. 1,50, Saal 75 ₰.
Karten im Vorverk. à 50 ₰ an den bek. Stellen.
Logenkarten à M. 1 nur bei Herrn
Jean Haring, Rathhausstr. 29.

Konzerthaus „Flora".
Heute, Freitag: **Gr. Konzert,**
unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **A. Ganzer.**
Gastspiel des Salonhumoristen Herrn **Charles Emil Baron.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 ₰.
Morgen, Sonnabend:
Potpourri- und Operetten-Abend.

Kaiser-Theater, Altona.
Freitag, den 6. März, (im gr. Saal):
Benefiz für den Regisseur Herrn C. Wohlleben:
Im Zoologischen Garten, Lustspiel.
Die Arbeitslosen von Hamburg, Zeitbild m. Ges.
Auftreten der **Gladiator-Truppe „Siegfried",** der Frau **Hellwig,** der Dactilisten **Hulda** und **Pepi Haber,** des **Lactitia-Trio** (2 Damen und 1 Herr), des Frl. **Ziemann,** Frl. **Hilberoth,** der Herren **Van de Wirth, Kaufmann, Edward** ꝛc.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Theater.

Freitag, den 6. März:
Stadt-Theater. Unter persönlicher Leitung des Komponisten. Zum 2. Male: **Die Ritter von Marienburg,** große Oper in 3 Akten, von Paul Geisler. Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Unsere Don Juans, Gesangsposse in 4 Akten, von Leon Treptow. Anfang 7 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Sodoms Ende, Drama in 5 Akten, von Hermann Sudermann. Mittel-Preise. Anfang 7 Uhr.
Carl Schultze-Theater. Saint Cyr, Operette. Anfang 7 Uhr.
Central-Halle. Sneewitchen. Das Versprechen hinter'm Herd, Genrebild.
Varieté-Theater. Hamburger Pflanzen, gr. Lokalposse m. Ges. in 4 Akten, von W. Schuldt

Sonnabend, den 7. März:
Stadt-Theater. Zum 3. Male: **Die Sonne,** Schauspiel in 3 Akten, von Paul Lindau. Mittel-Preise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Die Waise aus Lowood, Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten mit freier Benutzung des Romans Currer-Bell, von Charlotte Birch-Pfeiffer. Anfang 7 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Mignon, Oper mit Ballet in 3 Akten, von A. Thomas. Große Preise. Anfang 7 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute, 7½ Uhr: **Gr. Vorstellung.**
Zum 33. Male: **Pariser Leben im Seebad Trouville.**
Ferner: **Amateur-Konkurrenz-Reiten; 22 Hengste,** vorgeführt v. Frl. **Maria Doré;** Schulreiter Hr. **Hüttemann;** Schulreiterin Miß **Ada;** sowie Auftr. sämmtl. **neu engag. Künstler.**
Vorverkauf **nur** bei Hrn. **Käse,** Alsterarkaden 9 u. an d. Zirkuskasse. Per Postkarte bestellte **Logenplätze** bleiben bis Nachm. 2 Uhr reservirt. Vereinsbons ungültig.
Hochachtungsvoll **P. Busch,** Direktor.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 55.

Freitag, den 6. März 1891.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **Otto Stolten** in **Hamburg.**

Parteigenossen!

Um der diesjährigen Maifeier über ganz Deutschland hin einen einheitlichen Karakter zu verleihen und so dem Gedanken, der an diesem Tage die deutsche Arbeiterschaft mit dem klassenbewußten Proletariate aller übrigen Kulturländer einigt, dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder, die entsprechende äußerliche Form zu geben, schlagen wir den Genossen folgendes

Programm

vor, das in seinen Einzelheiten in dem zur Ausgabe gelangenden Festblatte: „Arbeiter-Maifeier" näher ausgeführt werden wird.

Wo immer die Genossen zur Feier vereint sein werden, ob bei Massen-Umzügen, ob bei Ausflügen oder in Versammlungen unter freiem Himmel oder in gedeckten Räumen, wo und wie immer die Arbeiter sich zusammengethan haben, beginnt — so schlagen wir vor —

Nachmittags 4 Uhr

die offizielle Feier mit einem Massengesang. In kurzen Ansprachen werden die Versammelten auf die Bedeutung des Tages und die Nothwendigkeit der in der Resolution aufgestellten Forderungen hingewiesen; dann wird die in dem Festblatte „Arbeiter-Maifeier" vorgeschlagene Resolution zur Abstimmung gebracht und dieser Theil der Feier dann mit einem Massengesang geschlossen.

Wie die Feier des Weiteren in den einzelnen Orten gestaltet wird, muß natürlich den Genossen überlassen bleiben. Davon aber sind wir überzeugt, daß die Feier am 3. Mai ein neuer Beweis sein wird für die Stärke unserer Bewegung, für die internationale Verbrüderung und die Unbesiegbarkeit des Sozialismus.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. März.

80. Sitzung

12 Uhr.

Das Haus setzt die Berathung des Reichshaushaltsetats fort, und zwar beim Etat der „Verwaltung der Reichseisenbahnen".

Die Budgetkommission (Referent Abg. Hammacher) schlägt die unverkürzte Bewilligung des gesammten Etats der Reichseisenbahnen vor. Die Einnahmen sind auf M. 54 962 000 veranschlagt, die Ausgaben für die Zentralverwaltung auf M. 32 500, die für die Betriebsverwaltung auf M. 34 581 000, der Ueberschuß auf M. 20 298 500. Von den einmaligen Ausgaben (M. 6 970 000) sollen nach dem Vorschlage der Kommission die für die Erbauung von Dienstwohnungen für Zugbeamte auf dem Bahnhof Saargemünd geforderten M. 100 000 in die Position für Erneuerung und Ergänzung „der übrigen Bahnanlagen" des Ordinariums eingesetzt werden.

Broemel (F.) regt die Frage der Personentarifreform an, mit welcher sich auch die Kommission befaßt habe. In der Kommission habe man angeknüpft an die ungenügende Ausnutzung der Personen- und Güterwagen. Während in allen deutschen Staaten die Ausnutzung der vorhandenen Personenplätze noch 24,48 Prozent betrug, seien in den Reichs-Eisenbahnen nur 22,55 Prozent der vorhandenen Plätze besetzt gewesen. Die Reformbedürftigkeit der Tarife gehe auch daraus hervor, daß auf den Reichs-Eisenbahnen Ausnahmetarife und besondere Begünstigungen in solchem Umfange beständen, daß weit mehr als die Hälfte der beförderten Personen von solchen Vergünstigungen Gebrauch gemacht habe, und daß der Verkehr zu ermäßigten Sätzen nahezu die Hälfte der gesammten Einnahmen des Personenverkehrs bringe. Nun habe ja die preußische Eisenbahnverwaltung eine anderweitige Gestaltung der Tarife in's Auge gefaßt und stehe darüber mit den anderen Eisenbahnverwaltungen in Unterhandlungen. Der Würde des Reiches entspreche es wenig, daß nicht das Reichsamt, sondern die preußische Eisenbahnverwaltung die Sache führe. Dazu komme, daß die Vorschläge Preußens zum Theil auf eine Vertheuerung hinaus kämen. Noch jede Erleichterung des Verkehrs habe eine Vermehrung des Verkehrs und meist auch des Ertrages zur Folge gehabt. Wie könne bei solchen Verhältnissen die Reichseisenbahnverwaltung einzelne Tarifsätze für Elsaß-Lothringen noch erhöhen und die Gepäcktarife heraufsetzen wollen? Angesichts der vorhandenen Ergebnisse des Betriebes sei die Reichseisenbahnverwaltung verpflichtet, zu einer durchgreifenden Reform die Initiative zu ergreifen; das elsaß-lothringische Bahnnetz, das in sich vollkommen abgeschlossen sei, eigne sich zu einem Versuch durchaus. Der ungarische Zonentarif, der an vielen Unvollkommenheiten leide und die Sätze noch immer höher lasse, als sie in Preußen seien, habe wegen der Vereinfachung der Verwaltung doch einen kolossalen Erfolg gehabt; das Vorgehen Ungarns sollte die Reichsbahnverwaltung also wohl zur Nacheiferung veranlassen.

Berichterstatter Dr. **Hammacher** theilt mit, daß der Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung in der Kommission erklärt habe, die Reichseisenbahnverwaltung werde in den Tarifänderungen mit der preußischen Eisenbahnverwaltung Schritt halten. Das Ziel der in Aussicht genommenen Aenderungen sei eine Verbilligung der Personen- und der Gepäcktarife. Indeß sei nach beiden Richtungen im Interesse der Staatsfinanzen die größte Vorsicht geboten.

Bundeskommissar **Wackerzapp** verweist auf die in der Kommission gegebene Erklärung. Weitere Mittheilungen könne er zur Zeit mit Rücksicht auf die zwischen den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen schwebenden Verhandlungen nicht machen.

Krause (F.): Aus der Verbilligung der Tarife in Ungarn hat der Fiskus einen erheblichen Gewinn gezogen. Wenn das in einem schwach bevölkerten und industrielosen Lande geschehen konnte, so sollte man sich an dieser Probe genügen lassen. Deutschland hat eine sehr dichte, sehr bewegungsfähige und erwerbsthätige Bevölkerung; alle Vorbedingungen sind damit gegeben, um der Einführung eines Zonentarifs in irgend einer Form von vornherein den Erfolg zu sichern. Die Bevölkerung hat auch ein Recht darauf, von den Eisenbahnen größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Wenn wir billige Tarife verlangen, so thun wir das nicht, um eine Vergünstigung zu erlangen, sondern weil die Verwaltung die Pflicht hat, den Verkehrsinteressen auf jede mögliche Weise entgegenzukommen. Es ist nicht wahr, daß die Kosten des Betriebes mit der Entfernung nach Kilometern entsprechend wachsen. In Ungarn sind als Einheitsmaß 25 Kilometer angelegt; unzweifelhaft sind dagegen unsere Tarife unpraktisch hoch. Einen wirklichen Nutzen von der Reform werden wir aber blos haben, wenn wir von kleinen Ermäßigungen absehen und gleich in das Volle hineingreifen. Man muß nur den Muth haben, mit fester Hand einen Tarif einzuführen, der solche Verkehrssteigerung nach sich zieht, daß man von vornherein an der doppelten Benutzung der Wagen gar nicht zweifeln kann. Ein Widerspruch gegen die Verbilligung ist ausgegangen von den Industriellen Westfalens, welche aus den selbstsüchtigen Bestrebungen ihrer Ringe heraus befürchten, es könnte die Reform eine Herabsetzung der Gütertarife zur Folge haben, welche dem Publikum zu Gute käme. Auf eine solche Anmaßung, die an die unserer agrarischen Heißsporne erinnert, brauchen wir wohl keine Rücksicht zu nehmen. Eine Regierung, die wirklich den Kulturfortschritt will, darf nichts unterlassen, was den Verkehr beleben und sowohl Geschäft und Gewerbe der Bevölkerung als auch den Genuß des Lebens fördern kann.

Hug-Konstanz (Z.) kann nicht wünschen, daß eine Reform selbstständig von den elsaß-lothringischen Bahnen vorgenommen wird, sondern sie müsse im Einverständniß mit den anderen Verwaltungen erfolgen. Die Herabsetzung der Tarife habe auch ihre Grenzen. In Baden sei die Verzinsung der Bahnschulden aus den Erträgnissen der Bahnen allein nicht möglich gewesen, es müsse alljährlich im Etat eine bedeutende Summe zugeschossen werden. Bei einer Tarifreform dürfen also nicht blos volkswirthschaftliche Rücksichten in Betracht kommen, sondern auch finanzielle. Er bitte daher die Reichsregierung, bei der Tarifreform auch die finanziellen Interessen der Einzelstaaten zu beachten.

Vom Abg. Brömel ist inzwischen eine Resolution eingebracht worden, worin der Reichskanzler ersucht wird, dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht genommenen Reform der Personen- und Gepäcktarife in Elsaß-Lothringen eine durchgreifende Herabsetzung der bestehenden Sätze und eine Vereinfachung des jetzigen Tarifsystems unter Ausschluß jeder Erhöhung der bestehenden Sätze herbeigeführt wird.

Schenck von Stauffenberg (F.) glaubt auch, daß die in Ungarn gemachten Erfahrungen unsern Eisenbahnverwaltungen zu einer Ermäßigung der Tarife Anlaß geben. Freilich dürfe man nicht radikal vorgehen; mit einer Jahresdurchschnittsziffer über die Ausnutzung der vorhandenen Wagenplätze könne man nicht operiren, da doch in den einzelnen Monaten der Verkehr sehr verschieden sei und er sich naturgemäß während der Saisen zusammendränge. Auch müßten wir damit rechnen, daß eine starke Vermehrung des Verkehrs eine beträchtliche Vermehrung des Beamtenpersonals erforderlich machen werde; eine solche Vermehrung sei, wenn man zuverlässige Leute bekommen wolle, nicht plötzlich zu bewerkstelligen. Auch damit sei zu rechnen, daß wir vielfach noch eingeleisige Strecken hätten — namentlich gelte das von Baiern — und daß der bei einer erheblichen Verkehrssteigerung nöthige Bau der zweiten Geleise nicht von heute zu morgen vorgenommen werden könne. Wenn man also auch nicht mit einem Schlage zu einer radikalen Aenderung übergehen könne, so müsse doch unter allen Umständen gefordert werden, daß bei der Reform eine Ermäßigung und nicht etwa eine Erhöhung der Sätze durchgeführt werde.

Graf **zu Stolberg-Wernigerode** (K.) behauptet, daß, soweit er unterrichtet sei, nach Einführung des Zonentarifs in Ungarn die Ausgaben weit mehr gestiegen seien als die Einnahmen. Jedenfalls sei die Zeit noch zu kurz, um ein abschließendes Urtheil über den Zonentarif zu ermöglichen. Unter keinen Umständen dürften wir bei uns, namentlich in Preußen, Experimente machen, welche unseren ganzen Etat erschüttern könnten. Er hoffe, daß die von Preußen in Aussicht genommene Reform einen wesentlichen Fortschritt bedeuten werde. Ob man später noch weiter gehen solle, müsse man der Zeit überlassen.

Schrader (F.): Wir haben es hier mit dem Reiche als dem Besitzer der Reichseisenbahnen zu thun und somit ganz dasselbe Recht, über diese Frage zu sprechen, wie über alle anderen Fragen. Wenn freilich die Herren von der Verwaltung uns keine Auskunft zu geben für nöthig halten, mit uns nicht diskutiren wollen, so möchte ich wissen, wann das geschehen soll. Kommt die Vereinbarung zu Stande und führen auch die Reichseisenbahnen den neuen Tarif ein, so bleibt dem Reichstage höchstens eine nachträgliche Kritik übrig, so wird das gute Recht des Reichstags zunichte gemacht. Ich sehe keinen Grund, warum nicht jetzt bei dieser Frage die Leitung der Sache wie früher bei der Verhandlung über die Gütertarifreform durch das Reich und sein Organ, das Reichseisenbahnamt, erfolgt, welches ja jetzt erfreulicherweise wieder einen Präsidenten hat. Grade bei dieser Frage könnte das Reichseisenbahnamt sich wieder fest in den Sattel setzen und eine sehr wenig durchgreifende Reform zu einer wirklich nützlichen gestalten. Redner befürwortet im Weiteren den inzwischen eingebrachten Antrag Brömel. Man kann in der That auf größere Einheiten bei der Berechnung der Billetpreise zurückgehen; für den Bahnverkehr müssen unter allen Umständen noch größere fürsorgende Maßregeln getroffen werden, um das Zusammendrängen der Bewohner in den großen Städten zu verhindern, und da ist hauptsächlich durch durchgreifende Tarifermäßigungen zu helfen. Auch für den weitesten Verkehr aber muß mehr gethan werden, als in dem preußischen Plan vorgesehen ist. Eine gleitende Skala muß hier eingeführt werden.

Preußischer Bevollmächtigter **Fleck** erklärt, daß es der Wunsch der preußischen Regierung sei, bei der Reform mit den anderen Regierungen Hand in Hand zu gehen. Auch der Wunsch Preußens gehe darauf aus, eine Erhöhung der Säze zu vermeiden; indeß sollten die Herren doch einmal Vorschläge machen, wie man für alle deutschen Staaten für alle Fälle eine Erhöhung ausschließen könne.

Graf **Stolberg** (K.) beantragt, da die Resolution überraschend gekommen sei, die Abstimmung über dieselbe bis zur dritten Lesung auszusetzen. Vor dem Rath, das Reichseisenbahnamt möge die Tarifreform in die Hand nehmen, könne er das Amt in Ansehung seiner Kompetenz nur dringend warnen.

Dr. **Hammacher** (NL.) empfiehlt, die Resolution der Kommission zur Vorberathung zu überweisen.

Broemel (F.) ist damit um so mehr einverstanden, als die Regierungsvertreter es ablehnten, hier Rede und Antwort zu stehen.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. **Schulz** bemerkt, das Reichsamt werde wie bisher bei den schwebenden Verhandlungen seinen Einfluß zur Geltung bringen, soweit die Verfassung ihm das ermögliche.

Die Resolution Broemel wird hierauf der Budgetkommission überwiesen.

Beim Kapitel Besoldungen trägt

Frhr. **v. Buol** (Z.) eine Reihe von Beschwerden und Wünschen aus den Kreisen der elsaß-lothringischen Eisenbahnbeamten vor und spricht die Hoffnung aus, daß bei der Einführung des Systems der Alterszulagen ein Theil der Beschwerden Abhülfe finden werde.

Höffel (RP.) befürwortet eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen.

Stolle (SD.) fragt, wie viele der verschiedenen Arbeiter in ihren Lohnverhältnissen seit dem vorigen Jahre gebessert worden seien. Die Löhne seien angeblich für einzelne dieser Arbeiter noch ungünstiger, als im Königreich Sachsen, wo sie schon ungewöhnlich niedrig seien. Auch über die Dauer der Arbeitszeit der Arbeiter wünsche er Auskunft, dieselbe betrage oft 16—18 Stunden, wie ihm berichtet worden sei. Remunerationen würden eher den gut besoldeten Beamten, als den Arbeitern gewährt. Vielfach hätten sich die Arbeiter die Lohnerhöhung durch Streiks erzwungen.

Bundeskommissar Geheimrath **Wackerzapp**: Die Eisenbahnverwaltung zahlt dieselben Löhne, wie sie sonst in Elsaß-Lothringen gezahlt werden. Die Löhne sind seit dem vorigen Jahre um zehn Prozent erhöht worden. Die Arbeitszeit beträgt höchstens zwölf Stunden, für eine große Anzahl Arbeiter erheblich weniger. Daß die Arbeiter sich die Lohnerhöhungen durch Streiks erzwungen haben, entspricht nicht den Thatsachen, sie sind freiwillig gegeben worden.

Stolle (SD.) empfiehlt dieses letztere Vorgehen den Privatunternehmern zur Nacheiferung, die häufig erst durch Streiks dazu gezwungen werden müßten. Die Lohnerhöhung von zehn Prozent sei allerdings gering gegenüber den Ausgaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Für sächsische Ausgaben „für Erneuerung des Oberbaues" werden M. 2 775 000 (M. 490 000 mehr als im Vorjahre) verlangt.

Richter (F.): Ich möchte mir die Frage erlauben, was die Verwaltung für Erfahrungen gemacht hat in Bezug auf das Schienenkartell. (Aha! rechts.) Der Etat selbst weist auf die Erhöhung der Eisenpreise hin. Wie viele Tonnen Schienen zur Erneuerung gebraucht werden sollen und welches die Einheitspreise dafür sind, ist nicht zu ersehen; offenbar spielt die Frage aber, auch abgesehen von der Erneuerung des Oberbaues, eine Rolle im Extraordinarium. Eine Anfrage ist also sehr gerechtfertigt gegenüber dem, was in den Zeitungen neuerlich über die Erfahrungen der preußischen Verwaltung verlautete. Bekanntlich besteht eine Vereinigung der sämmtlichen deutschen Werke, welche Schienen liefern, gegenüber den Eisenbahnverwaltungen. Dieses Kartell bestimmt unter sich, welches Werk die Schienen einer Eisenbahn liefern soll. Die Bestimmung geschieht reihenweise; dem betreffenden Werke wird auch der Preis für die Submission vorgeschrieben. Andere Werke werden, um den Schein einer Konkurrenz zu erwecken, aufgefordert, Offerten zu machen, aber diese sind bloße Maske, denn die Forderungen sind von vornherein höher normirt. Für diese Offerten hat man den schönen Namen „Schutzofferten" gefunden. Da nun der Zoll auf die Tonne M. 25 ausmacht, so ist die ausländische Konkurrenz nahezu ausgeschlossen. Trotzdem sollen in letzter Zeit ausländische Werke die inländischen unterboten haben. Darauf soll Herr v. Maybach einem ausländischen Werke den Zuschlag ertheilt haben, und als die Bochumer Fabrik davon Wind erhalten, habe sie ihr Gebot unterboten. Der Minister habe aber den Zuschlag gleichwohl dem ausländischen Werke ertheilt und dem Bochumer Verein eine freihändige Lieferung übertragen. Gleichzeitig wird aus Baiern Aehnliches gemeldet. Interessant wäre es, zu hören, ob die Reichseisenbahnverwaltung ihrerseits ähnliche Erfahrungen gemacht hat.

Bundeskommissar **Kinel** kann spezielle Ziffern jetzt nicht geben. Bei der letzten Lieferung sei ein Angebot von M. 165 pro Tonne abgelehnt worden und darauf habe dasselbe Werk sich zur Lieferung zum Preise von M. 145 verstanden.

v. Kardorff (RP.) findet die Mehrforderung erklärlich, da ja mit den Löhnen und den Kohlenpreisen auch die Schienenpreise steigen müßten. Mit dem Schutzzoll selbst habe die Kartellbildung nichts zu thun; es gebe ja auch Kartelle für Kali und für Kohlen, obgleich es für diese keinen Schutzzoll gebe. Uebertriebene For-

derungen könne der Minister ja dadurch abwehren, daß er einem ausländischen Werke den Zuschlag ertheile, wie thatsächlich geschehen.

Richter (F.) beantragt, da es für den Steuerzahler wichtig sei, diese ganze Sache unter scharfe Kontrole zu nehmen, den Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich dem Reichstag eine besondere Uebersicht mitzutheilen über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahnverwaltung ausgeschriebenen Schienen-Submissionen unter Mittheilung der einzelnen Preisofferten aus dem Inland und Ausland und der Zuschlagspreise. Was die Kohle betreffe, so gebe es für diese zwar keinen Schutzzoll, wohl aber eine genau so wirkende Ausfuhrprämie in Gestalt eines Ausnahmetarifs. Auch durch diese Art des Schutzes der nationalen Arbeit werde das deutsche Publikum ausgebeutet.

v. Kardorff (RP.) bemerkt, der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit sei es zu verdanken, daß die Ruine, welche der Freihandel von der Eisenindustrie übrig gelassen, wieder ausgebaut sei und daß dadurch Tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung gefunden.

Richter (F.) findet, der Niedergang der deutschen Eisenindustrie in den 70er Jahren sei nicht eine Folge des Freihandels, sondern der ungemessenen Gründung neuer Werke gewesen.

Graf **Stolberg** beantragt, die Resolution Richter der Budgetkommission zu überweisen.

Scipio (NL.) hält die Resolution für bedenklich. Die darin geforderten statistischen Mittheilungen könnten eine ganz falsche Vorstellung über das Vorgehen der einzelnen Werke erwecken. In der Budgetkommission werde ja auf eine Anfrage Alles mitgetheilt, was mitgetheilt werden könne.

v. Kardorff und Graf **Mirbach** versichern, daß die verschiedenen schutzzöllnerischen Interessen fest zusammenstehen.

v. Stumm (RP.): Die Darstellung des Herrn Richter über die Lage der Eisenindustrie in der Freihandelszeit ist unrichtig, wie Jeder bezeugen wird, der sich der Kämpfe von 1873 bis 1877, die wir Beide über die Frage geführt haben, erinnert. Im Auslande besteht ein thatsächlicher Schutzzoll, weil die ausländische Regierung nur ausländisches Material nimmt. Wenn man es als unmoralisch hinstellt, daß man dem Inlande normale Preise stellt und dem Auslande billigere, so ist das eine ganz absolut falsche Behauptung. In normalen Zeiten wird so etwas Niemandem einfallen; wenn aber der inländische Markt die Produkte nicht mehr aufnimmt, sieht der Produzent vor der Frage, ob er seinen Betrieb einstellen und Tausende von Arbeitern entlassen soll. Verkauft er in's Ausland, so kommt er zwar nicht zu seinem Gelde, aber er kann wenigstens den Betrieb aufrecht erhalten.

Richter (F.): Ich halte das Verfahren nicht für unmoralisch, aber für rücksichtslos, und habe, dieser rücksichtslosen Ausnutzung noch staatliche Hülfe zu gewähren, für unangemessen bezeichnet. Herrn v. Stumm wird es sehr schwer, zwischen seinem und dem allgemeinen Interesse zu unterscheiden, auch als Abgeordneter. Die neuen Eisenwerke sind geschaffen unter der Herrschaft des Schutzzolls. Freihandel haben wir überhaupt nur 1877 bis 1879 gehabt, wo so gut wie gar keine neuen Werke entstanden. Die Arbeiterfreundlichkeit wird dadurch eigenthümlich beleuchtet, daß man sich damals ganz rücksichtslos bemühte, die Arbeiter der Landwirthschaft zu entziehen und nachher hat man sie ganz rücksichtslos entlassen, als das neue Verfahren sie in Schaaren überflüssig machte. So lange Fürst Bismarck gegen Herrn Stumm stand, hat der Letztere Niederagen erlitten; selbst Konservative waren Freihändler, so lange Fürst Bismarck Freihändler war. Wenn Herr v. Kardorff ganz siegesgewiß ist für die schutzzöllnerischen Interessen, so täuschen sich doch wohl nur Wenige darüber, wie wenig hinter dem großen Getrommel des Zentralverbandes deutscher Industrieller und der verschiedenen Agrariergesellschaften an Mannschaften steht, oder aber die Regierung hat wieder einmal eine andere Ansicht angenommen, als noch vor wenigen Tagen. Die Annahme meines Antrags halte ich für sehr wichtig. Wer die Statistik nicht will, kommt in den Verdacht, daß er Klarheit über die Dinge nicht haben will.

Bebel (SD.): Ich muß entschieden dagegen protestiren, daß die Großindustriellen aus Mitleid mit den Arbeitern zu ihrem eigenen Schaden verkaufen. Darüber täuschen sie Niemand, daß, wenn sie überhaupt ihren Betrieb ausdehnen, sie es thun, um ihren Profit dabei zu haben. Unter dem Schutz der Zölle haben sie ihre Betriebe kolossal gesteigert und sich sogar zu Ringen und Kartellen vereinigt, um das Publikum zu schädigen und auszubeuten. Es ist recht karakteristisch, daß die beiden Länder, die sich durch die Entwicklung des Schutzzollsystems auszeichnen, Nordamerika und Deutschland, die Kartelle in einer Weise ausgedehnt haben, wie kein anderes Land. Zuzugeben ist, daß in der Bergwerksindustrie die Arbeitslöhne in den letzten Jahren aufgebessert worden sind, aber was will das sagen gegenüber den kolossalen Gewinnen, die die Werke dabei hatten! Es ist unerhört, daß, während den Arbeitern alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, ihre Lage zu verbessern, der Staat der Ausbeutung des Publikums und der Arbeiter von Seiten der Großunternehmer nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern auf alle mögliche Weise unterstützt hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das empört besonders die arbeitenden Klassen. Ein sonderbares Wirthschaftssystem, wenn das Hörder Eisenwerk einen Reingewinn von M. 600 000 in der Bilanz aufführt und dann zugestehen muß, daß davon M. 360 000 dadurch wieder verloren gegangen sind, daß man, um der ausländischen Konkurrenz zu begegnen, zu niedrigerem Preise verkauft hat. Es ist sehr zu beklagen, daß die großen Unternehmer das deutsche Publikum nach Kräften plündern, um nachher deutsche Waare zu Schleuderpreisen nach dem Auslande zu verkaufen. Wenn Sie meinen, mit einem solchen System sich die Sympathie der Arbeiter zu gewinnen, so irren Sie sehr. Wenn die Unternehmer ihren Betrieb nicht einstellen, so thun sie es nur deshalb nicht, weil sie einen kolossalen Schaden vermeiden wollen. Das Arbeiterwohl spielt bei dieser Frage gar keine Rolle, sondern nur Ihr eigenes Interesse. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

v. Stumm (RP.): Paßt es Herrn Bebel nicht, daß der Hörder Verein weiter arbeiten läßt, um seine Arbeiter weiter zu beschäftigen, wenn auch mit Verlust? Herr Richter stellt die Sache nach wie vor falsch dar. Im Jahre 1873 hat der Reichstag meinen Antrag betreffs der Eisenzölle im Widerspruch gegen die Regierung angenommen. Die Schutzzollära ist nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von den bekannten 204 eingeleitet worden. Wenn Herr Richter von meinem persönlichen und den Interessen der Allgemeinheit spricht, so bin ich erstaunt, daß die Herren links immer der Regierung und der offiziösen Presse einen anständigen Ton empfehlen, diesen aber weder in der Presse, noch im Parlament selbst zur Geltung bringen.

Richter (F.): Zunächst möchte ich erfahren, ob es jetzt parlamentarisch ist, einem Gegner vorzuwerfen, er bediene sich keines anständigen Tones.

Präsident: Ich habe den Ausdruck nicht gehört, sonst würde ich ihn gerügt haben.

Richter (fortfahrend): Dann habe ich Herrn v. Stumm nur zu bemerken, daß grade in Folge der Krisis von 1873 das Gegentheil der Nachfrage nach Eisen eintrat und die Eisenwerke zurückgingen. Der Schutzzoll hat niemals der Eisenindustrie genützt, sondern ihr geschadet. Die Eisenindustrie besteht nicht blos aus den großen Werken; die Kleineisenindustrie leidet unter der Vertheuerung des Eisens grade so, wie die Landwirthschaft darunter leidet. Wunderbar ist mir nur, daß die Vertreter der letzteren dazu schweigen! Die Abstimmung über meinen Antrag auf gänzliche Aufhebung der Getreidezölle, der Zucker- und Branntweinprämien kann für die Siegesgewißheit des Herrn v. Kardorff nicht maßgebend sein; sie beweist nichts dafür, daß in diesem Hause eine Mehrheit gegen die Ermäßigung der Getreidezölle vorhanden ist. In dem Augenblick, wo die Regierung einen solchen Antrag stellt, werden Sie sich in einer ganz verschwindenden Minderheit befinden; in dem Augenblick, wo das geschieht, ist die Solidarität der Schutzzöllner durchbrochen. Diese Solidarität zur Vertheuerung des Volkskonsums muß endlich durchbrochen werden!

v. Kardorff (RP.): Ich freue mich, daß Herr Richter selbst heute die Solidarität der Schutzzöllner anerkennt.

Richter (F.): Wenn Sie die Sache so ruhig ansehen, warum echauffiren Sie sich denn? Kann man einen harmloseren Antrag stellen, als diesen statistischen Antrag? Das beweist nur, wie wacklig es mit Ihnen steht, wie unheimlich Sie sich vorkommen, für wie gebrochen Sie sich schon halten!

v. Kardorff (RP.): Die letzten Getreidezolldebatten sollten Herrn Richter doch belehrt haben, daß nicht der Großgrundbesitz sowohl, als der Bauernstand die Aufrechterhaltung des Schutzzollsystems verlange.

Richter (F.): Der Abg. v. Kardorff meine wohl den Brief aus bäuerlichen Kreisen über die Gänseeinfuhr, den er hier verlesen. Sei es wahr, daß der Verfasser dieses Briefes ein Rittergutsbesitzer aus dem Kreise des Herrn v. Kardorff sei, der, um den Ursprung des Briefes zu verdecken, den Satz eingefügt habe: „Wer sich auf den Großgrundbesitz verläßt, ist verlassen"?

v. Kardorff (RP.) bemerkt, die Bauern aus seinem Kreise seien zu ihm gekommen und hätten eine Petition für den Gänsezoll verlangt. Als er sie abgewiesen, seien sie zu Dr. Seidler gegangen, der sich ihrer Sache angenommen. Habe sich Richter nicht auch schon zum Mundstück vieler Leute gemacht?

Richter (F.) konstatirt, daß der angebliche Bauernbrief von einem Rittergutsbesitzer herrühre.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung der Abgg. Graf Mirbach, v. Kardorff und Richter wird die Debatte geschlossen.

Nach Einsicht in den stenographischen Bericht ruft der Präsident den Abg. Frhrn. v. Stumm wegen des gegen die Freisinnigen gerichteten Vorwurfs, sie bedienten sich eines unanständigen Tones, zur Ordnung.

Hierauf wird der Antrag Richter der Budgetkommission überwiesen. Die Forderung wird bewilligt.

Nachdem noch eine Reihe von Positionen erledigt ist, wird die Weiterberathung bis morgen 1 Uhr vertagt. Außerdem wird für morgen der Marineetat auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß 5 Uhr.

Aus dem Vereinsleben.

Oeffentliche Versammlung der Plätterinnen. Am 2. März fand in Wandsbek bei Schley eine von der Zahlstelle Wandsbek des Zentralvereins der Plätterinnen einberufene öffentliche Versammlung statt, welche sowohl von Männern als von Frauen und Mädchen außerordentlich zahlreich besucht war. Genosse Eßlinge referirte über die Lage der Plätterinnen. Da seine Frau einen Wäschereibetrieb hat, so sei er wohl aus eigener Erfahrung am besten im Stande, eine wahrheitsgetreue Schilderung der Zustände in dieser Branche zu geben. Aus diesem Grunde schon folgte die Versammlung dem sachlichen und warm empfundenen Vortrage mit gespannter Aufmerksamkeit. Nachdem der Redner den anwesenden Plätterinnen speziell in überzeugender Weise nachgewiesen, wie unklug es gewesen, daß die Mehrzahl der Vereinsmitglieder nach dem ersten schwachen Versuch, mit vereinten Kräften eine Besserung ihrer trostlosen Lage zu erringen, gleich wieder feige die Flinte in's Korn geworfen hätte, forderte er ganz besonders die anwesenden Männer auf, Alles aufzubieten, um die ihnen nahe stehenden Plätterinnen durch rege Agitation und Aufklärung zum Eintritt in die Organisation derselben zu veranlassen und dadurch ihrerseits wieder gut zu machen, was leider im vorigen Sommer von einigen Kollegen dadurch verbrochen, daß sie, allerdings durch längere Arbeitslosigkeit dazu veranlaßt, ihre Frauen als Streikbrecherinnen den Lohnkampf der Plätterinnen hätten illusorisch machen helfen. Nachdem dann noch von Frau Steinbach mit besonderem Nachdruck die großen pekuniären Vortheile: Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit und Zuschüsse zum Krankengeld, welche den Mitgliedern laut Vereinsstatut, sobald die betreff. Fonds die statutengemäße Höhe erreicht haben, gewährt würden, hingewiesen hatte und ein inzwischen eingegangener Antrag, durch Einsammlung von freiwilligen Gaben die Tageskosten zu decken, verlesen und angenommen war, wurde zu diesem Zweck und zur Aufnahme neuer sowie zum Wiederbeitritt früherer Mitglieder die Versammlung auf 10 Minuten vertagt. Es war sodann das überaus erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß sämmtliche anwesende Plätterinnen dem Verein wiederresp. neubeitraten. Die Sammlung hatte inzwischen eine Summe von M. 19,18 ergeben; es wurde beschlossen, den etwaigen Ueberschuß den ausgesperrten Tabakarbeitern zu überweisen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Maifeier und Unterstützungsfrage," betonte Frau Steinbach besonders das Folgende: Wenn die Gewerkschaftsorganisationen die nöthige Stärke besäßen, um den Beschluß des vorjährigen Pariser Kongresses, den 1. Mai zu einem Ruhe- und Feiertage der Arbeit zu machen, allgemein durchführen zu können, so würde sich gewiß kein organisirter Genosse weigern, diesen Beschluß hochzuhalten, obwohl er dadurch einen ganzen Tagelohn einbüßen müßte. Umsomehr aber könne den Genossen und Genossinnen allerorts nur der in der Gewerkschafts-Delegirtensitzung berathene und einstimmig angenommene Antrag des Genossen Heine: von dem am 1. Mai verdienten Arbeitslohn den vierten Theil dem Unterstützungsfonds der Generalkommission der Gewerkschaften zu überweisen, mit großer Dringlichkeit an's Herz gelegt werden; der Kriegsfonds, den sich die organisirte Arbeiterschaft damit schaffe, sei eine wahrhaft großartige und die einzig wirksame Demonstration. Bei der nun folgenden Diskussion unternahmen es verschiedene Redner und Rednerinnen, abschwächend auf die begeisterte Zustimmung der Versammlung zu diesem Antrage einzuwirken, indem man besonders die Kompetenz dieser Versammlung, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen, bestritt, welcher Auffassung jedoch sowohl Genosse Eßlinge, wie auch Andere entschieden entgegentraten, da diese allerdings vom Plätterinnenverein einberufene öffentliche Versammlung ja doch direkt behufs Stellungnahme zu der als ein Hauptpunkt der Tagesordnung aufgegebenen „Maifeier" zusammengekommen sei. Wer gegen den Antrag sei, brauche ja nicht dafür zu stimmen! Schließlich wurde eine vom Genossen Rosbitzki eingebrachte und auf Verlangen der Versammlung wie folgt abgeänderte Resolution angenommen: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Plätterinnen ꝛc. nimmt von einer selbstständigen Stellungnahme zur Maifeier Abstand und schließt sich den Arrangements der übrigen Gewerkschaften an, um dieselbe zu einer einheitlichen, imposanten und demonstrativen zu gestalten. Ferner fordert die Versammlung die anwesenden Mitglieder anderer Gewerkschaften auf, unter ihren resp. Fachgenossen, sowie in allen Kreisen dahin zu wirken, daß dieselben von dem am 1. Mai verdienten Arbeitslohn ein Viertel dem allgemeinen Gewerkschafts-Fonds überweisen werden." Da es inzwischen 12 Uhr geworden, konnte der letzte Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes" nicht mehr erledigt werden und schloß die Vorsitzende mit einem Dank an die Anwesenden die nach jeder Richtung hin erfolgreich verlaufene Versammlung.

Der Verband der Schlosser und Maschinenbauer Deutschlands, Filiale Altona, hielt am 25. v. M. im Lokale des Herrn Ebler, Norderstraße 37, eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst referirte Junge-Hamburg über die wichtigsten Punkte des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Während seines zweistündigen Vortrages, in welchem Redner die Mängel und die zweifelhaften Segnungen des Gesetzes kritisirte, zollte die gut besuchte Versammlung dem Redner häufig lebhaften Beifall. Dann beschloß die Versammlung, beim Sterbefall eines Mitgliedes diesem einen Kranz zu widmen und im „Hamburger Echo" die Bekanntmachung zu erlassen. Ferner werden noch verschiedene Anträge zur Generalversammlung gestellt, speziell ein Reglement für reisende Mitglieder und einheitliche Regelung des Sammelsystems betreffend.

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins von Lockstedt, Langenfelde und Umgegend fand am 2. d. M. bei Hänschel in Lockstedt statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Fortsetzung des Parteiprogramms", referirte Genosse Müller. Er wiederholte den ersten Theil des Programms und kam dann zu den Forderungen der Partei als Grundlage des Staates. Für den Vortrag wurde dem Redner reicher Beifall zu Theil. Der Kassirer verlas dann die dreimonatliche Abrechnung, welche von der Versammlung genehmigt wurde. Sodann wurde zur Wahl eines Hülfskassirers geschritten, da der vorige seinen Posten freiwillig niederlegen wollte, und wurde als solcher Schulp gewählt. Genosse Fricke machte noch darauf aufmerksam, daß am 18. März ein Unterhaltungsabend bei Herrn Lübbren, Langenfelde, stattfindet.

Fachverein der Former Hamburgs. In der am 28. Februar bei Dicht abgehaltenen Mitgliederversammlung referirte der Vertrauensmann der Former Deutschlands, Th. Schwartz, über die Organisationsfrage. Redner stellt zunächst einen Vergleich zwischen der Arbeiterbewegung Englands und Deutschlands an. Während man in England schon ein ganzes Jahrhundert hindurch eine Arbeiterbewegung und mithin auch Arbeiterorganisationen gehabt, habe sich dieselbe in Deutschland erst seit ungefähr 25 Jahren bemerkbar gemacht und seien die deutschen Organisationen den englischen gegenüber im Nachtheil. Dadurch, daß die Entwicklung der Industrie in Deutschland dieselbe Höhe in 25 Jahren erreicht hat, wozu England ein ganzes Jahrhundert Zeit gehabt habe, sei es den deutschen Arbeitern nicht möglich gewesen, mit dieser mit Riesenschritten vorwärtsdrängenden Entwicklung der Industrie und des Kapitals, bezüglich ihrer Organisationen gleichen Schritt zu halten. Redner beleuchtet nun die Organisationsentwicklung der Former Deutschlands vom Jahre 1872 bis zum letzten Metallarbeiterkongreß und ist der Ueberzeugung, daß die in Weimar beschlossenen Gründungen von Provinzialverbänden mit Lokalorganisationen nicht geeignet seien, den Kampf mit den unterdessen gegründeten Arbeitgeberverbänden siegreich zu bestehen. Um aus den künftigen Kämpfen grade die Unternehmerverbände als Sieger hervorgehen zu können, bedarf es der Vereinigung aller Arbeiter, und sei das Endziel ein großer Arbeiterbund, in welchem sämmtliche Arbeiter aller Branchen vereinigt seien. Leider sei das unter den heutigen Verhältnissen noch nicht durchführbar und seien zunächst Zentralorganisationen mit einer Generalkommission zu empfehlen. Nachdem sämmtliche an der Debatte betheiligten Redner mit Ausnahme eines Einzigen für Branchenorganisation eingetreten, findet folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung wolle beschließen, unseren Vertrauensmann Th. Schwartz zu ersuchen, überall, wo sich Gelegenheit bietet, in Wort und Schrift für die Gründung und Zentral-Organisation der Former Deutschlands einzutreten und diesen Beschluß mit der nöthigen Begründung so bald wie möglich in der „Metallarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen." Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Arbeitsnachweis am Stubbenhuk" wurde die Handlungsweise der hiesigen Gießereibesitzer einer scharfen Kritik unterzogen und das Gebahren dieser Herren von allen Rednern auf's Schärfste verurtheilt. Es wurde hervorgehoben, daß man sich wohl bewußt gewesen, daß, nachdem wir die Sperre aufgehoben, die frommen Arbeitgeber ihren Rachegefühlen freien Lauf lassen würden, daß sie aber eine derartige niedrige Gesinnung an den Tag legen würden und die um Arbeit nachsuchenden Ausgesperrten noch verhöhnen und verspotten würden, habe man doch nicht erwartet. Wenn die Herren aber glauben, sich für die Unbesiegbaren haltend, uns den Fuß auf den Nacken setzen zu können, so dürften sie sich doch täuschen, denn unter solchen Umständen bedeutet der jetzige Zustand nur Waffenstillstand und sind wir noch lange nicht von der vollständigen Niederlage, die sich die Herren vielleicht träumen lassen, überzeugt. Zum Schluß wurde noch folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung wolle beschließen, unsern Vertrauensmann, Th. Schwartz, zu ersuchen, mit dem Vorstand des Verbandes der Eisenindustriellen in Unterhandlung zu treten, um noch einmal zu versuchen, auf friedlichem Wege einen Ausgleich anzubahnen."

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.